

Erscheint täglich außer Montags.  
Preis pr. Nummer: 2 Pf. 50, monatlich  
1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. 50.  
K's Haus. Einzelne Nummer  
1 Pf. 50. Sonntags-Nummer mit  
Ausz. Sonntags-Beilage „Neue  
Welt“ 10 Pf. 50. Post-Abonnement:  
1,10 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-  
band: Deutschland u. Österreich  
Ungarn 2 Mk. für das übrige  
Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget.  
in der Post-Regist. Preisliste  
für 1895 unter Nr. 7128.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 25. April 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

J. IV C. 805. 94. VII 6845. Beglaubigte Abschrift.  
Im Namen des Königs! In der Strafsache gegen den Redakteur  
Hugo Fochsch zu Berlin, geboren am 18. November 1869 zu  
Golditz in Sachsen, evangelisch, wegen Verleumdung durch die  
Presse hat die VII. Strafkammer des königlichen Landgerichts I.  
zu Berlin in der Sitzung vom 21. Dezember 1894 für Recht er-  
kannt: Der Angeklagte Fochsch wird wegen Verleumdung durch  
die Presse zu einer Gefängnisstrafe von 2 — zwei — Monaten  
und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurtheilt; dem  
Polizei-Direktor Siebdrat zu Chemnitz wird gleichzeitig die Be-  
fugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten auf dessen  
Kosten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen  
Urtheils durch Einrückung der Urtheilsformel in den „Vorwärts“  
Berliner Volksblatt, an hervorstechender Stelle öffentlich bekannt  
zu machen. — Ferner wird angeordnet, daß alle vorfindlichen  
Exemplare der Nr. 70 der periodischen Zeitschrift „Vorwärts“  
Berliner Volksblatt, sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten  
Blatten und Formen, soweit sie den inkriminierten Artikel, über-  
schrieben „Zwei wegen Mißhandlung im Amt“, unbrauchbar zu  
machen. Berlin, den 3. Januar 1895. (L. S.) gez. Richter:  
Gerichtsschreiber des königlichen Landgerichts I. Strafkammer VII.  
Für richtige Abschrift. Berlin, den 23. April 1895. Pagang,  
Sekretär.

### Die Vereinigten Staaten von Europa,

dieser schöne Traum der friedensliebenden Zukunfts-  
politiker — ist er plötzlich Wahrheit geworden? Am vorigen Sonn-  
abend tönte die frohe Botschaft an unser Ohr, und sie kam  
von einer Stätte, wo feierlicher Ernst zu herrschen pflegt  
und gute und schlechte Wiße nicht gemacht werden könnten,  
auch wenn sie erlaubt wären: aus den heiligen Hallen der  
Ober-Pagode amtlicher, dreifach bestellter Preßweisheit.  
Die Vereinigten Staaten von Europa! — so schallte es  
durch das erkaunte aufstrebende Land.

Die Vereinigten Staaten Europa's haben sich zu-  
sammengefunden zu gemeinsamer Aktion, um die Interessen  
Europa's zu wahren gegen die ihnen drohende Gefahr!  
Gefahr woher drohend? Auch das enthüllte die Pagoden-  
Weisheit. Japan war der Sünder. Japan? Neue Ueber-  
raschung. War dieses Japan, das „asiatische Preußen“, uns  
nicht seit Monaten als ein wahrer Musterknabe von Staat  
geschildert worden, und zwar durch dieselbe unfehlbare  
Pagoden-Weisheit, die jetzt mit einem Male „die Vereinigten  
Staaten von Europa“ von den Sternen des Himmels  
herunterholte, um sie den ungezogenen, erfolgsberaubten  
Japanern an den Kopf zu werfen? O heiliger Zid-  
zad, auch hier?

Gewiß! Wir leben ja im Zeichen des Zidzads, und  
wenn man dann einmal Zidzad will, dann muß man ihn  
auch ganz wollen, immer und überall. Da sind andere  
Völker — sie gehören zu den „wildern“ nach der Pagoden-  
Weisheit — die haben in ihrer inneren Politik mitunter  
auch Zidzadkuren — die Parteiregierungen kommen und gehen

und es giebt Ministerwechsel und Systemwechsel; auf dem Ge-  
biete der auswärtigen Politik ist es aber selbst bei  
den wildesten der wilden Völker feststehende Sitte, daß keine  
Regierung mit der Politik der Vorgängerin brechen darf,  
daß gewisse Grundsätze von jeder Partei befolgt werden  
müssen. Parlamentarischer Zidzadkurs im Inneren.  
Stetigkeit nach Außen — das ist französische und englische  
Regel. Anders unser unparlamentarischer Zidzadkurs.  
Erstens ist er zehnmal mehr Zidzad als der parlamentarische  
— zidzadt zehnmal von rechts nach links und von links  
nach rechts, ehe jener mit parlamentarischer Schläfrigkeit  
sich nur ein einziges Mal umdrehen konnte.  
Und zweitens hat er den Ruß der Konsequenz.  
Wenn der Zidzad gut ist für die innere  
Politik, warum nicht für die äußere? Zidzadkurs nach  
Innen, Zidzadkurs nach Außen!

Und dem Jupiterhaupt des Zidzadkurses entsprangen  
vorigen Sonnabend die Vereinigten Staaten von Europa.  
Der Friede von Schimonoseki, wie der zwischen China  
und Japan gefaßt ist, war die Art, mit welcher, wie Wei-  
land bei dem Heidentum, das schicksalsschwere Haupt ge-  
spalten wurde, um die Schweregeburt zu ermöglichen.

Welche Konsequenz des Zidzadkurses! Sogar wir, die  
wir seine Leistungsfähigkeit kennen und einen gewaltigen  
Respekt vor ihr haben, trauten ihm die se Löwenähnlichkeit  
der Konsequenz nicht zu, und waren so ungerecht zu glauben,  
er werde den ostasiatischen Verwickelungen gegenüber sich  
von der so oft und so warm behaupteten Neutralität wie  
ein echter Philister einfangen lassen und nicht den Wuth  
haben, er selbst zu sein — das heißt Zidzadkurs.

Gut ab! Wir haben uns getäuscht, der Zidzadkurs  
war sich selber getrennt, nach dem Wahlpruch des Professors  
Biedermann in Leipzig, und die Neutralität von gestern  
ist heute in den Wind geschlagen, wie die Tugend einer  
alten Jungfer, die sich zidzadkursmäßig vorgenommen hat,  
nicht mehr tugendhaft zu sein, und sich dann mit Zinsen  
und Zinseszinsen entschädigen will.

Also fort mit der Neutralität. Hui und hui hast du nicht  
gesehen! Es leben die Vereinigten Staaten von Europa  
und ihre gemeinsame Aktion!

Großer Gedanke! Versucht geschickt, wenn es nicht  
gar zu sehr — das Gegenheil wäre.

Die Vereinigten Staaten von Europa! Zählen wir  
die Hüupter der Lieben. Eins, zwei, drei — Deutschland,  
Frankreich, Rußland. Nicht mehr? Nun, wozu braucht  
es ihrer mehr? Genügt das nicht?

Die drei mächtigsten Reiche Europa's  
haben sich zu einem gemeinsamen diplomatischen Vorgehen  
geeignet! — orakelt die Pagoden-Weisheit herans aus der  
Clocas Maxima — der Hauptkloake am Rhein. Die drei  
mächtigsten Reiche. Und sie heißen? Wir sagten es schon:  
Deutschland, Frankreich, Rußland — oder richtiger grup-  
pirt, geographisch wie politisch richtiger: Frankreich,  
Deutschland, Rußland, denn der Zidzad-Weisheit Deutsch-  
land ist in der Mitte, eingeklemt zwischen den zwei  
Schächern.

stehen. Mehr und mehr fassen die Frauen festen Fuß, und  
langsam, aber sicher erringen sie sich eine Stellung, die über  
die bis dahin von ihnen eingenommene hinausgeht. Be-  
weise hierfür bieten die Kindererziehung, die Literatur, die  
Lebens- und Umgangsformen, ja selbst die Rechtspflege,  
und darin unterscheidet sich eben der Standpunkt der Neu-  
zeit so wesentlich von dem früherer Jahrhunderte. Auch  
bei den berühmtesten Völkern des Alterthums verblieben ja  
die Frauen in untergeordneter Stellung.

In seinem Rechte hat Rom der Nachwelt die edelste  
Gabe hinterlassen. Vielumfassende, wohlgeordnete Satzungen  
sind mit vollendeter Geschicklichkeit ausgearbeitet, und ihnen  
entnehmen wir unsere besten und meisten Rechtsbegriffe.  
Frankreich und Deutschland stehen in ausgedehntem Maße  
auf dem Boden des römischen Rechtes, und auch Englands  
vorzüglichsten Gesetzgeber hat dasselbe als Leuchte gedient.  
Bracton unter den älteren und Somers, Hardwicke,  
Manfield und Stowell unter den späteren englischen  
Rechtsgelehrten hat es dazu befähigt, die rauen Satzungen  
unserer angelsächsischen Vorfahren zu mildern und den  
Forderungen der Gegenwart anzupassen. Doch den Frauen  
wird dieses unvergängliche Denkmal menschlicher Weisheit  
nicht im mindesten gerecht. Ein hervorragender Schrift-  
steller bemerkt hierüber sehr treffend, daß dort die Frauen  
nicht als Personen, sondern als Sachen angesehen werden.  
Sie waren aller Rechte vollständig bar und befanden sich  
ganz in der Gewalt ihrer stolzen und anmaßenden Herren.  
Bei dem anderen großen Volke des Alterthums, bei den  
Griechen, belehrt uns schon die Literatur darüber, mit  
welchem beißenden, bitteren Spotte jene lebensfrohen und  
geistreichen Leute die Frauen behandelten. Diese waren  
ihnen keine Gefährtinnen, sondern weiter nichts als bloße  
Spielzeuge.

Die drei mächtigsten Reiche Europa's. Um! Ein  
Märchen aus alten Zeiten will uns nicht aus dem Sinn —  
hat's nicht einmal ein gewisses England gegeben, das  
seinerzeit, vor fast 100 Jahren, als Napoleon, der  
Weltbezwinger, das ganze Festland von Europa im  
Besitz und unter der Fuchel hatte, ihm truglich  
Schach bot und den Kampf gegen ihn viele Jahre  
lang führte, bis Napoleon, der Weltbezwinger,  
überwunden war? Und lag dieses England nicht in  
Europa? Liegt es nicht noch heute in Europa? Und ist  
es etwa kleiner geworden und schwächer als damals? Wir  
reihen uns die Augen. Nein — England ist noch immer  
da, und seine Flotte ist so stark wie die Deutschlands,  
Frankreichs, Rußlands und noch verschiedener  
anderer Länder zusammen genommen.

Herr Zemieh! Die Vereinigten Staaten von Europa  
haben ein Loch, ein großes, großes Loch — England fehlt.  
Das ist Pagoden-Weisheit.

Ja, sie haben England vergessen, die biederer Pagoden-  
Weisen. Oder künnten wir die Weisen nicht weglassen?  
Vlos Pagoden.

Also England haben sie vergessen. Nur schade, daß  
die Engländer sich nicht vergessen haben. Sie  
haben vortrefflich für sich gesorgt. Und während  
der Zidzad-Kurs strengste Neutralität predigte, die  
vor einem halben Jahre von England vorgeschlagene  
„gemeinsame Aktion“ heldenmüthig ablehnte und politische  
Eiergunderie trieb — schlangelte England sich an die Seite  
des Siegers, schlangelte sich in sein Vertrauen, und schuf,  
gemeinsam mit ihm, die vollendete Thatsache des Friedens  
von Schimonoseki! Und als die Sternrunder das Feuerrohr  
hinlegte, stütz auf ihre so tapfere und pfiffige „Neutralität“,  
da stießen sie auf einmal mit der Nase an die vollendete  
Thatsache. Und da die Thatsache hart ist, hart und halb-  
starr wie Granit, so war die Ueberraschung keine an-  
genehme. Namentlich nicht an der Newa und an der  
Epre. In der Seine, wo man für John Bull einige  
Järlichkeit hat — nachdem der Bruder Rüsse sich als ein  
so arger Finanz-Hochstapler entpuppte — ist man  
schon philosophischer.

Vöse Ueberraschung! Doch was thun?

Die englische Flotte — und auf die Flotten kommt es  
in diesem Fall an — ist stärker als die Flotten der neu-  
gebadenen Vereinigten Staaten von Europa zusamen-  
genommen. Und — was mehr sagen will — England hat  
die Freundschaft Japans und, wenn nöthig, seine Bundes-  
genossenschaft zu Wasser und zu Land. Das verleiht ihm  
eine solche Ueberlegenheit, daß es die Vereinigten Staaten  
der Pagoden in aller Gemüthsruhe — auslachen kann.

Kurz, England beherrscht die Situation.

Statt sich über das Entstehen einer neuen Macht in  
Asien stützig zu entrüsten, hat es sich kluger Weise mit der  
Thatsache abgefunden und sucht sie nach Kräften aus-  
zunutzen.

Die armen „Vereinigten Staaten von Europa“ haben  
das Nachsehen. Sie haben nicht die Mittel, England aus

### Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

#### Der Einfluß der Frauen auf die Wissenschaft.

Von Henry Thomas Budle.

Aus dem Englischen überseht von Eugenie Jacobi.

(Indem wir diesen, in Deutschland wenig bekannten Essay  
des Verfassers der „Einleitung zur Geschichte der Zivilisation“,  
vor Beginn unseres neuen Monats: „Berliner März-  
tage“ in unseren Feuilletonspalten veröffentlichen, glauben wir  
vielen unserer Genossinnen und Genossen einen Gefallen zu thun.  
Die Arbeit Budle's, der schon 1862 starb, ist für die Geschichte  
der Frauenbewegung von höchster Wichtigkeit. Die Original-  
Uebersetzung, in der wir den jetzt 37 Jahre alten Essay, der  
ursprünglich ein Vortrag war, veröffentlichen, ist möglichst von  
Freundrathern gesäubert.)

Das Feuilleton wird später als Broschüre im Verlage von  
August Schupp in Leipzig erscheinen.

Der Gegenstand, über den ich mich hier auszulassen ge-  
denke, der Einfluß der Frauen auf die Wissenschaft, gehört  
unzweifelhaft zu den anziehendsten und auch zu den wich-  
tigsten Dingen. Ihre Gesittung verdankt die Menschheit  
der Wissenschaft. Jedes Fortwärtsschreiten der Völker hängt  
mit einem entsprechenden Fortschritt auf dem Gebiete der  
Wissens zusammen, und gleichzeitig ist der Einfluß der  
Frauen in beständigem Wachsen begriffen. Unter solchen  
Umständen drängt sich uns die Frage auf, in welchen Be-  
ziehungen dieser Einfluß und die Wissenschaft zu einander

In der Neuzeit fallen der Einfluß der Frauen und der  
Fortschritt der Menschheit fast mit einander zusammen,  
während Griechenland eine ganz entgegengesetzte Er-  
scheinung aufzuweisen hat. Plato lebte mindestens vier  
Jahrhunderte später als Homer, und innerhalb dieser Zeit  
machten die Griechen doch bemerkenswerthe Fortschritte auf  
den verschiedenen Gebieten der Kunst, wie der Wissenschaft.  
Einen Antheil hieran haben die Frauen aber keineswegs.  
Ja, im Zeitalter Homers waren sie sogar einflußreicher  
als in dem Plato's was sich aus den Schilderungen, die  
diese Männer und ihre Zeitgenossen von dem Leben der  
Griechen entwerfen, deutlich erhellt. Die Thatsache stellt  
die Frage in das Licht der Zeit, eine andere hingegen in  
das örtlicher Verhältnisse. Bei den rauen, unwissenden  
Spartanern besaßen nämlich die Frauen einen größeren  
Einfluß, als bei den höflichen, gebildeten Athenern, und es  
wäre gewiß des Erforschens werth, die Ursachen jener Er-  
scheinung herauszufinden. Doch ich will nur auf dieselbe  
aufmerksam machen. Sie ist ja einer von den vielen Be-  
weisen, die darthun, daß die vielgerühmten Errungen-  
schaften des Alterthums in hohem Grade einseitig waren,  
und daß sie fallen mußten, weil die Wissenschaft nicht  
in ihrer Gesamtheit fortschritt, sondern einen Theil ihrer  
Mitglieder opferte, um dem anderen das Vorrücken zu  
sichern.

Eine solche Gestaltung ist den gesellschaftlichen Ver-  
hältnissen der Neuzeit zum Glück nicht eigen. Hier hat  
der Einfluß der Frauen sich als äußerst heilsam erwiesen.  
Durch ihn kam ein höherer Schwung in das Leben hinein,  
das damit der Gefahr entrückt wurde, zu einem bloßen,  
gleichförmigen Werklagsmerkel herabzusinken. Weiblicher  
Einfluß wehrte der Gewaltthätigkeit, minderte die Grausam-  
keit und wirkte sänftigend und mildernd auf die Art und

seiner Position heraus zu treiben. Wollen sie gegen das Unvermeidliche sich stemmen, so können sie nur vollends die Suppe in Ostasien verderben und den deutschen Handelsinteressen nie heilbare Wunden schlagen.

Die erste auswärtige „Action“ des Bickadurs ist dem Bickad zum Opfer gefallen. Der Bickadurs war zu konsequent.

Die deutschen Interessen sind in der That gefährdet — gefährdet durch den Bickadurs.

Videant Consules! Nein — nicht die Konsulin, sondern das Volk sehe zu, daß das Gemeinwesen keinen Schaden leide durch die Konsulin des Bickadurs!

## Politische Uebersicht.

Berlin, 24. April.

Aus dem Reichstage. Die Fortsetzung der zweiten Lesung der Zolltarif-Novelle brachte heute zunächst eine längere Debatte über die beantragte Erhöhung des Zolles auf Honig von 20 auf 36 M. pro Doppelzentner.

In der Kommission wurde dieser Antrag in erster Lesung abgelehnt, dann aber auf eindringliche Befürwortung des sächsischen Bundesraths Bevollmächtigten angenommen.

Heute beantragte Herr Letocha vom Centrum, auch für den Waben-(Scheiben-)Honig die Zollerhöhung einzutreten zu lassen, eine Erhöhung, von der die Regierung in ihren Motiven sagt, daß eine Nothwendigkeit dafür nicht vorliege.

Unser Genosse Grillenberger, unterstützt vom Genossen Wurm, bekämpfte in energischer Weise die geplante Erhöhung, durch welche besonders die Nürnberger Lebkuchnbäckerei leiden würde.

Die Erhöhung im Sinne des Antrags Letocha, also noch über die Regierungsvorlage hinaus gehend, wurde bei sehr schwach besetztem Hause gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Ohne Debatte angenommen wurde auch die Erhöhung für Kakao-Del von 9 resp. 20 M. auf 45 M. Lebhaft wird die nun folgende Position, wonach Baumwollsaamen-Del, das bisher mit 4 M. per Doppelzentner tarificirt ist, in Zukunft gleich den Speise-Ölen mit 10 M. besteuert werden soll.

Diese Erhöhung wird dadurch begründet, daß Baumwollsaamen-Del in neuester Zeit in immer steigendem Maße als Speise-Öl Verwendung finde und zwar zur Fabrication von Kunstbutter (Margarine) und zur Konservierung von Fischen.

Von unserer Seite trat der Abg. Marx gegen diese neue Vertheuerung eines Massen-Konsumartikels ein, während von der Rechten besonders der Graf Kanitz gegen die Kunstbutter und für die Zollerhöhung zu Felde zog.

Die Debatte über diesen Punkt konnte nicht zu Ende geführt werden. Der Rest der Tagesordnung soll morgen seine Erledigung finden.

Im Abgeordnetenhaus stand zur ersten Verathung der Gesetzentwurf betreffend die Freilassung des aus außerpreussischem Grundvermögen, handels- oder gewerblichen Anlagen sowie aus der Betheiligung an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung fließenden Einkommens von der Gemeindesteuer.

Nach einer unerheblichen, dem Gesetzentwurfe zustimmenden Debatte wurde er einer 14 gliedrigen Kommission überwiesen. Hierauf folgte die erste und zweite Verathung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung des in dem vormaligen Fürstbisthum Fulda für die Einwilligung der Ehefrauen in Bürgerschaften und Exprovisionen der Ehemänner bestehenden Erfordernisses der gerichtlichen Form.

Interessant an diesem Gesetzentwurfe, der eine Materie des bürgerlichen Gesetzbuches regelt, ist bloß die Thatsache,

daß er eingebracht wird. Läßt es doch darauf schließen, daß das bürgerliche Gesetzbuch für das Reich doch nicht so bald Gesetz wird, als nach den Erklärungen des Staatssekretärs Niederding im Reichstage angenommen werden sollte.

Den Schluß der Sitzung bildete die Verathung des Gesetzentwurfs, betr. das Pfandrecht an Privat-Eisenbahnen und Kleinbahnen und die Zwangsvollstreckung in denselben.

Der Gesetzentwurf bezweckt die Hebung des Realcredits für die Kleinbahn-Unternehmungen. Bloß von konservativer Seite wurden gegen denselben Bedenken laut.

Bei der Reichstags-Erstwahl in Rinteln-Hofgeismar erhielt, soweit bisher bekannt, Viehbach (Ant.) 3060, Wächter (Soz.) 1600, Souday (natl.) 861, Virchow (fr. Rp.) 280 und Martin (Mp.) 87 Stimmen. Das Resultat aus 90 Ortschaften ist noch ausstehend.

Die zweite Lesung der Umsturzvorlage soll am Donnerstag nächster Woche beginnen. Im Präsidium rechnet man acht Tage für die Erledigung der zweiten Lesung.

Die Stellung der Regierung zur Umsturzvorlage, wie sie aus der Kommission hervorgegangen, ist noch nicht klar zu erkennen. Nach einer nationalliberalen Zeitung soll die durch die Kommission beschlossene Aufhebung des Rangel-Paragraphe von der Regierung als unannehmbar bezeichnet werden sein.

Die Bundesstaaten und die Umsturzvorlage. In der zweiten Kammer beantragte der nationalliberale Abgeordnete Mez (Darmstadt), die Regierung aufzufordern, im Bundesrath gegen die Umsturzvorlage zu stimmen.

Gegenüber der früher von uns gebrachten Nachricht, daß die württembergische Regierung entschlossen sei, gegen die Umsturzvorlage zu stimmen, wird jetzt versichert, daß das württembergische Staatsministerium sich noch nicht mit der Abstimmungsfrage befaßt hat.

Die Nationalliberalen gegen die Umsturzvorlage. Von allen Seiten mehren sich die „Krautergewitter“ Stimmen gegen das Umsturzgesetz. Der Frankfurter nationalliberale Verein nahm folgende Resolution an:

„In der Erwägung, daß die schon gegen den Regierungsentwurf des sogenannten Umsturzgesetzes vorhandenen Bedenken durch die Veränderung, welche die Kommissionsbeschlüsse herbeigeführt haben, noch gesteigert worden sind, daß das so geplante Gesetz den ursprünglichen Zweck nicht erfüllen, dagegen eine verhängnisvolle Schädigung des Rechts der freien Meinungsäußerung herbeiführen wird und mit liberalen Grundgesetzen unvereinbar ist, wird die Centralleitung der nationalliberalen Partei ersucht, mit aller Energie das Zustandekommen des betreffenden Gesetzes zu bekämpfen.“

Das Centrum merkt wohl, daß seine eigenen Wähler von der Umsturzvorlage, auch in der Kommissionsfassung, nichts wissen wollen. Der Centrumskandidat für Reims-Mettmann, Herr Stöckel, erklärte deshalb, daß er unter allen Umständen gegen die Umsturzvorlage stimmen werde, auch gegen die von der Kommission beschlossene Gestalt. Er würde bei einer anderen Haltung jedenfalls viel weniger Stimmen erhalten haben. Der in Köln wieder kandidirende bisherige Abg. Greiß, der bekanntlich sogar zu den Baumeistern der Umsturzvorlage in der Kommission gehörte, versucht von den anderen Centrumsmitgliedern der Kommission abzurufen. Ein Kölner Centrumsblatt, der „Rhein-Merkur“, erklärt sich in der Lage, mitzutheilen: Herr Greiß, würde, wenn er der Kommission noch angehört hätte, gar nicht daran gedacht haben, seinen Antrag zurückzugeben. Es handelt sich um den bekannten die Vorlage mildernden Antrag Greiß, der dann zu gunsten eines noch verschärften nationalliberalen Antrages Voth zurückgezogen wurde. Die Erklärung kommt spät. Sie hätte sofort nach der Zurückziehung erfolgen sollen, jetzt liegt die Annahme nahe, daß sie nur um der Kandidatur willen geschieht. Uebrigens enthält sie den Vorwurf einer groben Ungehörigkeit gegen die anderen Centrumsmitglieder der Kommission, die demnach zu der Zurückziehung nicht ermächtigt gewesen wären.

Wissenschaft auf Thatsachen beruht. Nur diese haben Werth, und alles andere ist ein bloßes Schwärzeln. Diejenigen, die sich so äußern, mögen wohl die Thatsache, nicht aber den Werth zu schätzen verstehen. Der Werth der Dinge ist weder eine Eigenschaft, noch ein Bestandtheil derselben; er hängt einfach von ihren Beziehungen zu anderen Dingen ab. Man sagt z. B., daß ein Geldstück den und den Werth hat. Allein in der Münze selbst liegt er doch nicht. Worin läge er denn aber sonst? Mit unseren Sinnen vermögen wir ihn nicht wahrzunehmen. Wir können ihn weder sehen, noch hören, noch fühlen, noch schmecken oder riechen. Einzig und allein in seinen Beziehungen zu etwas anderem beruht der Werth des Geldstückes, und mit den Thatsachen verhält sich's ebenso. Sie stellen an und für sich gar keinen Werth, sondern nur eine nützliche Masse dar. Erst durch ihre Zugehörigkeit zu unserem gesammten Wissen erlangen sie Werth, und dieser besteht mithin bloß in der Möglichkeit des Wirkens, also gleichsam in etwas Nachfolgendem. Thatsachen gewähren allein den Vortheil, daß man von ihnen auf das zu schließen vermag, was sie ins Leben rief. Nicht in ihnen, sondern in den Wechselbeziehungen, die sie und Vorstellungen und Begriffe mit einander haben, liegt wahres Wissen. Mit Thatsächlichem hat sich der Kleinkeitskrieger vollgestopft, während der Weise es auszunutzen versteht.

Von diesem Standpunkte aus betrachtet, zerfällt die Wissenschaft in die Art und Weise des Verfahrens, in das Wissen und in das Können. Von ihrem ersten Theil soll jetzt die Rede sein; doch zuvor will ich noch die beiden anderen Gebiete umgrenzen. Zum unmittelbaren Ziel-punkte hat alles Können entweder den Nutzen oder das Behagen, alles Wissen hingegen die Erforschung der Wahrheit, und dem entspricht auch die Verschiedenartigkeit des beiderseitigen Bereiches. Das Können setzt die Ereignisse in klingende Münze um, und das Wissen sieht sie voraus. Dieses verkündet und jenes überwacht die uns umgebenden Erscheinungen. Je vollständiger das Wissen ist, um so besser vermag es in die Zukunft zu schauen, und je vollständiger das Können ist, um so genauer wird seine Beaufsichtigung sein. Die Sternkunde z. B. nennt man den höchsten Zweig des Wissens, weil sie am weitesten über die Gegenwart hinausgreift. Lange ehe die Erscheinungen sich wirklich zeigen, wird ihr Eintreffen von den Gelehrten verkündet, die damit eben die Bedeutung ihres Arbeitsfeldes darthun. So läßt sich auch auf dem Gebiete der Bewegungslehre voraussagen, daß gewisse Umstände gewisse Folgen nach sich ziehen. Damit hört dann aber das Wissen auf und es tritt das Können in seine Rechte, um die erforderliche Wahrheit nutzbar zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

Auch die Mucker rebolliren gegen das Umsturzgesetz, allerdings nicht deswegen, weil es ihnen zu reaktionär wäre, sondern weil nach dem Umsturzgesetz der Kommissionsfassung die lieben Brüder in Christo von der katholischen Klerisei zu gut wegkommen. In einer Rundgebung des Centralvorstandes des evangelischen Bundes zu Merseburg, betreffend die Umsturzvorlage und deren Ausnützung zu kirchlich-ultramontanen Zwecken, heißt es:

Wer möchte die schwere Verantwortung auf sich nehmen, durch einen zu weit getriebenen äußeren Schutzversuch für das Christenthum diese göttliche Kirche in den Augen des Volkes herabzusetzen, als könne sie ohne Hilfe der Menschen nicht bestehen? Wer möchte zugeben, daß es noch innerhalb des Bereiches jener Aufgabe liege, das römisch-ultramontane Priesterthum von den letzten Schranken zu befreien, welche seinen Verheerungen, Staat und Reich seinem Einfluß zu unterwerfen, gesetzt sind? Wer möchte die Imparität noch verschärfen, unter welcher in Bezug auf Schutz gegen Verunglimpfung und auf Wahrung berechtigter Interessen der Protestantismus gegenüber der streitenden römischen Kirche leidet?

Wir erwarten auf das bestimmteste, daß Gesetzentwürfe der bezeichneten Art nie die Billigung des Bundesraths finden werden. Sie sind nicht der Weg, auf dem man für den Frieden in unserm theuren Vaterlande, für die Wahrung von Religion, Sittlichkeit und Ordnung eintritt. Die Reichs- und Staatsregierungen würden sich selbst aufgeben, wenn sie solchen Ansprüchen sich unterwürfen.

Eine vorzeitige Wirkung der Umsturzvorlage hat der Oberbürgermeister von Berlin vorige Nacht erlebt. Herr Zelle schlummerte friedlich, als er durch einen Eilbrief des Oberpräsidenten von Berlin davon verständigt wurde, daß die aufsichtsbehördliche Weisheit es mit den Rechten des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung für unvereinbar erachtet, beim Reichstag gegen die Umsturzvorlage zu petitioniren. Herr von Achenbach beauftragt in seinem Was dem Oberbürgermeister, die Verhandlung in der Stadtverordneten-Versammlung über den Anschluß an die Magistratspetition zu verhindern, weil es nach der Städte-Ordnung unzulässig sei, daß kommunale Körperschaften über politische Fragen verhandeln. Daß durch das vorgeschlagene Knebelgesetz die vitalsten Gemeinde-Interessen auf das schärfste verletzt werden — wir erinnern nur an den unaussprechlichen Niedergang des graphischen Gewerbes im Falle der Annahme der Umsturzvorlage — scheint Herr von Achenbach in seinem polizeilich-staatsanwaltschaftlichen Eifer gänzlich übersehen zu haben. Ebenso ist dem verbotseifrigen Oberpräsidenten wahrscheinlich nicht zum Bewußtsein gekommen, daß er mit seinem Verbot das verfassungsmäßig garantierte Petitionsrecht für die Berliner Gemeindevertretung illusorisch macht. Vielleicht thun wir aber Herrn von Achenbach mit unserer Annahme unrecht. Möglicherweise verbietet er die öffentliche Verhandlung der Magistratspetition, weil er dieselbe mit uns für so überaus schwächlich und rüdgelalt hält, daß er die Stadtverordneten-Versammlung vor der Blamage, in so zahmer und unwürdiger Weise gegen das Reich und dem Volkswohl ins Gesicht schlagen zu lassen, sich weigert zu protestiren, bewahren will. Oder der Herr Oberpräsident ist vielleicht gar der Meinung, daß die gouvernemental-klerikale Umsturzeleistung unter jeder Kritik ist, und daß es deshalb für die Berliner Stadtverordneten-Versammlung nicht angemessen erscheint, sich mit diesem Monstrum zu beschäftigen. Wir werden abwarten, welche Maßregeln die städtische Vertretung gegenüber diesem neuesten Ausfluß polizeilicher Vormundschaft ergreifen wird. Jedenfalls hat Herr von Achenbach glänzend bewiesen, daß er es auch ohne Umsturzvorlage fertig bekommt, der besessenen Vertretung der Bürgerschaft den Mund zu ver-bieten. Ob er die Annahme der Vorlage im Reichstag dadurch fördert — das freilich steht auf einem andern Blatt.

Nicht das geheime Wahlrecht habe er gewollt, läßt Fürst Bismarck jetzt in seinem Hamburger Leitblatt erklären. Er habe die öffentliche Abstimmung gewünscht, der Reichstag habe ihm aber die Sache verdrorben. Nun — das deutsche Volk hat ihm die Sache noch gründlicher verdrorben, indem es aus dem Spielzeug, das ihm der „nationale Hero“ in die Hand gab, sich eine Waffe schmiedete, mit welcher der Hero selbst besiegt ward.

Von den Beschlüssen des Allgemeinen deutschen Handwerktages sind noch die folgenden zu registriren: Ueber den Bau s i n d e l wurde die folgende Resolution gefaßt:

Der achte Allgemeine deutsche Handwerktage protestirt auf das entschiedenste dagegen, daß die Veseitigung des Bau-s i n d e l s durch gesetzgeberische Maßnahmen bis zur Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches verschleppt werden soll, und giebt seiner tiefsten Indignation darüber Ausdruck, daß diesem schamlosen Schwindel gegenüber die verbündeten Regierungen bis jetzt noch kein Mittel der Abhilfe zu finden wußten. Der Handwerktage spricht auch die bestimmte Erwartung aus, daß die Periode der „Erwägungen“ endlich einmal ein Ende nimmt und von Veranlassung von überflüssigen, nutzlosen und dilatorischen Erquieten ernstlich Abstand genommen wird.

Zum sechsten Punkt der Tagesordnung, betreffend die Gefängnis- und Militär-Werkstätten-Arbeit wurden folgende drei Resolutionen angenommen und der Vorstand beauftragt, dieselben in geeigneter Form zu verschmelzen und den Behörden einzureichen:

Der achte Allgemeine deutsche Handwerktage möge beschließen, bei den künftigen Verhandlungen dahin vorstellig zu werden, daß die Zucht- und Gefängnisarbeit dadurch eingeschränkt wird, daß man dieselbe für die Bedürfnisse der Staatsverwaltung (insbesondere für Anfertigung von Militärarbeiten) nutzbar mache, oder zum mindesten die in den Gefängnissen hergestellten Arbeiten — unter Ausschluß der Maschinenarbeit — nach den ortsüblichen Preisen bezahlen lasse.

Der achte Allgemeine deutsche Handwerktage steht in dem immer mehr von Seiten der Reichs- und Kommunalbehörden eingerichteten Regiebetriebe eine arge Schädigung des selbständigen Handwerks und macht es deshalb den Vorständen der einzelnen Innungen und Vereine zur Pflicht, überall energisch gegen die Regiebetriebe, die noch dazu mit Unterbietung der von den Innungen gezahlten Löhne arbeiten, Front zu machen.

Die vom Vorstände eingebrachte Resolution lautete wie nachstehend:

Der achte Allgemeine deutsche Handwerktage erklärt sich in Konsequenz seiner früheren Beschlüsse für Aufhebung der Militärwerkstätten und für Beschäftigung der Gefangenen mit Herstellung von Halbfabrikaten unter Ausschluß der Verwendung von Maschinen oder mit Ausführung von Kulturarbeiten.

Zu den Konsumvereinen nahm der Handwerktage in folgender Form Stellung:

Der achte Allgemeine deutsche Handwerktage verurtheilt die Konsumvereine als einen Uebergang nackter Selbstsucht in die Gier und das Recht des Nächsten; er sieht in ihnen den Keim zu völliger Zerstörung unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und Untergrabung der Monarchie infolge ihrer sozialistisch-kommunistischen Tendenz. Insbesondere beklagt

den Umstand, daß in ihrer Existenz geschädigte Stände (Beamte und Offiziere), deren Beruf es sein sollte, Eigentum und Erwerb der aus ihrem Gewerbe zu schützenden, in einen delinquenten Wettbewerb mit jenen eintreten und so bewußt oder unbewußt zur Zerstörung des gewerblichen Mittelstandes beitragen, dessen Erhaltung als eines unentbehrlichen Gliedes unseres Staatslebens unerlässlich ist. Der Handwerker tag beschließt, alle gesetzlich erlaubten Schritte zu thun, um diese Auswüchse der Gewerbfreiheit zu beseitigen und empfiehlt den Handwerkern auf das dringendste, im Interesse ihrer Selbsterhaltung allen Konsumverwehren Bestrebungen nicht nur fern zu bleiben, sondern dieselben zu bekämpfen, wo immer die Nothwendigkeit hierfür vorliegt.

Ueber die „Beschränkung der Konsumvereins-Filialen und Peranziehung der selben zur Gewerbesteuer“ wurde erklärt:

Der achte Allgemeine deutsche Handwerker tag beschließt, die Staatsregierung zu veranlassen, die Errichtung von Konsumvereins-Filialen zu beschränken. Bei der Anmeldung einer solchen ist dieselbe mit einem Durchschnitt von 16 M. zu veranlagten; jede weitere Filiale ist progressiv in der Steuer zu erhöhen.

Die „politische Vertretung des Handwerks“ rief eine große Debatte hervor, die mit der Annahme folgender Resolution endete:

Der achte Allgemeine deutsche Handwerker tag beschließt an folgender allbekannter Praxis festzuhalten:

1. Bei allen Wahlen ist thätigst dahin zu wirken, daß mit Hilfe handwerkerfreundlicher Parteien Kandidaten aus dem Handwerk ausgewählt und gewählt werden; wo dies nicht möglich, da hat der Handwerker in allen Fällen und mit allen erlaubten Mitteln denjenigen Kandidaten zu unterstützen, welcher voll und ganz für das Programm der deutschen Handwerker, insbesondere obligatorische Jünung und Befähigungsnachweis einzutreten verspricht.

2. Der achte Allgemeine deutsche Handwerker tag hält nach wie vor die Gründung einer sogenannten Mittelhandspartei für überflüssig, ja schädlich, weil bereits Parteien mehr wie genug bestehen, und weil für die Forderungen des deutschen Handwerks und Mittelstands im Reichstag bereits eine große Mehrheit vorhanden ist.

3. Der achte Allgemeine deutsche Handwerker tag spricht den Wunsch aus, es möchten diejenigen handwerkerfreundlichen Parteien, welche eine größere Vertretung des Handwerks im Reichstag und Landtag als eine unbedingte Nothwendigkeit seit langen Jahren anerkannt haben, dem Handwerk bei den Wahlen Mandate mehr wie bisher überlassen.

Bei der Abstimmung wurde Absatz 1 und 3 der Resolution mit großer Mehrheit, Absatz 2 mit knapper Mehrheit angenommen.

Eine Resolution, in der die Einzelregierungen aufgefordert werden, den von Jünungen begründeten und unterhaltenen Fachschulen eine größere Unterstützung als bisher in finanzieller Beziehung angedeihen zu lassen, wurde debattelos angenommen.

Endlich nahm der Handwerker tag zu der geplanten Einführung des Maximalarbeitstages im Bädergewerbe in der folgenden, seiner durchaus würdigen Weise Stellung:

Der vom 22. bis 23. April 1895 in Halle a. S. tagende achte Allgemeine deutsche Handwerker tag findet in der beabsichtigten Einführung eines Maximal-Arbeitstages im Bädergewerbe einen erneuten Angriff auf die Selbstständigkeit des kleinen Handwerks und einen Eingriff in die persönliche Freiheit der beschäftigten Handwerksmeister und Gesellen, da zweifellos, nachdem einmal der Maximal-Arbeitsstag im Bädergewerbe eingeführt ist, derselbe auch auf alle anderen Kleingewerbe ausgedehnt wird.

Der ganze organisierte Handwerkerstand verwarft sich entschieden gegen die Einführung des Maximal-Arbeitstages, da dadurch auch der letzte Rest des Kleinhandwerks verschwinden und dem Großbetrieb überliefert werden würde.

In der Erwägung: Daß die Einführung des Maximal-Arbeitstages im Bädergewerbe wegen der technischen Schwierigkeiten, des schwankenden Bedarfs der nur frisch veräußerten Erzeugnisse, der Witterungseinflüsse, der Abhängigkeit vom guten oder bösen Willen der Gesellen, der schwächeren oder ungelübteren Arbeitskräfte einerseits und des jeden triftigen Grundes mangelnden Vorhabens andererseits bitten die heute versammelten Handwerker, die hohe Reichsregierung möge von einer Gesetzesvorlage, betreffend Einführung des Maximal-Arbeitstages im Bädergewerbe Abstand nehmen.

Alle handwerkerfreundlichen Parteien des Reichstages werden dringend gebeten, event. eine diesbezügliche Vorlage pure abzulehnen.

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Schneidermeister Liebrecht-Magdeburg sprach dann über die Sonntagruhe und gab in einer Resolution dem Verlangen Ausdruck, daß für die Ablieferung bestellter Waaren nicht, wie jetzt, der zweite, sondern der erste Feiertag an den drei hohen Festen freigegeben werde. — fand ebenfalls einstimmige Annahme.

In seinem Schlussworte hob der Vorsitzende Viehl-München hervor, daß aus dem gegenwärtigen Handwerker tage 900 Korporationen durch 620 Delegierte vertreten waren. Unter Dankworten und der Mitteilung, daß die gefassten Beschlüsse durch eine Deputation dem Kaiser überreicht werden sollen, schloß der Redner mit einem Hoch auf den Kaiser und die verbündeten Fürsten.

Vertreter aller reaktionären Parteien, so der National-liberalen, Konservativen, des Zentrums und des Bundes der Bauern, nahmen als Gäste an den Verhandlungen theil und bewarben sich um die Gunst der reaktionären Jünungsflügel. Wir werden auf die Beschlüsse und die Vorgänge am Handwerker tage noch zurückkommen. —

Die Forderung der Universitäts-Verfassung. Das Dementi der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung findet bei niemandem Glauben. Allgemein nimmt man an, diese neue Beschränkung der Lebensfreiheit sei lediglich auf die Absicht zurückzuführen, dem Privatdozenten der Physik an der Berliner Universität, Dr. Krons, das Recht zu nehmen, Vorlesungen zu halten. Im vorigen Jahre bemühte sich vergeblich die Regierung nach dieser Richtung bei der philosophischen Fakultät der Berliner Universität. Nun will sich der Minister für Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten das Recht einräumen, über den Kopf der Fakultäten hinweg mißliebige Privatdozenten nicht bloß wie bis jetzt bei der Verleihung von bezahlten Lehrstellen zu übergehen, sondern sie überhaupt an der Lehrthätigkeit und bei Vertretern der Naturwissenschaft auch an der wissenschaftlichen Forschung zu hindern. —

Der Fuchsmühl-Prozess hat begonnen. Ganz Fuchsmühl steht sozusagen vor Gericht, denn zu Hause sind etwa nur noch 12 selbständige Einwohner geblieben, alle übrigen sind angestellt oder sie fungieren als Zeugen. Die Bauern sind guten Muthes und sehen den Verhandlungen mit größerer Ruhe entgegen, als sie die Zeugen, Baron Joller, sein Oberförster Graßmann, der Premierlieutenant Mayr und auch der Bezirksamtmann Wall besitzen dürften. Am Sonntag waren die Verteidiger mit einer Anzahl Journalisten in Fuchsmühl und haben dort eine Inauguralrede gehalten und eine Probe in Bezug auf die Vorrede der Aufforderung zum Auseinandergehen gemacht, die thatsächlich sehr zu Gunsten der Bauern ausgefallen ist. Der Verteidiger, Rechts-

anwalt Bernheim aus München, wird vielleicht beantragen, daß sich auch das Richterkollegium an Ort und Stelle begiebt und dort einen Vorkammer im Abth. —

Der Zentrumsabgeordnete Verno führt den Vorfall in diesem sensationellen Prozesse. Herr Verno hat bekanntlich im Reichstage, als die Fuchsmühl-Affäre von den Abgeordneten Egel und Kröber gestreift wurde, eine ganz merkwürdige Erklärung abgegeben, aus der man eine gewisse Animosität gegen die Angeklagten heraus-hören mußte. Verno ist auch sonst als tüchtiger, spitzfindiger Jurist bekannt. Er hat z. B. im bayerischen Landtag mit juristischer Spitzfindigkeit die Ungültigkeitserklärung der vier sozialdemokratischen Landtagsmandate von Nürnberg vorgeschlagen, wurde aber damals von seiner ganzen Fraktion im Stich gelassen. Von den übrigen Richtern ist nichts zu sagen, als daß der eine Weigert, Landgerichtsrath Pöhl, auf einer Karte, die an seinem Amtszimmer im Gerichtsgebäude hängt, nach seinem Namen die Worte stehen hat: „Landgerichtsrath und Premierlieutenant der Landwehr“. Zur Ehre des Herrn Verno sei es übrigens gesagt, daß er die Verhandlungen am heutigen ersten Tage geschickt, ruhig und sachlich geleitet hat. Er ist kein Draufsetzer, kommt den Angeklagten wohlwollend entgegen und läßt sie ausreden. Auch mit der Vertheidigung stellt er sich auf besten Fuß und läßt ihr den notwendigen Spielraum. Bezeichnend für den ganzen Prozess ist, daß der Staatsanwalt während des ganzen Verfahrens der Angeklagten nicht ein einziges Mal das Wort genommen hat.

Das Verhalten der Angeklagten ist musterhaft. Gutmüthigkeit und Treuehaftigkeit sind die hervorragendsten Eigenschaften. Mit Einnahmegehalt haben sie die Unterdrückung und die Vorenthaltung ihres Eigentums seitens der Gutsherrschaft getragen, bis sie die Noth zur Selbsthilfe zwang. Wenn sie in leidenschaftlicher Weise vor den Richtern ihre Anklagen gegen den Baron und besonders gegen seinen Förster erheben, wenn sie auf die drückenden Steuerlasten hinweisen und ihre Armut schildern, dann wird einem das Herz weich. Mit Politik und mißverstandenen sozialdemokratischen Lehren hatte die Aktion der Fuchsmühl Bauern — das muß jetzt jedem klar werden — nicht das geringste zu thun. Es war das natürliche Rechtsbewußtsein, das ihnen im Leibe steckte und zur Selbsthilfe trieb. Jetzt, nachdem das Militär gegen sie vorgegangen ist und sie die Folgen für ihr Thun tragen müssen, dämmert es auch bei diesem Landvolke und die sozialen Gegensätze der heutigen Welt kommen ihm zum Bewußtsein. Unser Partei-Organ, die „Münchner Post“, wird jetzt schon viel in der Gegend gelesen und es wird um so größere Verbreitung finden, je weniger milde das Urtheil ausfallen wird. —

Die National-liberalen Württembergs haben sich von der Schlappheit, die sie während der letzten Landtagswahl erhalten haben, noch nicht erholt. Die Erbschaft im 14. württembergischen Reichstagswahlkreis (Altm.) findet wie bekannt am 30. April statt und trotzdem es nur noch 8 Tage sind, hat die national-liberale Partei, welche bei der letzten Reichstagswahl 10 883 Stimmen auf ihren wegen der Wahlumtriebe aus dem Reichstage verbannten ehemaligen Abgeordneten Baucke vereinigte, noch keinen Kandidaten aufgestellt. Ja es wollen sogar diesmal die National-liberalen ihre „unbesetzte“ Fahne verlegen und unter dem Namen „Wirtschaftspartei“ in den Wahlkampf einziehen; sie haben eingesehen, daß sie das Vertrauen des Volkes nicht mehr besitzen und sehen ihre letzte Rettung nur noch darin, das Volk noch einmal über die Ohren zu hauen. Die Sozialdemokraten, welche Bürgerauschussmitglied Dietrich in Stuttgart aufgestellt haben, eröffnen letzten Sonntag mit mehreren Versammlungen den Wahlkampf und werden, wohl wissend, daß an einen Sieg vorläufig nicht zu denken ist, die Agitation, hauptsächlich am Sonntag und Montag vor dem Wahltag energisch betreiben. —

Die Regentenschaftsfrage in Lippe-Deimold. In dem Landtage von Lippe-Deimold wurde ein von der Majorität in vertraulicher Sitzung beschlossener Antrag eingebracht, mit Zustimmung des Regenten folgendes Gesetz anzunehmen: Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe wird als Regent bestätigt, bis die Frage wegen der Thronfolge entschieden ist. Wann übernimmt der durch die Entscheidung meist berechnete Thronfolger die Regentenschaft. Die Regelung hat durch einen Gerichtshof zu erfolgen. Tritt das Ableben des Fürsten Alexander ein, ohne daß eine Regelung erfolgt ist, so erlischt die Regentenschaft. Tritt aus diesen Gründe oder sonst eine Bilanz in der Regentenschaft ein, so erneuert der Landtag einen Regenten aus der Zahl der Agnaten, bis eine Regelung erfolgt ist. Der Regent erhält 250 000 Mark aus der Domänenkasse. Die Staatsregierung erklärt sich bereit, baldmöglichst einen Akt der Gesetzgebung zu beantragen, durch welchen das Reichsgericht als Gerichtshof zur Erledigung der Thronfolgefrage eingesetzt wird. Nach 47-stündiger Verhandlung wurde der Antrag mit 15 gegen 6 Stimmen angenommen. Der Landtag wurde vertagt. —

Der elass-lothringische Landesauschuss nahm in dritter Sitzung einstimmig das Gesetz, betreffend die Gebäudesteuer an. Dasselbe stellt eine Ausgleichung und eine gerechtere Vertheilung der bestehenden Gebäudesteuer her und hebt die drückende Thü- und Fenstersteuer auf. —

In dem „Interview“ Liebknecht's im „Figaro“ schreibt ein Parteiblatt, es sei doch zu empfehlen, daß bekanntere Parteigenossen sich nicht mit Besuchern in Gespräche über öffentliche Dinge einlassen, und daß, was sie zu sagen haben, in der Parteipresse sagen. Letzteres ist sehr einfach und geschieht auch unzweifelhaft allgemein. Aber man kann doch nicht Besuchern gegenüber, die sich über deutsche Verhältnisse informieren wollen, ein Schloß vor den Mund nehmen? Daß Liebknecht sich nicht interviewen läßt, hat er widerholt erklärt — zuletzt nach seiner Reise, die zu Du und den von „Interviews“ genau in Weise des letzten „Figaro“-Interviews geführt hatte. Wenn man noch so wählerisch ist, kann man doch nicht alle Besucher, und namentlich nicht von Freunden wohlwollende, abweisen — das verbietet der gesellschaftliche Anstand, mitunter auch das Parteinteresse. Dagegen, daß über ein Gespräch sensationell berichtet wird, kann niemand sich schämen. —

Zum Fall Nicken-Sansleben schreibt man uns:

Friedrich Schagen, 21. April. Der „Vorwärts“ brachte in seiner Nummer 28 eine Notiz über Alfred Sansleben, die geeignet ist, diesen als höchst verdächtige Persönlichkeit erscheinen zu lassen.

Ich kenne Alfred Sansleben seit Jahren, und ich habe daher Gelegenheit gehabt, seinen Charakter in allen Lebenslagen zu erproben. Ich habe Sansleben als gutberzig, reich hilfsbereiten Menschen kennen gelernt, der absolut unabh. ist, mit Polizeiagenten wie Sternberg gemeinsame Sache zu machen. In seiner angeborenen Gutmüthigkeit bringt Sansleben ein unbegrenztes Vertrauen allen Menschen entgegen, und dieses Vertrauen wird leider — diese Ueberzeugung habe ich gewonnen — nur zu häufig von niedrig denkenden, gemein gesinnten Kreaturen mißbraucht. Es ist daher leicht möglich, daß sich ein Sternberg in das Vertrauen Sansleben's zu schmeicheln gewußt hat, weil diesem jede Menschenkenntnis fehlt. Einem Sternberg gegenüber erwies sich die Urtheilskraft Sansleben's, die noch absolut ungeschult war, als vollkommen ohnmächtig.

Nebenbei theilte Sansleben seine unbegrenzte Vertrauensseligkeit mit vielen anderen sozialistisch gesinnten Parteigängern Hollands und Belgiens, deren Gutmüthigkeit ebenfalls von dem Ruffen ausgebeutet wurde.

Wenn der „Vorwärts“ ferner den Vorwurf erhebt, daß Sansleben ein „Intimus“ Ehrenberg's gewesen ist, so ist dieser Vorwurf schon durch die Thatfache ausgeschlossen, daß sich Sansleben in dem Jahre, wo Ehrenberg als Spigel entlarvt wurde, noch fast im Knabenalter befand. Nach meiner Kenntnis

wurde Sansleben im dreizehnten oder vierzehnten Lebensjahre von seinem Vater dem Hauptmann Ehrenberg zur Erziehung übergeben.

In der ganzen Angelegenheit „Nicken“ trifft allerdings den Sansleben ein Vorwurf. Er hat sich als Richter in einer sehr verwickelten Angelegenheit aufgeworfen, zu deren Entwirrung ihm die nöthige Sachkenntnis und die erforderliche kritisch geschärfte Urtheilskraft fehlten. Hochachtungsvoll

Paul Kampffmeyer.

Durch vorstehenden Brief werden unsere Mittheilungen in der Hauptsache nur bestätigt, und nur in bezug auf die Person Sansleben's modifiziert.

Außerdem sendet uns auch Herr Sansleben selbst aus Zürich eine ziemlich nichtsagende Erklärung. Charakteristisch an dieser ist, daß Herr Sansleben mittheilt, er habe am 29. September 1894 in Zürich Nicken „zufällig“ kennen gelernt. Da nun nach seiner Angabe Nicken bereits Ende November Zürich verließ, so beschränkt sich die Bekanntschaft Sansleben's mit Nicken auf knapp zwei Monate und auf Grund dieser kurzen Bekanntschaft hat Herr Sansleben die Rühnheit, die mehr als ein Jahrzehnt währende Thätigkeit Nicken's sachverständig und beweiskräftig beurtheilen zu wollen. Das ist eine Annahme, die nur in der Jugend und der Unerfahrenheit des Herrn Sansleben einige Entschuldigung findet. —

Christus und das Wahlrecht. In der belgischen Kammer äußerte sich kürzlich ein sozialistischer Abgeordneter gegenüber der liberalen Kammermajorität in der Gemeindevahlrechts-Debatte: „Bei dem von Ihnen (den Liberalen) geschaffenen Wahlsystem würde Christus, lebte er heute, nur eine Stimme haben, während Pilatus und Herodes jeder vier Stimmen hätten.“ Der Sozialist „Arbeiterwille“ wendet diesen klaffenden Vergleich auf Oesterreich an und meint: Nach dem heutigen unsinnigen Wahlsystem würden Herodes und Pilatus in der Kurie der Großgrundbesitzer wählen, und Jesus würde vom Wahlrecht überhaupt ausgeschlossen sein. Und da jetzt unsere Liberalen „im Namen Gottes“ gegen jede Erweiterung des Wahlrechts! — Und in Preußen würden Pilatus und Herodes die einzigen Wähler in der 1. Klasse ihres Bezirkes sein, während Christus' Stimme bei der Wahl als die eines der vielen Wähler der 3. Klasse ohne jede Wirkung auf das Resultat wäre. So steht es um die Wahlberechtigung in dem Staate, der für Religion, Ordnung und Gerechtigkeit kämpft! —

Im österreichischen Abgeordnetenhaus wurde heute ein von jungescheitler Seite beantragtes Mißtrauensvotum gegen die Regierung abgelehnt. Dem Antrage lagen die Kurstreibereien der Wiener Börse in Eisenbahnpaktien zu Grunde, welche durch die zweideutigen und sich widersprechenden Bemerkungen des Handelsministers über die Verstaatlichungssaktion veranlaßt waren. Das Parlament und der Budgetausschuß werden geradezu zu einer Vor-kammer der Börse herabgedrückt! — Dieser Ausspruch des jugescheitlichen Abgeordneten Ratzl charakterisiert die Auffassung vieler Kreise in Oesterreich über die skandalöse Haltung des Handelsministers in der Eisenbahnfrage. —

Oesterreichisch-bulgarischer Handelsvertrag. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge würde der zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien abzuschließende Handelsvertrag auf Ungarischen beruhend, bei gleichzeitiger Zollherabsetzung von 10% auf 15% pSt. —

Die Organisation der Schweizerischen Bundesbank dürfte nun wahrscheinlich folgendermaßen gestaltet werden: Der Bund liefert den Kantonen drei Viertel des Gewinnes der Bundesbank aus, statt der vorgesehenen zwei Drittel. Den Kantonen wird eine Beteiligung von zwei Fünfteln am Dotationskapital eingeräumt und desgleichen eine Vertretung im Verwaltungsrathe von zwei Fünfteln der Mitgliederzahl. —

Volksabstimmungen im Kanton Basel-Land. Das Baslerbieter Volk, welches am letzten Sonntag über 6 Gesetzesvorlagen abzustimmen hatte, hat bei sehr schwacher Beteiligung drei davon angenommen und zwei verworfen. Angenommen sind das Gesetz betreffend die unentgeltliche Rechts-hilfe für Unbemittelte, das vereinfachte Prozeßverfahren bei Lohnstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern und das Viehpässungsgesetz. Verworfen dagegen sind das Gesetz über strengere Kontrolle der Schulverhältnisse und betr. Befoldungsregulierung der Bezirkslehrer. Von 13 000 Stimmberechtigten erschienen bloß rund 4000 an der Urne. —

Der 1. Mai in Frankreich. Man schreibt uns aus Paris unterm 20. April: Was der diesjährigen Maifeier ihr besonderes Gepräge aufdrücken wird, ist, daß sie in erster Linie als eine Manifestation gegen das auf das Streikrecht der Arbeiter geplante Attentat gedacht ist. Um dieser Manifestation einen besonderen Nachdruck zu verleihen, hat denn auch der Nationalrath der französischen Arbeiterpartei folgenden Aufruf erlassen:

An die Arbeiter Frankreichs!

Genossen! Der 1. Mai, der seit 1890 in der ganzen Welt der große Tag der Arbeiterforderungen geworden ist, erscheint dieses Jahr in Frankreich unter besonderen Verhältnissen, die uns neue Pflichten auferlegen und unsere Verantwortlichkeit vergrößern.

Infolge des Komplotts, das die Regierung gegen die Koalitionsfreiheit geschmiedet, haben wir nicht nur wie in der Vergangenheit unsere internationale Solidarität zu bekräftigen, sowie unseren beharrlichen Willen, die entgeltliche Befreiung der Arbeit durch die unmittelbare Verkürzung der Zwangsarbeit vorzubereiten, unter der Euro Klasse sich kränkt und stirbt.

Wir haben uns auch und vornehmlich mit jenen der unfreien — den Arbeitern und Angestellten der Eisenbahnen, der Arsenale und anderer Staatswerkstätten — zu solidarisiren, die eine hinter dem Kaiserreich des 2. Dezember zurückstehende Republik außerhalb des Rechtes stellen will, sich behufs der Vertheidigung ihrer Würde und ihres Brodes mit einander zu verständigen.

Wir haben den bedrohten Korporationen in Masse zu Hilfe zu rufen, ihren Widerstand zu dem unfreigen zu machen und jenen, welche die Nachfolge der Perier und Dupuy angetreten haben, zu bedeuten, daß wir in keinem Fall und um keinen Preis an das unüberwindliche Streikrecht rühren lassen werden.

Nicht etwa als ob der Streik, als ob die Arbeitsenthaltung für die Emanzipation der Arbeiter genügen könnte. Was auf dem politischen Wege, durch die politische Aktion, indem sie sich der Regierung — in ihren Händen zu einem legalen Mittel der Enteignung der kapitalistischen Klasse umgestaltet — bemächtigen, werden sie und können sie die Herren ihres Geschicks werden.

Wenn aber der Streik auch nicht die Waffe der Befreiung ist noch so sein vermag, so bildet er nichtsdestoweniger in unserer heutigen antagonistischen Gesellschaft den einzigen Schut der Lohnarbeiter gegen die Willkür der Lohngeber. Und ihn den Proletariaten gegen eine Reaktion derselben unterjagen, das hieße — wie es unser letzter Pariser Kongress aussprach — sie vor dem Unternehmthum entblößen, sie diesem überliefern, angeregt, seiner Ausbeutungsgier freien Lauf zu lassen.

Genossen!

Wir werden, wir können uns nicht entwoffen lassen. Und indem sich der Nationalrath der Arbeiterpartei an eure Zahl und eure Energie wendet, um die Verhinderung des Attentats zu verhindern, ist er sicher, daß sein Appell gehört werden wird. Am 1. Mai wird das ganze Frankreich der Arbeit auf den

Seinen sein, um dem neuen Gesetz (Chapelier\*) den Weg zu versperren und dem Senate der großen Kompagnien und seinem freisinnigen Entwürfe zu trotzen: Zurück!

Während diese Hysteriker und holländischen Brüder am 1. Mai ihre Bataillone zur Unterdrückung ihrer politischen Rechte mobilisieren, die ihnen eine Bourgeoisie verweigert, entschlossen die Macht zu monopolisieren, wie sie das Eigentum monopolisiert hat, werdet Ihr die Kurgen zur Unterdrückung der ökonomischen Rechte mobilisieren, die Euch jene rauben wollen, die Euch bereits den Ertrag Eurer Arbeit rauben.

Und wie jener Philosoph des alten Griechenland, der die Bewegung bewies, indem er marschierte, werdet Ihr am 1. Mai Euer Streikrecht beweisen, indem Ihr es ausübt, indem Ihr massenweise aus den Fabriken zieht und einen Tag der Arbeitsruhe in den Dienst Eurer Sache und deren nahen Befreiung stellt.

Es lebe die Arbeiterpartei!  
Es lebe der internationale Sozialismus!  
Es lebe der 1. Mai!

Der Nationalrat:

Carnaud, Abgeordneter; Chauvin, Abgeordneter;  
Crépin, Ferrout, S. Doreux, Jules Guéde, Abg.;  
Paul Lafargue, Prévost, Roussel, Bürgerin Valette,  
M. Zévass.

**Anarchistische Soldaten.** Die „Agence Havas“ meldet aus Lyon, daß im dortigen 62. Infanterie-Regiment elf Soldaten wegen „anarchistischer Umtriebe“ verhaftet wurden.

**Die Franzosen in Madagaskar.** Der französische Kriegsminister veröffentlicht neue Nachrichten aus Madagaskar, welche mehrere wichtige Operationen gegen die Hovas melden. Die Franzosen nahmen das Fort Imbohimarina und die kleine Batterie Mahabo. In dem letzten Kampf verloren die Hovas 8 Mann und 2 Kanonen. Vier Kompagnien und 2 Sektionen Artillerie unter dem Befehl des General Rengier nahmen am 3. April das verschante Lager von Miadane, das von 3000 Hovas verteidigt wurde. Etwa 100 Hovas wurden getötet und viele verwundet; 3 französische Traineurs wurden verwundet. Die Hovas wurden in die Flucht geschlagen.

**In Belgien** soll der Versuch gemacht werden, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Ein dahin zielender Antrag von sozialistischer Seite wird auch von radikal-bürgerlicher Seite unterstützt. Aussicht auf Annahme ist allerdings vorläufig nicht vorhanden.

**Die Annexion des Kongo-Kaates.** Laut einer von der Regierung mit der Majorität getroffenen Vereinbarung wird die Entscheidung über die Kongovorlage noch im nächsten Monat fallen. Aller Voraussicht nach wird die Vorlage zur Annahme gelangen.

**Nachwahl zum englischen Parlamente.** Der liberale Unionist Gordon wurde mit einer Majorität von 208 Stimmen zum Parlamentarismilied für Norfolk-Wid gegen den radikalen Kandidaten Wilson gewählt. Die Opposition gewinnt dadurch einen Sitz.

**Ueber die Situation in Italien** schreibt unser Mailänder Korrespondent:

Ein wildes, wildes Spiel wird von Rom her mit der Festsetzung des Wahltermins getrieben. Obwohl über dreiviertel Millionen Wahlberechtigte aus den Wählerlisten brutal gestrichen worden sind — ein Gesetzes- und Verfassungsbruch, den sich leider das Land stumpfsinnig gefallen läßt — hat Crispi noch immer große Angst vor dem Wahlerfolg. Soeben wird aus Rom depeeschirt, wie gestern zwei Ministerkonferenzen in Crispi's Hotel über den Wahltermin berathschlagt haben, und die allgemeine Stimme der Eingeweihten in Rom geht dahin, daß nun die Wahlen nicht im Mai, sondern erst im Juni stattfinden sollen. Crispi erklärte außerdem offen gestern den ihm befreundeten Politikern, die Regierung sei fest entschlossen, bei Eröffnung der Kammer keinerlei Diskussion zu dulden, die über die Moralfrage oder über den „plio (Altenbunden) Gioiitti“ sich erheben könnte und zwar deshalb nicht, weil gesetzlich diese Dinge noch „sub judice“ (der gerichtlichen Untersuchung unterliegen) sind. Die Regierung wird ferner keinerlei Interpellation zulassen, die die Vertagung der Kammer und die damit zusammenhängenden Fragen der inneren Politik betrifft (Verfassungsbruch, Willkür und Mißbrauch der königlichen Dekrete u. s. w.). Dagegen wird die Regierung jedes Mittel anwenden, um gleich in der ersten Woche ein Vertrauensvotum von der Kammer zu erlangen, welche darauf so schnell als möglich das Budget zu beraten haben wird.

Der Prozeß gegen die wegen Befleckung angeklagten Geschworenen im Bankdiebstahl-Prozeß Tanlongo ist auf eifriges Betreiben Crispi's endlich niedergeschlagen worden, weil sein hinlängliches Beweismaterial vorlag. Inzwischen werden die aus der Banca di Napoli einzelnen Geschworenen zugesendeten Bankpapiere als Kuriositäten an der Börse gehandelt und theuer bezahlt.

Napoleone Colajanni veröffentlicht heute im „Secolo“ einen Zeitartikel, worin er die Verfassungsbrüche, die seit der letzten Vertagung der Kammer in Italien geschehen, aufzählt und zusammenstellt. Der augenfälligste Verfassungsbruch ist die längst überschrittene Zeit, in der das Land nicht ohne Kammervertretung sein darf. Colajanni fordert zu energischen Protestversammlungen aller freiheitlich und radikal gesinnten Italiener auf. Eine Maßregel aber mag er nicht andeuten, die sich gegenwärtig noch erst ganz leise, aber wie es scheint mit allmählicher Steigerung in den vorgeschrittenen Blättern hörbar macht, eine Maßregel, die in diesem Lande Italien beim Kleinbürger und Kaufmann, beim Arbeiter und Bauern augenblicklich und überaus wirkend wirken würde, nämlich die Androhung der Steuerverweigerung. Dieses Mittel würde von den durch die wahnwitzigen Steuern ausgepeinigten Millionen mit einer Leidenschaft ergriffen werden, welche auch andere, ähnlich regierte Länder erzittern ließe.

**Zum Fall Gioiitti** wird heute aus Rom gemeldet: Der Appellationshof fällt heute das Urtheil über die Appellation Gioiitti's. Das Urtheil des Appellationshofes hebt den Beschluß der Anklagenkammer auf, sowohl bezüglich der Unterdrückung von Dokumenten, wie auch bezüglich der Verleumdungsklagen. Für ein weiteres Vorgehen gegen Gioiitti bedarf es daher nun der Intervention der Deputiertenkammer.

**Die Goldwährung** einzuführen, hat Rußland seit langem geplant; große Massen Goldes wurden zu diesem Zwecke in der russischen Bank aufgesammelt. Nun scheint Rußland an die Ausführung seines wohl vorbereiteten Planes gehen zu wollen. Während unsere Agrarier die Verschlechterung der Währung planen, will Rußland im Interesse der Konsolidierung seiner Wirtschaft und der Sicherung seines auswärtigen Handels die Goldwährung einführen. Das beweist, daß die internationale Konferenz zur Berathung der Währungsfrage, die die deutsche Reichsregierung auf Anregung unserer Agrarier demnächst einberufen muß, mit einem vollen Zusammenbruche der bimetalistischen Hoffnungen enden muß.

**Von russischer Freiheit.** In den großen Fabriken Russisch-Polens Lodz und Byardow wurden über 100 Arbeiter wegen „sozialistischer Umtriebe“ verhaftet und in die Zitadelle in Warschau übergeführt. In Warschau selbst kamen

zahlreiche Hausdurchsuchungen vor, wobei zwei Ingenieure und fünf junge Damen verhaftet wurden. Die Warschauer Zitadelle ist überfüllt.

**Schutz des geistigen Eigenthums in Rußland.** Dem „Sowjet“ zufolge hat eine spezielle Regierungskommission einen Gesetzentwurf zum Schutze des literarischen und künstlerischen Eigenthums ausgearbeitet; danach soll unbefugter Abdruck und Nachdruck unter Umständen mit Gefängniß bestraft werden.

**Zum japanisch-chinesischen Friedensschluß** wird gemeldet, daß am Dienstag die Vertreter von Rußland, Deutschland und Frankreich in Tokio die Vorstellungen dieser Mächte gegen den Friedensartikel, welcher die Einverleibung japanischer Inseln im Besitze in das japanische Reich stipuliert, zum Ausdruck gebracht haben. Die Erklärung ward durch den stellvertretenden japanischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten entgegengenommen.

Der „Shanghai Mercury“ bringt eine Depesche aus Peking, laut welcher der Friedensvertrag einer Umänderung unterzogen worden sei. An stelle des Hafens von Peking soll der Hafen von Nanjing, und an stelle des Hafens von Su-Chow derjenige von Wee-Chow dem Handel geöffnet werden. Als Gewähr für die Ausführung der Vertragsbedingungen sollen die Japaner 10 Jahre lang den Hafen von Wei-Hai-Wei besetzt halten.

**Die kubanische Frage** kann sich leicht zu einem Konflikt zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten auswenden. Hierfür spricht auch die folgende Meldung aus Madrid vom heutigen Tage:

Die Regierung zeigt sich über das Interesse, welches von den Vereinigten Staaten den Insurgenten auf Cuba entgegengebracht wird, sehr beunruhigt. Die angeordneten diplomatischen Interventionen werden in gewissen Kreisen als wenig wirkungsvoll angesehen.

Aus Havannah liegt die folgende Meldung vor: Die telegraphische Verbindung mit Manzanillo, dem Hauptquartier des Marschalls Martinez Campos, ist wiederhergestellt. Martinez Campos hat sein Hauptquartier verlassen, sein Ziel ist unbekannt. General Bosch hat die Russen bei Guanabacoa geschlagen. Fünf Meilen wurden getötet und viele verwundet. Die Regierung von Cienfuegos hat versprochen, auf ihrem Territorium die Bildung von Expeditionen gegen Cuba zu verhindern.

**Die Engländer in Nicaragua.** Nach Meldungen aus Managua sind drei englische Kriegsschiffe in Corinto (Nicaragua) eingetroffen, wie man vermuthet, um die Erfüllung der in dem letzten englischen Ultimatum enthaltenen Forderungen zu erzwingen.

Nach einer weiteren aus Managua eingegangenen Depesche hatte der Kommandant des britischen Kreuzers „Royal Arthur“ eine zehn Minuten lange Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen von Nicaragua und übergab ihm danach ein Ultimatum, in welchem eine dreitägige Frist für die Bezahlung der geforderten Entschädigung gestellt wird. Wenn die Genugthuung ausbleibe, würden die Kriegsschiffe Corinto blockiren und Truppen aussteigen, um die Stadt zu besetzen.

**In den Vereinigten Staaten von Nordamerika** giebt der Silberring sich gewaltige Mühe, die Doppelwährung und Falschmünzerei einzuführen. Da Präsident Cleveland sich gegen diesen Schwindel erklärt hat, wird die Frage des Bimetallismus bei der nächsten Präsidentenwahl voraussichtlich den Hauptwahlkampf bilden.

## Parteinachrichten.

**Von der Agitation.** Auch in Westpreußen geht vorwärts. Am 7. April wurde in Elbing, wie uns jetzt gemeldet wird, eine Volksversammlung abgehalten, die gut besucht war, und das Referat des Abgeordneten Schulte aus Königsberg, der über die Thätigkeit des Reichstages sprach, mit großem Beifall entgegenkam.

Ein großes Fest, das 1500 Personen faßt, hat sich bei der Wahlagitator in Mettmann bewährt. In unseren Gefilden ist kein Saal zur Verfügung stand, wurden unter diesem Feste Versammlungen abgehalten.

**Gegen die Umsturzvorlage** faßt in Bartenstein in Ostpreußen am Sonntag eine stark besuchte Volksversammlung nach dem Referat des Reichstags-Abgeordneten Schulte aus Königsberg einstimmig eine Resolution, worin die Gemeinlichkeit der Vorlage scharf charakterisirt und vom Vertreter des Kreises, dem konservativen Reichstags-Abgeordneten Steppuhn, erwartet wird, daß er dem geplanten Gesetz in jeder Gestalt seine Zustimmung versagen werde.

Gleichfalls sehr energischen Protest gegen die Vorlage erhob am Montag eine Volksversammlung in Kaiserlautern, wo Reichstags-Abgeordneter Hueb unter lebhaftem Beifall gesprochen hatte. Da die Versammlung von Anhängern aller Parteien sehr stark besucht war, ist die Thatsache, daß die Resolution einstimmig angenommen wurde, von um so größerer Bedeutung. Die Resolution wird dem Reichstag unterbreitet werden.

In Köln sprach am Sonnabend Reichstags-Abgeordneter Molkenbaur in einer zahlreich besuchten Wählerversammlung über die Stellung des Zentrums zur Umsturzvorlage. Es wurde eine Resolution gefaßt, worin gegen die Vorlage aufs entschiedenste protestirt und dann erklärt wird: „Da bei der bisherigen Haltung des Zentrums, sowie der national-liberalen Partei durchaus nicht zu erwarten steht, daß die Vertreter oder hier in Köln in Frage kommende Kandidaten dieser Parteien gegen die Vorlage eintreten werden, so erklärt die heutige Versammlung, daß sie schon aus vorstehenden Gründen, abgesehen von den wirtschaftlichen Interessen, die ebenfalls auf das entschiedenste dazu herausfordern, alles aufbieten wird, um in dem bevorstehenden Wahlkampf dem Kandidaten der Sozialdemokratie Dr. Lütgenau zum Siege zu verhelfen, weil dadurch die beste Gewähr gegeben ist, daß das Volksinteresse gewahrt wird.“

**Aus dem Reichstags-Wahlkreis Weimar-Ilpolda** wird über die Thätigkeit unserer Parteigenossen zu der heute vor sich gehenden Nachwahl geschrieben: Unser Kandidat Bandert hat in mehr als 20 Orten des Kreises gesprochen, außerdem wurde von uns eine große Zahl Versammlungen einberufen, in denen die Parteigenossen Regien-Hamburg, Bod-Gotha, Meißhans-Erfurt, Schoenlant-Leipzig, Hansen-Berlin, Schütz-Jena, Naub-Leipzig, sowie die Mitglieder der Erfurter Agitationskommission und aus Ilpolda-Lentert, Leber, Petermann sprachen. Der Freisinn macht gewaltige Anstrengungen, die 1893 erlittene Schlappe wieder auszuweichen. Gegen Richter, sowie der frühere Abgeordnete Samhammer sind zu der großen Anzahl freisinniger Reformer noch hinzugekommen. Ferner sind die National-liberalen und die Drillingspartei, bestehend aus dem Bund der Landwirthe, der konservativen und der Reformpartei, äußerst thätig. Trotzdem sind unsere Ansichten sehr günstig. Je größer die Macht der Sozialdemokratie in einem Wahlkreise wird, um so verzweifelter gestaltet sich der Kampf seitens unserer Gegner. Man sieht, es geht vorwärts, trotz alledem!

**Zum Reichstagskandidaten für Bremen** ist am Sonntag auf einer Konferenz der Sozialdemokratie dieses Wahlkreises der Parteigenosse Schmalfeldt in Bremerhaven proklamirt worden.

**Für die Bezirkswahl in Straßburg-Nord** (Elsas) ist von der Sozialdemokratie der Zigarrenhändler Boehle als Kandidat aufgestellt. Termin der Wahl ist der

27. und 28. April. Außer unserem Parteigenossen Landibert noch ein „entschiedener“ Freisinniger und ein Gouvernentaler.

**Literatur zur Maifeier.** Eine Festschrift zum 1. Mai, gedruckt in czechischer Sprache, ist von der Wiener Parteibuchhandlung herausgegeben worden.

**Parteiinfinzen.** Der Vertrauensmann in Ramenz in der Lausitz hatte im vergangenen Jahre 189,88 M. Einnahme und 89,87 M. Ausgabe zu verzeichnen, so daß ein Ueberschuß von 49,81 M. verblieb.

**In Falkenstein** im sächsischen Vogtlande ist vom Arbeiterverein in Beziehung auf das schwachmüthige Verhalten, das einige Stadtverordnete der 3. Wählerklasse bei der Bismarck-Ehrung beobachtet haben, folgende Resolution gefaßt und diese den betreffenden Stadtverordneten schriftlich zugestellt worden: „Die 6 Stadtverordneten der 3. Bürgerklasse nahmen gelegentlich der Verleihung des Ehrenbürgerrechts hiesiger Stadt an Fürst Bismarck durch ihre theilweise Zustimmung und ihr theilweises Fernbleiben von fraglicher Stadtverordneten-Sitzung eine Stellung ein, die vom sozialdemokratischen Standpunkte aus für unbedingt verwerflich erklärt werden muß. Die Sozialdemokratie hat dem Vater des Sozialistengesetzes, dem Richter der Millionäre und Ausbeuter, dem Veranlasser dreier grausamer Kriege, nicht nur jede Ehrung zu verweigern, sondern ganz entschieden derartigen Beleidigungen der arbeitenden Bevölkerung entgegenzutreten. Dies können wir ganz besonders durch die von uns ernannten Vertreter. Da diese aber durch ihr Verhalten unsere Interessen nicht gewahrt haben, sprechen wir unsere Entrüstung darüber aus. Weiter hatte man nicht nur erwartet, sondern es als Pflicht der Stadtverordneten dritter Klasse betrachtet, daß sie geschlossen gegen Anschaffung einer Bismarck-Büste aus häßlichen Mitteln gestimmt haben würden, anstatt daß sie bis auf den Stadtverordneten Viehweg ihre Zustimmung zu dieser weiteren Beleidigung der arbeitenden Bevölkerung Falkensteins erteilten. Schließlich werden die Stadtverordneten der 3. Bürgerklasse aufgefordert, beim Stellen von Anträgen und insbesondere bei Abstimmungen sich ganz entschieden nach dem sozialdemokratischen Programm zu richten, oder, falls sie dies nicht wollen, ihr Stadtverordneten-Mandat niederzulegen.“

Hoffentlich schreiben sich die Herren diese Resolution hinter die Ohren. Der Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sein will, hat sich frei zu halten von bürgerlichen Thorheiten. Schwachmüthigkeit kann sie in den Gemeindevertretungen ebenso wenig gebrauchen, wie in Land- und Reichstag.

**Ein seltenes Jubiläum** feierte am 22. April der Töpfer G. Venners in Lüneburg. An diesem Tage war es 25 Jahre her, daß er im Establishment von Menrich in Arbeit trat. Seit dieser langen Zeit ist er dort ununterbrochen thätig gewesen. Es ist heutzutage selten, daß ein Arbeiter so viele Jahre bei einem und demselben Unternehmer beschäftigt ist. Um so erfreulicher ist es, wenn einmal das Gegentheil festgestellt werden kann, und noch erfreulicher, wenn es sich, wie in diesem Falle, um einen unserer Parteigenossen handelt, denn Sozialdemokraten sind wegen ihrer Charakterfestigkeit gar zu häufig die ersten, die das Unternehmertum aus der Arbeit entläßt.

**Polizeiliches, Gerichtliches u.**  
Eine unter jetzigen Verhältnissen nicht unwichtige, sonst selbstverständliche Entscheidung traf der Polizeipräsident in Breslau, indem er es grundsätzlich für unzulässig erklärte, wenn politische Versammlungen aufgelöst würden, weil sie über die Polizeistunde hinaus dauern.

In Peitz in der Niederlausitz war zu der Versammlung am 19. Januar, in der Dr. Walster aus Köthenbroda referirte, durch Handzettel eingeladen worden, die zwei Parteigenossen vor den Fabriken und in den Häusern vertheilt hatten. Um von der Polizei ungeschoren zu bleiben, war vom Einberufer auf der Anmeldung der Versammlung bemerkt worden: „Die Bekanntmachung dieser Versammlung geschieht durch Handzettel, wovon ein Exemplar beiliegt.“ Beide Verbreiter erhielten trotzdem ein Strafmandat über je 9 M., weil sie Druckschriften auf der Straße ohne polizeiliche Erlaubnis vertheilt hätten. Dies ist um so verwunderlicher, als der eine Verbreiter im Besitze eines Gewerbebescheins ist, wonach er u. a. Bekanntmachungen jeder Art gewerbemäßig ausbreiten, verkaufen, vertheilen, anheften oder aufhängen kann. Die Sache kam durch diesen Genossen vor das Schöffengericht, was denn auch auf Freisprechung erkannte. Der andere Verbreiter hatte keine Verurteilung eingelegt.

## Depeschen.

**Wolff's Telegraphen-Bureau.**

**Kassel, 24. April.** Bei der Reichstags-Wahl im Wahlkreis Hildesheim-Hofgeismar erhielten Viehhaber (Antifem.) 4435, Wächter (Soj.) 1995, Genschay (nat.) 1156, Birkow (fr. Sp.) 487, Martin (Rp.) 177 Stimmen. Aus 30 kleinen Ortschaften stehen die Resultate noch aus.

**Weiden, 24. April.** Fuchsmühl-Prozeß. Die Vernehmung der Angeklagten war heute Mittag beendet. Heute Nachmittag beginnt die Vernehmung der ländlichen Zeugen.

**Weiden, 24. April.** Fuchsmühl-Prozeß. Im Laufe des heutigen Nachmittags wurde eine Reihe von Zeugen vernommen, welche im Wesentlichen die Aussagen der Angeklagten bestätigten.

**Obernburg, 24. April.** Pastor Partisch wurde von der Anklage der Unterschlagung von 20 000 M. freigesprochen, weil nicht feststeht, ob der Angeklagte bewußt rechtswidrig gehandelt habe. Wegen Unterschlagung von zweitausend Mark wurde Partisch zu drei Jahren Gefängniß und wegen unbefugter Führung des Dokortitels zu 6 Wochen Haft verurtheilt, die auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Der Staatsanwalt hatte in allen drei Fragen schuldig und eine Gesamtstrafe von 7 1/2 Jahren Gefängniß und 6 Wochen Haft beantragt.

**Paris, 24. April.** Der Streik der Omnibusbeamten scheint an Umfang zuzunehmen. Heute kamen noch einige bedeutungslose Zwischenfälle vor, auch wurden einige Verhaftungen vorgenommen. Nachmittags sammelten sich zahlreiche Ausländer, überwacht von der Polizei, auf der Place de la Republique und in deren Umgebung, um dort den Beginn der Versammlung in Livoli-Bauhall abzuwarten.

**Paris, 24. April.** Die Verwaltung der Omnibusgesellschaft machte den Ausständigen einige Konzessionen, aber eine Versammlung der Streikenden in Livoli-Bauhall erachtete diese Zugeständnisse für unzulänglich und beschloß, den Ausstand fortzusetzen. Die Versammlung ging ohne weiteren Zwischenfall auseinander. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren die umfangreichsten Maßnahmen getroffen.

**London, 24. April.** Der Gouverneur von Hongkong telegraphirte gestern, da die in Macao und Tsingtau herrschende Seuche für epidemisch gehalten werde, sei die Einwanderung dorthin verboten worden.

(Depeschen-Bureau Herold.)

**Frankfurt a. M., 24. April.** Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Hemscheid, daß die National-liberalen und Freisinnigen beschlossen haben, bei der Stichwahl für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen.

**Frankfurt a. M., 24. April.** Die „Frankf. Ztg.“ läßt sich aus Mannheim telegraphiren, daß in dem Bankrott-Prozeß Hildebrandt die Angeklagten Joseph Hildebrandt zu 1 1/2 Jahren, Heinrich zu 17 Monaten und Herbst zu 1 Jahr Zuchthaus verurtheilt worden sind.

\*) Gesetz vom 14. Juni 1791, das gegen die Koalition der Arbeiter gerichtet ist und durch das Syndikatsgesetz vom 21. März 1814 aufgehoben wurde.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

75. Sitzung vom 24. April 1895. 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky.

Auf Vorschlag des Abg. Grafen Sompf (3.) wählt das Haus durch Zuzug an Stelle des Abg. Hölleffter den Abgeordneten v. Normann (L.) zum Schriftführer.

Darauf wird die zweite Beratung der Novelle zum Zolltarif fortgesetzt. Für Honig besteht jetzt ein Zoll von 20 M. Die Vorlage will für Honig in Waben einen Zoll von 20 M. bestehen lassen, dagegen für allen anderen Honig, auch flüssigen Honig, einen Zollsaß von 36 M. einführen.

Abg. Petoscha (3.) beantragt einen einheitlichen Honigzoll von 36 M.

Referent Müller-Dortmund (nall.) weist darauf hin, daß zuerst Bedenken bezüglich der Unterscheidung zwischen künstlichem und natürlichem Honig obwalten, weil die Unterscheidung nicht leicht zu bewerkstelligen sei. Diese Bedenken sind aber von Sachverständigen beseitigt worden.

Abg. Petoscha (3.) empfiehlt die Annahme seines Antrages im Interesse der deutschen Bienenzucht; er beruft sich auf die zahlreichen Petitionen von landwirtschaftlichen Vereinen u. s. w.

Abg. Grillenberger (Soz.): Ich bitte Sie, die Zollerhöhung auf künstlichen Honig und Honig in Waben abzulehnen. In der Begründung heißt es: Durch das Zuckersteuer-Gesetz vom 31. Mai 1891 ist der Zoll für festen und flüssigen Zucker aller Art auf 36 M. erhöht worden; hieraus ergibt sich die Nothwendigkeit, den künstlichen Honig dem gleichen Zollsatz zu unterwerfen. Das ist eine sonderbare Logik. Man hat seinerzeit den Honigzoll von 3 auf 20 Mark erhöht und dadurch speziell der Nürnberger Lebkuchen-Industrie eine sehr schwere Schädigung zugefügt. Es ist behauptet worden, es werde zu den Lebkuchen überhaupt kein Honig oder sehr wenig Honig und in der Hauptsache Zuckerabfälle verwendet. Das trifft für die Nürnberger Industrie ganz und gar nicht zu. Syrup und ähnliches Zeug mag in Nord- und Nordwest-Deutschland verwendet werden, in Süddeutschland wird er nicht verwendet. In Nürnberg giebt es große Betriebe, welchen durch die neue Zollerhöhung eine Mehrausgabe von 10—20 000 M. erwächst. Sie sind genöthigt, den südamerikanischen und westindischen Honig zu verwenden. Sie werden geschädigt, ohne daß der Fiskus einen erheblichen Vortheil hat. Man spricht von einem Schutze der deutschen Imkererei. Die deutsche Imkererei vermag aber nicht entfernt diejenigen Quantitäten des Honigs zu erzeugen, welche zur Lebkuchen-Fabrikation notwendig sind. Viele treiben bei uns die Imkererei aus Liebhaberei, und es besteht gar keine Nothwendigkeit, diese Interessenten zu schützen. Dagegen würde Nürnberg und eine ganze Reihe von süddeutschen Städten und andere süddeutsche Orte durch die Zollerhöhung schwer geschädigt werden. In der Kommission wurde die Zollerhöhung in erster Lesung mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Die Kommission ließ sich erst umstimmen, als der sächsische Regierungsvorsteher Zahlen anführte, deren Unrichtigkeit dieser selber später zugeben mußte, aber erst dann, als die Zollerhöhung schon beschlossen war. Es ist falsch, daß der Import des ausländischen Kunsthonigs in den letzten Jahren gestiegen ist. Das ist eine Behauptung, welche eine sächsische Firma, welche den Kunsthonig für sich in Deutschland monopolisiren möchte, aufgestellt hat. Thatsache ist aber, daß der ausländische Kunsthonig gar nicht eingeführt werden kann, weil er viel theurer ist als der deutsche. Der Naturhonig des Auslandes ist aber nicht zu entdecken. Mit recht wird in einer Petition darauf hingewiesen, daß die Lebkuchenfabrikanten den Zoll, der zehn Pfennig pro Kilo betragen würde, nicht auf den Konsumenten abwälzen können, eine Verschlechterung der Waare würden sich die Konsumenten aber auch nicht gefallen lassen. Da nun die Fabrikanten viele tausende nicht aus der eigenen Tasche bezahlen werden, so wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als die Arbeiterlöhne zu kürzen oder Arbeiter zu entlassen, oder statt eines Stämmes ausgeleierter Arbeiter angelernte Arbeiter zu verwenden, wodurch hunderte von gewerblichen Arbeitern geschädigt werden. Wir haben keine Veranlassung, die ganze Lebkuchen-Fabrikation einer einzigen sächsischen Fabrik tributpflichtig zu machen, welche es verstanden hat, die sächsischen Finanzbehörden zu kaptiviren und die Reichsregierung zu überzeugen, daß eine Erhöhung des Zolles nothwendig sei. Der Reichstag hat alle Ursache, es sich zu überlegen, ob er zahlreiche Handwerker ungerechtfertigterweise schädigen soll. Wir unterwerfen uns gegen eine solche Schädigung der Fabrikanten und Arbeiter entschieden protestiren. Ich bitte das Haus, die Erhöhung des Honigzolles abzulehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrath Henle befreit, daß eine schwere oder auch nur eine leichte Schädigung der Honigluchen-Industrie stattfinden würde. Zur Honigluchen-Fabrikation wird meist Syrup verwendet, nur für die feineren Kuchenarten Honig, aber es handelt sich dabei nur um ganz geringe Mengen. Bei den feineren Kuchenarten aber fällt die Zollerhöhung nicht ins Gewicht, da für den Zentner Honigluchen die Vertheuerung des Honig nur 4 M. ausmacht und da die Preise der anderen Ingredienzien, welche für die Fabrikation von Honigluchen gebraucht werden, erheblich im Preise heruntergegangen sind.

Abg. Weiss (fr. Vp.): Im Interesse der Nürnberger Lebkuchen-Fabrikation tritt Redner für die Ablehnung der Vorlage und des Antrages Petoscha ein.

Abg. Meyer (Soz.): Man befürchtet bei dem jetzigen Zustande eine Schädigung der Zuckerindustrie; ich vertritt den Hölleffter-Saalkreis, in welchem die Zuckerindustrie sehr bedeutend ist. Die Honigluchen-Fabrikanten brauchen den amerikanischen Honig, der deutsche Honig ist ihnen zu theuer. Wird nun der amerikanische Honig vertheuert, so müssen die Fabrikanten zu Surrogaten greifen. Ich bedaure, daß die deutsche Landwirtschaft sich des Honigs bisher nicht wärmer angenommen hat. Nun wird gesagt, es werden schon jetzt zur Lebkuchen-Fabrikation Surrogate, namentlich Stärkezucker, verwendet. Ja, diese fortschreitende Verschlechterung hängt doch zusammen mit dem Honigzoll, den man unbefonnenweise von 3 auf 20 M. erhöht hat und nun auf 36 M. erhöhen will. Es wird nun den Lebkuchen-Fabrikanten nichts übrig bleiben, als zu Syrup zu greifen. Die Herren haben ja so eifrig gefordert, daß Semmeln, welche mit Margarine statt Butter bestrichen waren, ist es Ihnen etwa nicht ebenso unangenehm, wenn Syrup statt Honig zum Lebkuchen verwendet wird? (Heiterkeit.) Wollen Sie nun diese Art von Nahrungsmittel-Verfälschung begünstigen? Es kommt hierbei aber auch auf ethische Gesichtspunkte an. (Heiterkeit.) Der Honig ist ein besonders gewiehter, besonders feierlicher Artikel, vor dem man Ehrfurcht haben und den man nicht durch Zollerhöhungen mißhandeln sollte. In diesem Sinne bitte ich, die Vorlage abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Vp.): Der Regierungskommissar hat angegeben, daß die Rohmaterialien des Honigluchens, Zitronat, Mandel- und Weizenmehl, um 50 pCt. im Preise zurückgegangen sind und trotzdem ist der Honigluchen nicht einen Pfennig billiger geworden. Die Mehrebelastung durch den Honigzoll würde auch nur ein ganz geringes betragen. Die Imker wünschen die höhere Verzollung des Honigs. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag

Petoscha oder mindestens die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es ist eine starke Uebertreibung, daß durch diesen Zoll eine ganze große Industrie ruinirt sei. Es handelt sich hier bei den feinen Honigsorten um einen Luxusgenuss, und gerade die Herren, welche mir immer vorhalten, wir sollten Luxussteuern einführen, müssen für diesen Zoll eintreten. Es ist darauf hingewiesen worden, mit der Landwirtschaft hätte das nichts zu thun; ich muß diese Behauptung als total unrichtig bezeichnen. Infolge der Konkurrenz des ausländischen Honigs ist unsere Imkererei zurückgegangen. Es ist auch darauf hingewiesen worden, die Honigfabrikate würden durch diesen Zoll so vertheuert, daß man sie nicht mehr genießen würde. Haben wir aber jemals gehört, daß alle die Leute, die ihre Fabrikate mit Stärkezucker und künstlichem Honig herstellen, erklären hätten: das ist nicht echte Honigwaare? Sie haben nicht daran gedacht, sie haben vielmehr mit Surrogat hergestellte Waare zu einem Preise verkauft, als ob sie von natürlichem Honig hergestellt wäre. Ich kann Sie nur dringend bitten, nach dem Kommissionsantrag zu beschließen.

Abg. Weich (fr. Vp.): Ich bitte ebenfalls im Interesse der Nürnberger Industrie um Ablehnung der Vorlage und des Antrages (Zuzug rechts: den dritten Nürnberger braucht man aber nicht mehr zu hören!) Ich habe auch Gelegenheit gehabt, von der Nürnberger Lebkuchenfabrikation Kenntniß zu nehmen und weiß, daß die Preisgestaltung keine günstige ist. Für die armen Leute sind die Honigluchen oft das einzige Geschenk für ihre Kinder; jede Belastung des Honigs macht sich also für die kleinen Leute besonders drückend bemerkbar. Daß die Preise für Weizenmehl zurückgegangen sind, kann kein Grund für die Erhöhung des Honigzolles sein. Die Zuckerinteressenten haben kein Interesse an dieser Zollerhöhung.

Abg. Wurm (Soz.): Vom Bundesrathstische ist behauptet worden, daß die Ingredienzien für die Lebkuchenfabrikation Mehl, Zitronat und Mandeln, um 50 pCt. billiger geworden sind, die Lebkuchen aber nicht um einen Pfennig im Preise gefallen seien. Dabei wird aber übersehen, daß seit 1885 der Honigzoll von 3 auf 20 M. erhöht worden ist, was angesichts der besonderen Taraberechnung eine Steigerung um 1200 pCt. bedeutete. Der Lebkuchenspreis konnte daher gar nicht sinken.

Wir haben einen Zoll auf künstlichen Honig nicht erst seit 1891, sondern so lange als unsere Zuckersteuer-Gesetzgebung besteht. In den letzten Jahren ist die Einfuhr von ausländischem Honig nicht wesentlich gestiegen; es ist eine vollständig falsche Behauptung, wenn man sagt, daß der Honig eingeschmuggelt werde. Im Jahre 1890 sind 32 000 Doppelzentner eingeführt, im Jahre 1892 29 000, 1893 37 000 und 1894 36 000 Doppelzentner. Daß im Jahre 1895 die Einfuhr bedeutend steigen würde, kann man nicht behaupten, wenigstens in den beiden ersten Monaten dieses Jahres ein größerer Import stattgefunden hat, denn das braucht nicht das ganze Jahr hindurch anzuhalten, wir haben dieselbe Erscheinung im vorigen Jahre gehabt und doch ist der Gesamtimport hinter denjenigen des Vorjahres zurückgeblieben. Nach Einführung des Zolles würden die Honigluchen-Fabrikanten allerdings gezwungen sein, Syrup zu verwenden. Es ist beargwöhnt, wenn von einer gewissen Seite dieses Haus für die Verwendung von Stärke eingetreten wird; der kleine handwerksmäßige Fabrikant hat schon jetzt gegenüber dem großen einen verhältnismäßig schweren Stand, und wenn Sie ihm den Honig vertheuern, kann er sich gar nicht mehr halten. Die ganze Zollerhöhung kann nur im Interesse der Großindustriellen liegen, die kleinen haben keine Vortheile von ihr; wir stimmen gegen die Erhöhung.

Geheimrath Henle weist darauf hin, daß der ausländische Honig jetzt viel billiger sei, als vor der Zollerhöhung von 1885; damals kostete der Honig mit Zoll 82 M., jetzt nur 63 M.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Petoscha wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Sozialdemokraten und der Mehrheit der Nationalliberalen angenommen; von den letzteren stimmen für den Honigzoll von 36 M. die Abgg. Weyerlein, Paasche, Walter, Bamhof und Schulze-Henne.

Der Zoll auf Kakaoobutter wird auf 45 M. festgesetzt.

Die Position Speiseöle soll folgendermaßen gestaltet werden: Speiseöle und raffiniertes Baumwollensamenöl 10 M. (heute trug bisher einen Zoll von 4 M.), Leinöl und rohes Baumwollensamenöl in Fässern, sowie Oelfäule 4 M., endlich Baumwollensamenöl, antilich denaturirt 3,50 M.

Ein Antrag des Abg. Wenders (3.) will für denaturirtes Baumwollensamenöl einen Zollsatz von 4 M. festsetzen.

Nach einem Antrage des Abg. v. Stumm soll die Regierungsvorlage wieder hergestellt werden, das heißt, alles Baumwollensamenöl, rohes und raffiniertes, soll mit einem Zoll von 10 M. belegt werden.

Abg. Graf Schwerin-Erdwih (L.) empfiehlt diesen Antrag. Abg. Vundberg (fr. Vp.) erklärt sich gegen den Zoll auf rohes Baumwollensamenöl, weil dadurch der Wettbewerb Deutschlands auf dem Weltmarkt geschädigt würde. Der Zoll auf raffiniertes Baumwollensamenöl sei gerechtfertigt, weil dieses als Ersatz für Olivenöl gebraucht werde.

Geheimrath Henle verweist auf die Preise des Baumwollensamenöls in Amerika für die drei gebräuchlichen Marken Armour, Fairbanks und Wilcox und des australischen Talg. Der Durchschnitt ergibt einen Preis des Rohmaterials von 49,15 M. Da die Fabrikationskosten sehr gering sind, so bleibe für die deutsche Fabrikation noch ein Gewinn von etwa 10 Mark pro Zentner Speiseöle. Die Zollerhöhung werde also diesen Unterschied zwischen den Kosten und dem Verkaufspreis noch nicht vollständig ausgleichen. Die Offerten, welche vor wenig Monaten noch 64 Mark betragen haben, stellen sich jetzt auf 70 Mark, trotz der Vorlage. Speiseöle zahlt einen Zoll von 8 Mark, während Baumwollensamenöl nur 4 Mark zahlt. Wenn dieses Mißverhältnis fortbesteht, wird die Einfuhr von Baumwollensamenöl immer mehr zunehmen. Nur der Vorschlag der Regierung hilft der Speiseöle-Industrie, der Beschluß der Kommission ich aber nicht.

Abg. Harn (Soz.), auf der Journalistenebene schwer verständlich, weil er sich von derselben abwendet: Das Baumwollensamenöl wird zu allen möglichen Zwecken verwendet, namentlich zur Herstellung der billigen Margarine und des Speiseöls. Die Konsumenten dieser Nahrungsmittel sind die niedrigen Klassen des arbeitenden Volkes, und diese müssen also den höheren Zoll bezahlen. Die Fabrikanten werden den Zoll nicht auf ihre Schultern nehmen, sondern auf die Konsumenten abwälzen. Graf Kautz sagte am 22. Januar: „Wir wünschen dringend einen angemessenen Schutz für die Naturbutter, wollen aber die Margarine vorläufig nicht verdrängen.“

Wir haben also zu erwarten, daß die Herren mit einem Antrag gegen die Margarine kommen werden. Ihr Wunsch wird aber nicht verwirklicht werden. Es ist schon in der Kommission hervorgehoben worden, daß ein großer Theil der Arbeiter nicht in der Lage sei, sich Naturbutter zu kaufen, daß er auf das Surrogat des Speiseöls oder der Margarine angewiesen sei. Vor 1870 wurden als Surrogate für Naturbutter Birnenkraut, Apfelfraut u. verwendet, heute wird dafür billiges Speiseöle und Margarine genommen. Die Speiseöle-Fabrikanten sind gute Abnehmer der Landwirtschaft, und aus Dankbarkeit werden sie hier mit einer Zollerhöhung belastet. Die Margarine wird

aus Baumwollensamenöl und Hindertalg, ja zur Hälfte, hergestellt, und nichts ist zur Margarine besser geeignet als Baumwollensamenöl. Die Zollerhöhung müssen also die Arbeiter in der Preissteigerung bezahlen. An dem Speiseöle wird von den Fabrikanten — ich spreche hier aber nicht im Interesse der Speiseöle-Fabrikanten — sehr wenig verdient. Wenn das Speiseöle schon zu 35 Pf. abgegeben werden muß, ist das wohl klar. Ich möchte jedem Arbeiter gern wünschen, daß er von der besten Süßrahmbutter essen kann, aber wir müssen damit rechnen, daß das nicht der Fall ist. Vom moralischen Standpunkt sind wir nicht berechtigt, ein Nahrungsmittel der Arbeiterklassen zu vertheuern. Die tausende von Arbeitern in den Speiseöle-Fabriken würden arbeitslos auf die Straße geworfen werden, wenn diese Fabriken infolge der Zollerhöhung ihren Betrieb einstellen müßten, und das lediglich zu Gunsten einiger großen Oelfabriken. Diese Erhöhung der Lebensmittelpreise würde in einem großen Theile des arbeitenden Volkes große Unzufriedenheit erzeugen. Wie steht diese Vertheuerung im Einklange mit den kaiserlichen Vorschriften? Die Speiseölefabrikation in Deutschland würde durch den Zoll empfindlich zurückgedrängt werden. Der Arbeiter ist nicht in der Lage Naturbutter zu essen, er ist auf Surrogate angewiesen. Auch der Staat selbst verwendet größtentheils Surrogate. In den Kantinen wird fast ausschließlich Margarine statt Butter verwendet, und es ist auch kein Zeichen von Patriotismus, wenn die deutsche Marine dänische Butter auf den Schiffen mitführt. Man sollte bedenken, daß eine Zollerhöhung des Baumwollensamenöls Amerika zu Repressalien veranlassen könnte. Der Reichstag würde sich um die Arbeiter ein gewisses Verdienst erwerben, wenn er jede Zollerhöhung ablehnen würde. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es ist doch sehr zweifelhaft, ob durch diesen Zoll eine Vertheuerung eines vielfach gebrauchten Nahrungsmittels eintreten wird. Die Zahl der Baumwollensamenöl-Fabriken in Amerika hat von Jahr zu Jahr zugenommen, und man kommt der Zeit näher, wo Baumwollensamen nicht mehr vorwiegend für Textil-, sondern für Nahrungsmittelzwecke angebaut wird. Man soll jetzt auf dem Wege sein, eine Konstruktion zu finden, durch welche auf billige Weise das Baumwollensamenöl verschifft werden kann. Außerdem ist es wahrscheinlich, daß nicht wir, sondern Amerika den Zoll tragen muß. Es handelt sich nicht darum, durch diesen Zoll die großen Anlagen in Mannheim allein zu schützen, auch eine ganze Anzahl kleinerer Oelmüller haben gleiche Wünsche geäußert, namentlich die Leinölmüller. Das Leinöl, welches in Holland und England gewonnen wird, wird vorzugsweise nach Amerika exportirt. Und dieses Öl drückt nun auf den deutschen Markt. Wenn die Erdnuß- und Sesamölmüller durch einen Zoll von 10 M. geschützt werden, so wäre es dem bei uns raffinierten Erdnuß- und Sesamöl möglich, bei der Herstellung der Margarine mit dem Auslande zu konkurriren. Bei diesem Zoll kommt eine nennenswerthe Vertheuerung eines Bedarfsartikels gar nicht in Frage. Die letzte Petroleumhaushalte hat den Petroleumpreis um 150 pCt. gesteigert dank dem Kommunismus des Mammons, und man hat ausgerechnet, daß, wenn wir zu dem Preis von 1876 zurückkehren, der Petroleumbedarf des deutschen Volkes um 300 Millionen Mark belastet würde. Nach diesem Zoll hier würde der Zentner Margarine etwa 60 Pf. theurer werden und der Zentner Speiseöle 1,60—1,80 M. Im Detailhandel kommen ganz andere Preisdifferenzen vor, je nach Lage des Geschäfts und der Konkurrenz. Der finanzielle Erfolg der ganzen Tarifnovelle ist auf etwa 2 Millionen Mark veranschlagt worden. Wahrscheinlich werden es aber nur 1½ Millionen sein.

Abg. Graf Kautz (L.): Die Ausführungen bewegen sich in einem gewissen Widerspruch. Einmal sagt man, daß das Cottonöl sich nicht für Speiseöle eigne und nachher heißt es dann wieder, daß gerade das Speiseöle der ärmeren Volksklassen vertheuert werde. Das Speiseöle wird hergestellt zur Hälfte aus Talg, welcher 2 M. Zoll zahlt, und zur Hälfte aus Cottonöl, welches jeht 4 M. Zoll zahlt. 100 Kilogramm Speiseöle tragen deshalb 8 M. Zoll, während die Amerikaner das fertige Fett einführen zum Zoll von 10 M.; das liegt daran, weil die Amerikaner das Fett von gesalzenen Thieren u. s. w. verwenden, welches in rohem Zustande garnicht über die Grenze kommen würde. Das ist nur ein Beweis dafür, daß die meat-inspection-bill vollständig wirkungslos geblieben ist. Der Gebrauch des amerikanischen Speiseöls sollte deshalb verhindert werden, weil darin sehr viel ungesunde Bestandtheile enthalten sind. Man könnte den Zoll für Speiseöle aus Amerika erhöhen; für die Dauer der Handelsverträge ist allerdings der Zoll für Sparfett gebunden. Aber die Handelsvertrags-Staaten haben an diesem Sparfett gar kein Interesse, denn von 792 000 Doppelzentner Speiseöle sind 769 000 Doppelzentner allein aus Amerika eingegangen. Ein anderes Mittel würde ein völliges Einfuhrverbot gegen amerikanischen Speiseöle sein; das Speiseöle würde dann nicht um einen Pfennig theurer werden; es würde einfach das Cottonöl an seine Stelle treten. Die Landwirthe haben nicht das Interesse, ein gutes und gesundes Nahrungsmittel der unbemittelten Klassen zu vertheuern; wir wollen nur die fraudulose Konkurrenz dieser ungesunden Speiseöle verhindern. Diese Kunstprodukte wie Speiseöle und Margarine sollen nur äußerlich kenntlich gemacht werden, damit jeder Betrug ausgeschlossen ist. Redner tritt für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein.

Abg. Camp (Vp.) bedauert jeht als dritter Redner für den Antrag v. Stumm eintreten zu müssen, da ihm die meisten Argumente schon weggenommen seien. Baumwollensamenöl kann am besten gebleicht und daher zur Täuschung des Publikums verwendet werden. Wenn auch die Lebenshaltung der Arbeiter sonst zurückgehen mag, die ländlichen Arbeiter sind immer noch in der Lage, Butter zu essen, weil für sie eine Kuh gehalten wird.

Darauf wird um 5 Uhr die Weiterberatung auf Donnerstag, tag 1 Uhr vertagt.

## Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung vom 24. April, 11 Uhr.

Am Regierungstische: Riquel, Thiele.

Zur ersten Beratung steht der Gesetzentwurf betreffend die Freilassung des aus außerpreussischen Grundvermögen, handels- oder gewerblichen Anlagen sowie aus der Theilnahme an dem Unternehmen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung fließenden Einkommens von der Gemeindesteuer.

Abg. v. Ehnern (nall.) begründet diesen Gesetzentwurf als die Erfüllung eines vom Abgeordnetenhaus selbst geäußerten Wunsches, insofern er eine sehr drückende Doppelbesteuerung beseitigt, und beantragt, den Entwurf einer Kommission von vierzehn Mitgliedern zu überweisen.

Abg. v. Vockelberg (L.) schließt sich diesem Antrage an. Es werde nothwendig sein, einige Lücken des Gesetzes auszufüllen und zu verhindern, daß nicht nur das außerpreussische, sondern auch das außerdeutsche Einkommen von der Gemeindesteuer freibleibe.

Abg. Gothein (fr. Vp.) stimmt dem Grundgedanken des Gesetzes zu und hofft, daß die Bedenken gegen die Form desselben in der Kommission sich leicht werden beseitigen lassen.

Abg. Hansen (H.) kann das Bedenken des Abg. v. Bodelberg nicht theilen. Bringt die Durchführung eines Gesetzes Uebelstände zu Tage, so sei keine Zeit zu verlieren, sie zu beseitigen. Seine Freunde werden einer Kommissionsberatung nicht widersprechen.

Gesheimer Rath Köll geht auf die Entstehungsgeschichte des Gesetzentwurfs ein und behält sich vor, auf die sachlichen Bedenken gegen denselben in der Kommission einzugehen. Es handle sich darum, die bis zum Inkrafttreten des neuen Kommunalabgaben-Gesetzes bestehenden Grundzüge bezüglich der Heranziehung der außerordentlichen Einkommen aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten.

Abg. Herold (Z.) findet es ebenfalls bedenklich, auch den außerordentlichen Besitz steuerfrei zu lassen.

Abg. Winkler (L.) hält eine Ergänzung des Kommunalabgaben-Gesetzes bezüglich des Rechts der Kreise auf Erlass von Hundesteuerordnungen, bezw. eine authentische Interpretation des bestehenden Gesetzes für notwendig, um der verschiedenartigen Anwendung desselben ein Ende zu machen.

Finanzminister Miquel: Die Regierung muß dringend davor warnen, über den Rahmen dieses Gesetzes hinauszugehen. Wir müssen erst abwarten, wie das Kommunalabgaben-Gesetz wirkt. Die Hundesteuer hat mehr einen polizeilichen als einen finanziellen Charakter und es empfiehlt sich mehr die Sache auf dem Wege der Polizeiverordnung zu ordnen.

Die Vorlage wird an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung des in dem vormaligen Fürstbisthum Fulda für die Einwilligung der Ehefrauen in Vermögens- und Erbschaftsverfügungen der Ehemänner bestehenden Ersparnisse der gerichtlichen Form.

Minister Schönlank empfiehlt die Vorlage als eine rein formelle; das materielle eheliche Güterrecht werde durch sie nicht alteriert.

Abg. Kircher (Z.) befürwortet kurz die Vorlage; dieselbe wird darauf in erster und zweiter Lesung ohne weitere Debatte angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. das Pfandrecht an Privat-Eisenbahnen und Kleinbahnen und die Zwangsvollstreckung in dieselben.

Minister Thielen: Seit der vorigen Tagung hat die Regierung erneut geprüft, ob für eine gesetzliche Regelung der Materie ein Bedürfnis vorliegt und die Erfahrungen anderer Staaten mit der verwandten Gesetzgebung studiert. Das Ergebnis dieser Prüfungen hat die Regierung in der Aufstellung, daß für die Regelung dieser Materie im Wege der Landesgesetzgebung eine dringende Nothwendigkeit vorhanden sei, nur bekräftigt. Auch die Provinzialbehörden der allgemeinen, wie der Eisenbahnverwaltung haben sich überwiegend der Auffassung der Regierung angeschlossen. Es wäre verfehlt, wenn man von der durch das Gesetz gebotenen Möglichkeit die Privatbahnen in ihrer Gesamtheit zu verpfänden und die Zwangsvollstreckung in dieselben herbeizuführen, einen großen Aufschwung des Privatbahnbauwesens und insbesondere des Kleinbahnbauwesens erwartete, aber immerhin ist das Gesetz ein recht geeignetes Mittel zur Förderung der Unternehmungen. Der Entwurf will die Gewährung von Realcredit dadurch ermöglichen, daß er die gesammten einer Bahn angehörigen Rechte und Sachen, sammt den dem Unternehmer selbst thätiglich oder konzessionsmäßig anhaftenden Werthen zu einer rechtlichen Einheit der sogenannten Bahneinheit zusammenfaßt. Diese bildet die Grundlage für die Verpfändung und Belastung in dem Sinne, daß die Sachen und Rechte der Bahn eine Einschränkung ihrer rechtlichen Selbstständigkeit erleiden und die Verpfändung und Belastung einzelner Theile nur zugelassen wird soweit, als der eigentliche Zweck, der Betrieb nicht vereitelt wird.

Abg. Vobe (L.): Wir haben gegen die Vorlage wesentliche Bedenken wirtschaftlicher und juristisch-technischer Natur. Nach Erlass dieses Gesetzes wird sich das jetzt beschäftigungslose Kapital der Sache bemächtigen, die Spekulation wird erhöht werden und die Kleinbahnen werden von den großen Geldinstituten übernommen werden, welche die Anlagen lediglich mit Rücksicht auf ihr finanzielles Interesse machen werden; er beantragte die Ueberweisung derselben an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Juntwalde (Z.) begrüßt den Gesetzentwurf gerade aus wirtschaftlichen Gründen mit Freude, weil er die Vertheilung des Privatkapitals an Kleinbahnbauten ermöglicht.

Abg. Dörmann (nat.): Gegen die vorjährige Vorlage ist die jetzige eine erhebliche Verbesserung, und wir werden uns in der Kommission um das Zustandekommen derselben bemühen.

Abg. v. Fiedemann-Wunst (H.) spricht sich gleichfalls sympathisch für die Vorlage aus.

Abg. v. Haruh-Bromberg (fr.) stimmt der Vorlage zwar durchaus zu, wünscht aber in der Kommission die Möglichkeit der Gefährdung der Solidität des Kleinbahnbauwesens genau erwogen zu sehen.

Justizminister Schönlank bestritt, daß die Gefahr vorliegt, daß das Großkapital sich spekulativer Weise der Kleinbahnen bemächtigen werde, und sucht die juristischen Bedenken des Abg. Vobe zu zerstreuen.

Die Vorlage wird darauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Gerichtskosten-Gesetz, Gebührenordnung für Notare.)

## Parlamentarisches.

Die Umsturzkommission trat heute vormittags 1/11 Uhr zur Feststellung des Berichts zusammen. Berichterstatter ist der konservative Abgeordnete von Buchla. Der gedruckte Bericht ist ziemlich umfangreich; er umfaßt, ohne Anlagen, 48 Quartseiten.

Auf die Stimmung, welche in der nationalliberalen Partei, die bekanntlich die lautesten Schreier nach einem Umsturzgesetz gestellt hat, der jetzigen Vorlage gegenüber herrscht, wirft der Umstand ein bezeichnendes Licht, daß von den Mitgliedern dieser Partei heute nur der Vorsitzende der Kommission, Dr. Wötcher, anwesend war. Selbst Herr Professor Emmeerus, der sich wochenlang im Schweiße seines Angesichts bemüht hatte, das Umsturzgesetz fertig zu bringen und von dem allgemein behauptet wird, daß er hoffte, durch diese seine Thätigkeit den Befähigungsnachweis für seine Berufung auf irgend eine Geheimrathsstelle im Ministerium zu erbringen, er blieb heute schmolend fern.

Vor Verlesung des Berichtes kam es noch zu einer sehr eingehenden Geschäftsordnungs-Debatte darüber, ob die seitens der Regierungsvorträter der Kommission unterbreiteten Materialien dem Bericht beifügt werden sollen oder nicht.

Es handelt sich dabei theils um einzelne Sätze aus anarchistischen Broschüren oder Zeitungen, theils um angebliche Äußerungen von Rednern in Versammlungen. Allen diesen Äußerungen ist eigenthümlich, daß sie, nach den Angaben der Regierungsvorträter, bei dem Stande der heutigen Strafgesetzgebung nicht faßbar sind.

Von den Abgg. Sebel und Auer wurde in nachdrücklichster Form das Verlangen gestellt, diese Äußerungen, soweit sie in der Kommission zur Verlesung gelangt sind, in den Bericht aufzunehmen. Von Seiten des Berichterstatters, sowie der Regierungsvorträter wurde aber diesem Verlangen widersprochen. Man dürfe Äußerungen, die zwar heute nicht strafbar sind, aber es in Zukunft werden sollen, nicht dadurch zur Kenntniß des großen Publikums bringen, daß die Regierung selbst dazu das Material liefert.

Unsere Redner wiesen besonders darauf hin, daß es für den Reichstag eine geradezu unwürdige Zumuthung sei, Strafbestimmungen anzunehmen, welche allerorts Unmuth und Ent-

rüstung hervorrufen, ohne die Gründe zu erfahren, welche angeblich ein solches Vorgehen notwendig erscheinen lassen. Es sei doch merkwürdig, daß gerade die Vertheidiger der Vorlage sich scheuen, ihr angeblich so schwer belastendes Material der Öffentlichkeit vorzulegen, während die Sozialdemokraten, welche die Vorlage treffen soll, verlangen, daß die weiteste Öffentlichkeit erfahre, auf welche Vorurtheile hin ein so ungeheuerliches Gesetz angenommen werden soll.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag unserer Genossen abgelehnt.

Die Umsturzgesetze mit sammt den Regierungsvorträttern halten es also mit Falstaff; sie geben keine Gründe an und wenn sie billig wie Brombeeren wären.

Die Verlesung des Berichtes selbst gelangte bis zum § 130, worauf die Sitzung vertagt wurde. Der Rest soll morgen, vormittags 1/10 Uhr zu Ende gelesen werden.

Die Reichstagskommission zur Veranlassung des Antrages Kautz ist gestern nach Schluß der Plenarsitzung gewählt worden. Sie besteht aus folgenden Herren: Frank-Baden, Dr. Paasche, Schulz-Denke, Wamhoff (nat.); Nischbier, Steininger, Dr. Lieber, Graf Galen, Hug, Vingen, Klose, Rembold (Z.); v. Mantuffel, Graf Kautz, Graf Schwerin-Söldwig, Graf Limburg-Sturum, Will (L.); v. Kardorff, Bauermeister (Sp.); Dr. v. Komierowski (Pole); Sebel, Herbert, v. Bollmar (Soz.); Lohse (Antif.); Ander, Rengmann (fr. Sp.); Geller (Süd. Sp.); Dr. Meyer-Galle (fr. Sp.). Vorsitzender ist Abg. Dr. Paasche, Stellvertreter Abg. Dr. Meyer-Galle, Schriftführer sind die Abgg. Wamhoff, Sebel, Geller und Rembold.

## Tokales.

Die neueste Nummer der Korrespondenz des Herrn Köller bringt, wie dies ja gerade nicht sehr selten, eine Reihe Feststellungen von mehr oder weniger beschämenden Missethänden, welche zuerst im „Vorwärts“ gerügt worden sind.

Die zunächst erwähnenswerthe Notiz ist recht gedrückt gehalten. Und zwar aus zwingenden Gründen; beschäftigt sie sich doch mit der Sabbatschändung in der Gnadenkirche, welche bekanntlich unter den gottesdienlichen Augen des Regierungsraths Splitta, des Baumeisters Rimpel und anderer frommen Leute, unter denen sich auch einige Mitglieder des Kirchenraths befanden, am Sonntag, den 17. März verübt worden ist. Wir sprachen bei der Schilderung dieses, den famosen Kampf für Ordnung, Religion und Sitte verblüffend naturgetreu illustrierenden Falles am 19. März den Wunsch aus, daß auch das Organ des Herrn Ministers des Innern und durch eine entsprechende Auslösung eine Freude bereiten möge. Das ist denn nunmehr nach Verlauf von fünf Wochen durch folgende knappe Notiz geschehen:

„Die am Sonntag, den 17. v. M. erfolgte Beschäftigung von Werkleuten bei dem inneren Ausbau der hiesigen Gnadenkirche ist von den zuständigen Oberbehörden sehr entschieden gerügt und die zuständige Justiz mit aller Bestimmtheit angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß ähnliche Vorkommnisse unter allen Umständen vermieden werden.“

Diese Anordnung erfüllt uns im Interesse der ihres freien Sonntags beraubten Arbeiter mit aufrichtiger Genugthuung; sie kontrastirt nur sehr merkwürdig mit der Ordensverleihung, mit der dieserseits der Herr, unter deren Augen am 17. März die Sabbatschändung verübt worden ist, bei der einige Tage später erfolgten Einweihung der Kirche beehrt worden sind.

Des weiteren enthält die Köller'sche Korrespondenz das folgende:

„Unter der Ueberschrift „Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft“ wurde in Nr. 42 des „Vorwärts“ vom 19. Februar d. J. mitgeteilt, daß in der elektrotechnischen Anstalt von Siemens und Halske einige 20 Arbeiterinnen damit beschäftigt würden, die Glühlampen-Luftlöser zu pumpen und zuzuschmelzen. Diese Arbeit erfolge unter Anwendung von Quecksilber. Die Wirkung des Arbeitens mit diesem giftigen Metall“, so heißt es dann, zeigt sich denn auch recht prompt. Das vorhin zuweilen noch blühende Aussehen der Arbeiterinnen macht einer bleichen Gesichtsfarbe Platz, es stellt sich große Appetitlosigkeit ein, die Zähne werden im Munde locker und bei manchen zeigen sich im Munde Blasen und Ausschläge. Bis vor anderthalb Jahren ist die Arbeit, bei der sich jetzt Mädchen und Frauen vergiften, von robusten Männern verrichtet worden. Dann wurden Arbeiterinnen eingestellt, denen Anfangs für das Hundert Pumpen 1 Mark bezahlt wurde. Bald darauf wurde der Lohn auf 80 Pf. reduziert, dann auf 75 und gegenwärtig giebt es nur noch 70 Pf.“

Durch den zuständigen Gewerbe-Aufsichtsbeamten ist folgendes festgestellt worden:

„In der Glühlampen-Fabrik der Firma Siemens u. Halske, Markgrafenstr. 94, sind etwa seit Ende des Jahres 1898 ungefähr 25 Arbeiterinnen mit dem Auspumpen der Glühlampen beschäftigt. Sie sind an die Stelle der vordem beschäftigten Arbeiter getreten, nachdem infolge konstruktiver Änderungen der früher zur Bedienung eines erheblichen Kraftaufwandes erforderlichen Quecksilber-Luftpumpen die Arbeit auf mechanischem Wege geleistet wird.“

Die Konstruktion der zur Zeit üblichen Luftpumpen ist derart, daß nach Auskluft der neuen Maschinenbauer-Krankenfalle, bei der die betreffenden Arbeiterinnen verpöcht sind, seit 1893 keine der ehemals häufiger vorkommenden Quecksilbervergiftungen mehr beobachtet worden ist. Während bei den früher üblichen Quecksilber-Luftpumpen die Verbindungs-Gläser hergestellt waren, sind die jetzigen Luftpumpen zum größten Theile aus Metall und so gefertigt, daß ein Verstreuen von Quecksilber in den Arbeitsräumen infolge von Bruch der Pumpen nicht mehr vorkommen kann. Augenblicklich ist die Firma damit beschäftigt, weitere Verbesserungen anzubringen, die das Austrreten von Quecksilberdämpfen unter allen Umständen zu verhindern bestimmen sind.

Der durchschnittliche Wochenlohn einer Arbeiterin beträgt etwa 18 M., die Glasbläserinnen verdienen mehr. Die Arbeitsbedingungen waren allerdings früher höher, der Wochenverdienst indes nicht; erstere sind aus Anlaß der Verbesserungen der Apparate und der dadurch bedingten größeren Leistungsfähigkeit herabgesetzt worden.“

Diese Mittheilungen bestätigen, wenn auch in etwas abgeänderter Fassung, fast Satz für Satz die von uns seinerzeit veröffentlichten Beschwerden der Arbeiterinnen. Nur eine Feststellung kontrastirt mit den Klagen der bei Siemens u. Halske beschäftigten Mädchen, nämlich die, daß seit 1893 keine der ehemals häufig vorgekommenen Quecksilbervergiftungen mehr beobachtet worden sind. Wir haben uns, bevor wir den betreffenden Artikel brachten, persönlich davon überzeugt, daß Arbeiterinnen wegen der gefährlichen Mundkrankheiten die Arbeit ausgeben mußten; auf weitere Fragen wurde uns schließlich die nicht überraschende Antwort zu Theil, daß die Arbeiterinnen die Ursachen der Berufskrankheiten möglichst zu verhüten trachten, weil sie befürchten, daß sie anderenfalls ihr Brod verlieren. Falsch ist die Mittheilung in der Köller'schen „Korrespondenz“, daß der Wochenverdienst der Arbeiterinnen sich nicht verringert habe. Nur wenige, ganz besonders geschickte Arbeiterinnen kommen nach längerer Uebung annähernd auf die frühere Höhe. Gern hätten wir von dem offiziellen Organ die Frage beantwortet gesehen, ob es überhaupt einem jungen, alleinstehenden Mädchen möglich ist, sich mit 13 Mark Wochenlohn eifrig durchs Leben zu schlagen.

Im ganzen aber bestärken uns die Feststellungen der Köller'schen „Korrespondenz“ in der selbstverständlichen Pflicht, nach wie vor das Interesse der Ausgebeuteten mit aller Energie wahrzunehmen.

Die von der städtischen Verwaltung eingeführte Kommission zur künstlerischen Ausschmückung städtischer Gebäude und Plätze hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, in der Vorhalle des Rathenau-Gebäudes Mosaike an den Wänden und Deckenflächen anbringen zu lassen. Außerdem beschloß sie die Deputation mit dem Projekt, den Eingang zum Friedrichshain mit einem künstlerisch ausgeführten feineren Triumphthor zu versehen und auf dem Alexanderplatz kleinere mit reichem Figurenschmuck versehene Ruheplätze aufzustellen. Vor der definitiven Beschlußfassung über diese Projekte soll die Genehmigung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung zur Ausschmückung der beiden Plätze eingeholt werden. Ebenso soll die Genehmigung zur Aufstellung der Kolossalfigur der Berolina auf dem Alexanderplatz, sowie des römischen Brunnens an der Gormannstraße, und der Büste von Schiller-Deich auf dem Platz an der Köpcke-straße erbeten werden.

Die Mittheilung des „Vorwärts“, daß gegen den Antisemitischen Herrn Dr. Schlösing in Niddorf infolge einer Beschwerde des Genossen Hoppner das Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, soll nach dem hiesigen „Total-Anzeiger“, wie auch nach einer Meldung der „Niddorfer Zeitung“ unrichtig sein. Diesen Behauptungen gegenüber erklären wir nochmals, daß unsere am Sonntag gebrachte Meldung durchaus der Wahrheit entspricht. Es scheint in der That in dieser Angelegenheit ein Disziplinarverfahren gegen Herrn Dr. Schlösing. Nicht der „Vorwärts“, sondern die beiden erwähnten Zeitungen sind falsch informiert worden.

Nicht weniger als 890 Raubvögel sind im Jahre 1894 in der Provinz Brandenburg getödtet worden und zwar 302 Fische, 217 Sperber, 194 Baumfalken und 177 Wandfalken. Es lebt aber noch eine Menge Raubvögel in der Mark.

In der Urania wird heute Abend Herr Dr. M. Reuhaus seine interessanten Photographien in natürlichen Farben und verschiedene andere wissenschaftliche Aufnahmen vorführen.

Damen dürfen auf den Verdecken der Pferdebahn, wie man uns mit Bezug auf die kürzlich widerriefene diesbezügliche Meldung schreibt, in Berlin schon seit Jahren fahren, so unglaublich dies auch klingen mag. Wer die von Vororten wie Tegel, Treptow u. a. abgehenden Nachtwagen öfter benutzt, wird regelmäßig die Bemerkung machen, daß auf den Verdecken Männlein und Weiblein einträchtiglich bei einander sitzen; denn die Parole lautet: Unter allen Umständen mitkommen! Es wird stillschweigend geduldet; wenn aber wirklich mal ein Schaffner oder Kontrolleur einen Einspruch wagt, so geschieht es in humoristischer Weise. Das Prinzip ist also durchbrochen! Daß es Nachtwagen sind, fällt nicht ins Gewicht, da die Damen auf den Verdeckplätzen bis mitten in die Stadt hinein fahren, wo bei der Ankunft noch reges Leben herrscht. Vielleicht trägt dies dazu bei, daß endlich auch in Berlin allgemein mit Vorurtheilen gebrochen wird, die man in anderen Städten schon längst nicht mehr kennt.

Ueber zwei schwere Bannfälle wird berichtet: Bei dem Abbruch des Hauses Krausenstr. 37, das der Nachener- und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft gehört, war auch der Arbeiter Otto Niehe aus der Gubenerstr. 18/17 beschäftigt, indem er vom dritten Stock die abgebrochenen Steine nach unten warf. Dabei stürzte er von dem Mauernest auf den Hof hinab und trug schwere innere und äußere Verletzungen davon. Er wurde bewußtlos nach einem Krankenhause gebracht; sein Zustand läßt wenig Hoffnung auf Erhaltung des Lebens zu. Einige Stunden später, gegen 9 Uhr vormittags, ereignete sich ein minder schwerer Unfall auf dem Neubau Wilhelmsdorferstraße 67 zu Charlottenburg, der bis zum dritten Stock fertig ist. Zimmerleute waren mit dem Eingiebeln von Balken beschäftigt und haben dabei verunfallt einen oben liegenden, schweren eisernen Träger aus seiner Lage gebracht. Der Träger stürzte herunter auf die Balkenlage des Kellers, schneidete wieder in die Höhe und zerstückelte dem 15jährigen Zimmermannslehrling Orthmann aus Moabit, dessen Lehrzeit erst zwei Monate dauert, das rechte Bein. Auch er wurde nach dem Krankenhause gebracht und dürfte kaum wieder gänzlich hergestellt werden.

Durch den Einsturz eines Kellergebäudes ist gestern Vormittag gegen 10 Uhr in der Straußbergerstraße 48 ein eigenartiger Unglücksfall hervorgerufen worden. Dasselbe wird zur Zeit auf dem Hofe ein Neubau aufgeführt, zu welchem die notwendigen Baumaterialien mittels Wagen auf den Hof gebracht werden. Gestern zur genannten Zeit fuhr ein zweispänniger mit Lehm beladener Wagen auf das Grundstück hinauf, als jedoch das Gefspann den Hof erreichte, brach plötzlich unter lauten Krachen ein Theil des alten Kellergebäudes in sich zusammen und der Wagen versank in die Tiefe. Der Kutscher Dröschke stürzte vom Bod und erlitt nicht unerhebliche Verletzungen am Kopf; zur Hebung des Wagens aus der Vertiefung mußte die Feuerwehr requirirt werden.

Zweimal überfahren und dann ins Wasser gestürzt wurde am Montag auf dem Betriebe des Nordringes ein unbekannter Mann. Derselbe wollte vermutlich den Spreelanal bei Charlottenburg in der Nähe der Schleuse überschreiten und passierte, um sich den Weg abzukürzen, den Bahndamm der Ringbahn. Der Waghalsige befand sich gerade auf der Ueberführung des Bahnkörpers über den Spreelanal, als ein Zug von Westend kommend heranbraute, dessen Lokomotive den Unglücklichen erfaßte und nach dem Nachbargelände hinüberschleuderte. Hier lag der Verunglückte, der innerliche Verletzungen erlitten haben mochte, ohnmächtig wenige Sekunden, als auf denselben Geleise ein Zug vom Wedding her nahte, dessen Lokomotivführer den Verwundeten nicht sah. Wiederum brauste die Maschine heran, abermals erfaßte die Räder den Armen und zahlreiche Augensengen, die am Ufer des Spreelanal's standen, sahen, wie der Verunglückte in weitem Bogen seitlich geschleudert über die Böschung hinab in das Wasser des Spreelanal's fiel. Jetzt wurde sofort ein Boot requirirt und der Körper des dreifach Verunglückten auch nach wenigen Minuten bereits gefunden. Infolge der gefährlichen Verletzungen war aus dem Unbekannten bereits alles Leben entflohen; die Leiche wurde nach der Charlottenburger Leichenhalle geschafft, doch war es bis jetzt nicht möglich, die Persönlichkeit des etwa 35-40 Jahr alten anständig gekleideten Mannes, der jedenfalls ein Israelit sein dürfte, festzustellen.

Vor den Augen der Mutter wurde am Dienstag Nachmittag in der Georgenkirchstraße die drei Jahre alte Alina Fischer überfahren, welche gegen 5 Uhr mit anderen Kindern auf dem Bahndamm der Ecke der Gollnowstraße unter Aufsicht der Mutter spielte. Als plötzlich ein Glasbierwagen um die Ecke der Georgenkirch- und Gollnowstraße bog, vermochten wohl die übrigen größeren Kinder sich zu retten, die kleine F. geriet aber unter die Räder des Fuhrwerks, welche über die Brust des Kindes fortrollten, ehe die entsetzte Mutter, die wohl vor Schreck gelähmt war, den Pferden in die Fägel zu fallen vermochte. Die unglückliche Frau brach ohnmächtig an der Seite ihres schwer verletzten Kindes zusammen, das nach dem städtischen Krankenhause Friedrichshain geschafft wurde, während Frau F. von mitleidigen Nachbarn nach ihrer Wohnung in der Georgenkirchstraße geleitet wurde.

Von dem städtischen Verkaufsvermittler Herrn Kretschmar war uns gestern eine Notiz zugegangen, wonach laut Marktbericht Fische zu einem Preise, die ungefähr den von der Arbeiterkolonie gezahlten gleichkommen, öffentlich veräußert wurden. Unsere Vermuthung, daß dies Ausnahmepreise seien, wird uns jetzt bestätigt und gleichzeitig wird uns abermals die bestimmteste Versicherung gegeben, daß die Arbeiterkolonie Fische, welche dem Groß-Fischhändler selber 35-40 M. kosten, zu dem von uns angegebenen Preise von 12-15 M. kauft. Es ist vorgekommen, daß selbst die Arbeiterkolonie die Waare, welche ihr zu diesem

Preise geliefert wurde, zurückgeschickt hat, und daß die Fische dann sofort an die Abnehmer gingen. Das genügt wohl.

**Ein ganz besonderer Militärboykott.** Die „Volks-Ztg.“ schreibt: „Ein militärischer Boykott eigener Art ist über Berlin verhängt worden. Es war bisher Gepflogenheit, daß die Stadt Berlin den Mitgliedern der Aushebungskommission nach gethauer Arbeit ein Festmahl gab. Diesmal haben es jedoch die Offiziere abgelehnt, der Einladung zum Festmahl zu folgen. Sie wollen, so verlautet, von diesem Berlin nichts mehr annehmen, dessen Stadtverordneten-Versammlung es unterlassen habe, dem Altreichstänker zu seinem 80. Geburtstag einen Glückwunsch zu schicken.“ Wir wünschen, daß deutsche und ausländische Potentaten, die etwa Berlin mit ihrem Besuch beehren, gegebenen Falles dem Beispiel der Offiziere folgen.

**Der Bücherwurm.** der die Besehnen seit längerer Zeit heimgesucht hat, ist gestern in der Person des stellunglosen Handlungs-kommiss Gehrig verhaftet worden.

**Verhaftung** wird seit einiger Zeit der 31 Jahre alte Gerber Rudolf Richter, der in der Brunnstr. 96 wohnt.

**Die Personen,** welche am Sonnabend abends 9 Uhr den Vorfall gesehen haben, der an der Köpenicker Brücke zur Sittung eines Arbeiters führte, werden gebeten, ihre Adresse bei Schrader, Restaurateur, Rantaustr. 19, abzugeben.

**Polizeibericht.** Am 23. d. M. nachmittags wurde im Lustgarten ein 9-jähriger Knabe durch einen Schlägerwagen überfahren und erheblich verletzt. — Ein 6-jähriges Mädchen erlitt in der elterlichen Wohnung in der Großen Frankfurterstraße durch schwere Verletzungen am ganzen Körper, daß seine Kleider, aufeinander infolge Spielens mit Streichhölzern, in Brand geriethen. — Auf dem Anhalter Bahnhof wurde ein mit der Bedienung einer Weiche betrauter Arbeiter durch eine Rangier-Lokomotive schwer am Fuß verletzt. — Als abends ein Schuttmann in der Mantelstraße zwei Arbeiter wegen einer Uebertretung zur Wache bringen wollte, leisteten sie Widerstand und schlugen auf den Beamten ein, so daß dieser von seiner Waffe Gebrauch machen mußte; beide Excedenten wurden verwundet, jedoch gelang es nur den einen festzunehmen, der andere ergriff die Flucht. — Am Tempelhofer Ufer wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes im Landwehrkanal angeschwemmt.

**Wetter-Prognose für Donnerstag, 25. April 1895.** Warmes, theils heiteres, theils wolfiges Wetter mit schwachen südlichen Winden und etwas Neigung zur Gewitterbildung.

**Abrechnung der Boykott-Kommission vom 18. Mai 1894 bis 1. April 1895.**  
Einnahme:

|                                                                              |            |
|------------------------------------------------------------------------------|------------|
| Zellerfassungen                                                              | M. 5775,52 |
| Beiträge für Veröffentlichung der boykottfreien Gast- und Schankwirtschaften | 3037,58    |
| Freiwillige Beiträge                                                         | 471,28     |
| Summa                                                                        | M. 9284,38 |

Ausgabe:

|                                                                                    |            |
|------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| Für Flugblätter (1527 750 Stück)                                                   | M. 3731,25 |
| Plakate und Legitimationskarten                                                    | 202,—      |
| Säulenanschläge                                                                    | 507,—      |
| Inserate und Boykottlisten im „Vorwärts“                                           | 3404,40    |
| Bahngelder                                                                         | 105,65     |
| Porto und Schreibmaterial                                                          | 185,82     |
| Versammlungskosten                                                                 | 88,—       |
| Versammlungskosten und Agitation für den Boykott in Berlin und Provinz Brandenburg | 687,75     |
| diverse kleine Ausgaben der Kommission                                             | 22,50      |
| Summa                                                                              | M. 8900,87 |

Bilanz.  
Einnahme . . . M. 9284,38  
Ausgabe . . . 8900,87  
Ueberschuß . . . M. 383,51

Der Ueberschuß ist den ausgesperrten Brauerei-Arbeitern und Bäckern überwiesen.

P. Singer, M. Millarg, P. Hilpert,  
S. Gumpel, S. Matulat.  
Obige Abrechnung ist geprüft und für richtig befunden.  
Die Revisoren:  
H. Augustin, Fr. Felgentreff, S. Werner.

**Gerichts-Beilage.**

**Wegen thätlicher Beleidigung** wurde gestern der Schuttmann Johannes Heingel vor der ersten Strafkammer zur Verantwortung gezogen. Derselbe hatte eines Tages einem Kutscher J. in der Weickerstraße ein polizeiliches Strafmandat wegen Fahrverletzung zu überbringen. Er fand nur die Frau des J. zu Hause und ersuchte diese, ihm den Empfang des Mandats auf dem mitgebrachten Formular zu bescheinigen. Als ihn die Frau zu diesem Besuche mit in ihr Wohnzimmer nötigte, soll er sie dort unschicklich und unförmlich berührt haben. Die Frau hat ihr Abenteuer mit dem Schuttmann dritten Personen und auch ihrem Manne erzählt und letzterer hat die Strafanzeige erstattet. Der Angeklagte bestritt seinerseits jede Schuld und behauptete, daß die Frau allerdings versucht habe, ihn zu einer Eheheirat zu verleiten, daß ihr dies aber nicht gelungen sei. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Durch die Beweisaufnahme hielt der Staatsanwalt die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragte 200 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof ging über den Strafantrag noch hinaus und erkannte auf 250 M. Geldstrafe, event. 25 Tage Gefängnis. Er hielt eine empfindliche Strafe für geboten, weil er der Meinung war, daß ein im Dienste befindlicher Beamter sich nicht in solcher Weise vergessen dürfe.

**Verurteilungen.**

**Die ordentliche Generalversammlung der Freien Volksbühne**, die am Dienstag, den 23. April, stattfand und von 1600 Mitgliedern besucht war, gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung gegen die preussische Theaterzensur. Der Hauptpunkt ihrer ursprünglichen Tagesordnung lautete: Besprechung über das Theater. Die Verhandlung über diesen Punkt aber verhinderte das Polizeipräsidium durch Erlaß einer Verfügung, die wir bereits mitgeteilt haben, aber zur näheren Information noch einmal abdrucken. Die Verfügung lautete:

„Auf Grund der hier gemachten Beobachtungen und nach dem Inhalte der Statuten der Freien Volksbühne müssen die von derselben veranstalteten Vorstellungen als öffentliche und demgemäß der diesseitigen Polizeiverordnung vom 10. Juli 1851 unterliegenden angesehen werden.“

Ich mache den Vorstand darauf aufmerksam, daß auf Grund des § 5 der gedachten Verordnung der Text der darzustellenden Stücke zeitig d. h. 14 Tage vor der Vorstellung zur Zensur hier einzureichen ist. Die weitere Aufführung von Stücken ohne die vorherige Einholung der zensurpolizeilichen Genehmigung wird von hier aus inhibiert werden.“

Die Verfügung traf am Freitag, den 19. April abends ein, sie hatte weiterhin zur Folge, daß das Polizeipräsidium bereits am 20. April dem Direktor des National-Theaters die Mitteilung zugehen ließ, die Vorstellung am Sonntag, den 21. April würde inhibiert werden.

Zur Besprechung der Angelegenheit ergriff zunächst der Vorsitzende Dr. Franz Meising das Wort:

„Sie werden mit mir einverstanden sein, meine Damen und Herren, wenn ich die kleinen Vorcommis in der Verwaltung während des abgelaufenen Vierteljahres heute überahe und mit

sofort der Besprechung der polizeilichen Verfügung zuwende. Dem Polizeipräsidium ist eine Wunde von den Augen gefallen, es hat nach und nach eingesehen, daß unsere Vorstellungen öffentliche sind. Es irrt der Mensch, so lang er strebt, und da das Präsidium die schätzenswerte Charaktereigenschaft des Strebens zu wiederholten Malen befunden hat, so ist es ja nicht auffallend, daß das Präsidium sich auch einmal irrt, und es ist nur mit Freude zu begrüßen, wenn es seinen Irrthum einseht. Nur wäre es von Vorteil gewesen, wenn das Präsidium auch uns die Wunde von den Augen genommen und uns klar erwiesen hätte, daß unsere Vorstellungen öffentliche sind. Leider sind die bisher angeführten Gründe gar nicht stichhaltig. Welcher Art sind die Beobachtungen, die das Polizeipräsidium machte, und warum sind sie gemacht? Dem Verein „Freie Bühne“ ist die gleiche Verfügung zugegangen, aber seit zwei Jahren hat der Verein keine Vorstellungen gegeben, die Beobachtungen müssen also notwendig schon vor zwei Jahren gemacht worden sein und heute erst erhalten wir von diesen Beobachtungen Kenntnis. Das ist zum mindesten eigenthümlich. Wir sind schon so neugierig, die Beobachtungen näher kennen zu lernen. Unsere Statuten aber sind, soweit sie den Charakter der Vorstellungen betreffen, die gleichen geblieben fünf Jahre lang; kurz, die Gründe sind nicht stichhaltig und so erklären wir uns unsererseits auf Grund unserer Beobachtungen, auf Grund unserer Statuten, daß unsere Vorstellungen nicht öffentliche sind.“

Sind die Voraussetzungen falsch, so sind es auch die Folgerungen. Wir sollen uns der Zensur unterwerfen. Das dürfen, das wollen wir nicht thun. Art. 27 der preussischen Verfassung lautet: Jeder Preuze hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Eine Zensur darf nicht eingeführt werden.

Trotz dieses klaren Wortlauts der Verfassung hatte in der Zeit der finsternen Reaktion im Jahre 1855 der Polizeipräsident Finkelsky die Verordnung erlassen, die uns jetzt die Zensur auferlegen will. Unsere Kunstwerke wollen wir uns weder von todt noch von lebenden Polizeipräsidenten verkümmern lassen.

Wir wollen den Streit um unser Recht nicht halb führen, sondern wollen gerichtlich feststellen lassen, ob der Art. 27 der Verfassung zu recht besteht oder nicht besteht. Bis zur Austragung des Rechtsstreits aber wollen wir unsere Thätigkeit, soweit sie die Veranstaltung von Theatervorstellungen betrifft, suspendiren. Die bereits begonnenen Serien: „Der Pelikan“ und „Der Pfarrer von Kirchfeld“ sollen noch zu Ende geführt werden, da ein freiwilliges Aufhören uns Verpflichtungen bis zur Höhe von 5000 M. auferlegt. In diesem Sinne hat der Vorstand in einer Sitzung mit dem Ausschuß, den Revisoren und den Obmannern der Ordner beschlossen, Ihnen folgende Resolution vorzulegen:

Der Verein Freie Volksbühne erklärt die Behauptung des Polizeipräsidiums, daß die Vorstellungen des Vereins öffentliche seien, für falsch. Er beauftragt den Vorstand, gegen die Verfügung des Polizeipräsidiums den Rechtsweg zu beschreiten. Bis zum Austrage des Rechtsstreits suspendirt der Verein seine Thätigkeit, soweit sie sich auf Veranstaltung von Theatervorstellungen bezieht. Die bereits begonnenen Serien werden zu Ende geführt.

Meine Damen und Herren, fuhr der Redner fort, der ganze Vorgang ruft uns mit Deutlichkeit die Geschichte Deutschlands vor hundert Jahren ins Gedächtnis. Daniederlag das deutsche Volk, aber seine Kunst erhob sich zu neuen Höhen. Klein waren die Großen auf der Erde, aber so klein waren sie nicht, daß sie den Spiegel des Lebens, die Kunst, zu verkümmern versuchten, weil er ihnen ein Bild des Jammers zeigte. Die beiden großen Klassiker Goethe und Schiller, die auch wir unsere Mitglieder vorführten, an deren Aufführung wir jetzt verhindert werden sollen, sie geben lebhaft Zeugnis ab von der Haltung der damaligen Großen. Rabale und Liebe wurde zuerst auf einem Hoftheater aufgeführt, Emilia Galotti auf einem Fürstenschloß. Aber der Polizeipräsident hat es wahrheitsgemäß gut gemeint, er hat zur ersten Jubiläumsfeier des neugegründeten Deutschen Reiches 8000 deutschen Bürgern beweisen wollen, wie recht Platen hatte, als er sang:

Ich weiß es längst, man kann hinieden  
Nicht schlechteres als ein Deutscher sein.

(Lebhafter Beifall.)

Als einziger Redner ergriff das Mitglied Penn das Wort, geißelte mit scharfen Worten die Verfügung und erklärte seine Zustimmung zu der Resolution des Vorstandes, die hierauf einstimmig angenommen wurde.

Darauf erhob Herr Dupont das Wort zur Begründung der zweiten Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

In der Zeit der Suspension wird der monatliche Beitrag auf 20 Pf. ermäßigt. Der Vorstand wird beauftragt, von Zeit zu Zeit naturgemäße Veranstaltungen zu treffen:

Redner bemerkt zur Begründung des Antrages: Der Verein müsse unter allen Umständen bestehen bleiben — jetzt würde es sich zeigen, ob die Mitglieder dem Verein angehören, weil sie billige Theaterveranstaltungen sehen wollen, oder ob sie aus prinzipiellen Gründen ihm angehören. Der Vorstand beabsichtigt, in der Zeit der Suspension Vorlesungen und Konzerte zu veranstalten. Für diese Zwecke sowie für den Prozeß soll der kleine Beitrag erhoben werden. Für konstatirt, daß der Rassenbestand von 1435 M. sich bis Ende Mai, dem Ende der Spielzeit, stark verringern würde. Aber nicht darum handele es sich, sondern darum, daß der Verein „Freie Volksbühne“ einen Rechtskampf von großer kulturhistorischer Bedeutung auszufechten habe. Die Verfügung vom 10. Juli 1851 nämlich verlange, daß jeder Unternehmer oder Verein, der Vergügungen, Maskenfeste, Aufbarkeiten, Theaterveranstaltungen veranstalte, diese anzumelden habe und den ausführenden Beamten jede verlangte Auskunft zu geben verpflichtet sei. Selbst der Verfasser dieser Verordnung könne nur gemeint haben, daß analog dem Versammlungsgesetz den ausführenden Beamten persönlich irgendwelche Fragen geringerer Bedeutung beantwortet werden müßten. Aber so wenig das Vereinsgesetz Angabe der Redner oder gar Vorlegung der Reden verlange, so beruhe das Verlangen nach Vorlegung der Theaterstücke, ja die Gepflogenheit, Stühle aus dramatischen Werken zu streichen, als die seltsamen Blüthen der Zensur, mit denen man Wunden fällen könnte, auf reiner Willkür und hätten keinen gesetzlichen Boden. Nur um ihre Konzession nicht zu verlieren, um nicht materiellen Schaden zu erleiden, hätten sich die Theaterdirektionen dieser Willkür der Zensur unterworfen. Und als bei Gelegenheit des Verbots der „Weber“ Dr. Grelling das Polizeipräsidium verklagte, bestritt auch er nicht das Recht der Zensur, sondern behauptete, nur, daß der Inhalt des Stückes „Die Weber“ und das Publikum des Theaters (Deutsches Theater), in dem die „Weber“ zur Aufführung kommen sollten, eine Störung der Ordnung nicht befürchten lasse. Als Ergänzung dieser lüdenhaften Argumentation gab er folgende Darstellung zum besten. Den Angehörigen der besitzenden Klassen, die 5 M. für einen Parquetplatz zu zahlen im Stande wären und so den augenscheinlichsten Beweis dafür liefern, daß sie zur Störung der gesellschaftlichen Ordnung nicht geneigt wären — ihnen werde der Genuß der „Weber“ verboten, und den Proletariaten, den Mitgliedern der Volksbühne werde er gestattet. Die Vorstellungen der „Weber“ für das Deutsche Theater wurden allerdings gerettet, aber die heutige Verfügung ist die Folge der Grelling'schen Argumente; die Wunde in der Gesetzgebung, von der damals die Gegenpartei sprach, soll jetzt verstopft werden; der einzige Ort, an dem das Dichterverbot frei ertönen könnte, ohne Furcht vor dem Stief des Zensors, soll zerstört werden. So wollen wir denn thun, was die einzelnen Dichter und Theaterdirektoren nicht gethan haben, als Einzelpersonen vielleicht nicht thun konnten; es handelt sich nicht darum, jetzt festzustellen, ob wir eine Vorlesung oder drei Vorlesungen halten, sondern darum, die Unterbedingung für unseren Brotes zu schaffen. Die 8000 Mitglieder sollen zu-

ammenbleiben — sie erwerben sich dadurch den Dank der Dichter und der Künstler der künftigen Generationen. Drum wollen wir den Kampf führen mit aller Energie. (Lebhafter Beifall.)

Auch die zweite Resolution wird darauf einstimmig angenommen.

Penn beantragt darauf, über das Theater des künftigen Spieljahres nicht zu verhandeln; der Antrag wird gegen wenige Stimmen angenommen — ein weiterer Antrag, die Zeitschrift „die Volksbühne“ weiter erscheinen zu lassen, wird dem Vorstande zur Erwägung überwiesen.

Der Kassenbericht des Vierteljahres ist folgender: Bestand am 1. Januar 1491,55 M., Einnahme Januar 5521,85 M., Februar 4808,25 M., März 5841,90 M., Summa 17662,95 M., Ausgabe Januar 4537,85 M., Februar 3712,75 M., März 7988,80 M., Summa 16207,40 M. Bestand am 1. April 1455,55 M. Dem Kassirer wird auf Antrag des Revisors S. Ch. o. l. j. einstimmig Decharge erteilt.

Nach einem kurzen Schlusswort schließt der Vorsitzende mit einem brausenden Hoch auf die „Freie Volksbühne“ die Versammlung.

**Gewerkschaftliches.**

**Achtung, Zimmerer!** Sämtliche beim Fischereibau in Geestemünde und beim Erweiterungsbau des Kaiserhafens in Bremerhaven beschäftigte Zimmerer haben am Dienstag die Arbeit niedergelegt. Grund: Lohnabstimmungen mit dem Unternehmer. Er will für die Wasser-, Kamm- und Tiefbauarbeiten, wofür im Lohnzettel der Zimmerer 50 Pf. Stundenlohn gefordert und übrigens von den meisten Zimmermeistern jener Orte auch gezahlt wird, nur 45 Pf. zahlen. Die Ausständigen ersuchen um strenge Fernhaltung des Zuges.

**Der Streik der Monteure** in der Maschinenfabrik von Grob u. Co. in Leipzig-Gutrichsdauert, wie die „Leipziger Volkszeitung“ meldet, unverändert fort. Die Bemühungen, von auswärts Ersatz für die Ausständigen herbeizuziehen, sind bisher fehlgeschlagen, so daß sich die Firma gezwungen gesehen hat, Techniker in der Probiranstalt mit arbeiten zu lassen. Es wird erwartet, den Zuzug von Monteuren auch fernerhin von Leipzig fernzuhalten.

**Beim Wiener Zieglerstreik** sieht die Polizei die brutale Vergewaltigung der Arbeiter fort. Im Bösendorfer Revier machte die Gendarmerie einen Angriff auf 2000 Streikende, die ohne jede feindliche Absicht die Straße daher kamen. Dabei wurden 11 Arbeiter verwundet, davon zwei tödtlich. 8 der Verwundeten erhielten die Wunden im Rücken! Unter den Verwundeten befanden sich drei Frauen. Es ist natürlich, daß durch solche Brutalitäten nur Del ins Feuer gegossen wird. Die Polizei fühlt sich denn auch bereits der Lage, der sie selber die bedrohliche Wendung gegeben hat, nicht mehr gewachsen. Dragoner trafen in jenem Revier ein und auch nach anderen Bezirken des Ausstandes ist Militär beordert.

Das Mittagsblatt der „Arbeiter-Zeitung“ vom Dienstag wurde wegen des Abdrucks einer Rede aus der am Montag aufgestellten Zieglerarbeiter-Versammlung konfisziert.

Aus einer Unterredung, die zwei unserer Wiener Parteigenossen mit dem Bezirkshauptmann Graf Auerberg über das Austreten der Polizei hatten, sei folgendes mitgeteilt: Der Graf wurde von unseren Genossen gefragt: Ist es richtig, daß der Lieutenant Bregenzner zum Genossen Nagel, als ihm dieser wegen seiner „Schneidigkeit“ Vorstellungen machte, antwortete: „Das nächste Mal werde ich schießen lassen.“ Lieutenant Bregenzner, der der Unterredung beizuwohnt, sand es nun an der Zeit, in das Gespräch einzugreifen, und sagte: „Gewiß, das werde ich auch thun.“ — Bezirkshauptmann: „Es wäre auch ganz gerechtfertigt gewesen; wir hätten bei den vier Zusammenstößen in der Vorwoche schon schießen lassen, aber wir haben gedacht, daß der Streik Sonnabend zu Ende sein wird. Sie waren ja bei diesen Vorfällen nicht selbst dabei, sonst würden Sie wissen, wie die Arbeiter gegen uns auftreten. Wir müssen so handeln.“ — Genosse Preußler: „Ich bin nun acht Tage hier im Streikgebiet und kann sagen, daß ich die friedliche Stimmung unter den Leuten genau kennen gelernt habe, und daß ich trotz dieser Stimmung noch obendrein die Leute vor jedweder Ausschreitung abmahne.“

Dieses Gespräch charakterisiert die Situation schärfer, als es die umfangreichste Kritik vermöchte.

**Vom Pariser Omnibuskutscher-Streik** wird gemeldet: Die Ausständigen der Omnibuskutscher hielten Dienstag Nachmittag eine Versammlung ab, in der sehr heftige Reden gehalten wurden. Beim Verlassen des Versammlungsortes wurden Drohrufe gegen diejenigen Angestellten der Gesellschaft ausgesprochen, die sich dem Ausstande nicht angeschlossen hatten; man solle die Wagen der Gesellschaft umstürzen. Am Boulevard Magenta kam es zwischen der Polizei und den Streikenden, die die Fensterheben eines Pferdeabnahmewagens zertrümmerten, zu einem Zusammenstoß. In der Nähe der Place de la République schleuderten die Streikenden Steine gegen einen Pferdeabnahmewagen und stürzten ihn um. Die republikanische Garde schritt leibhaftig gegen die Ausständigen ein, die auf den großen Boulevards wieder zusammentrafen, dort mehrere Omnibuskutscher anhielten und sich dann in der Richtung nach der Bastille zurückzogen. — Wie viel von dieser Schilderung übertrieben ist, entzieht sich natürlich jeder Berechnung.

Weiter wird aus Paris berichtet: Das Zentralkomitee der vereinigten Droschkenkutscher von Paris beschloß, die Kutscher für den 25. d. M. zu einer Generalversammlung zu berufen, um über die Frage des Generalsstreiks aller im Personen-Transportwesen von Paris Angestellten zu beraten. Auch die Eisenbahnbediensteten, die gestern in Paris ihren Kongreß begannen, sollen die Frage eines Ausstandes beraten wollen.

Auch die Londoner Omnibuskutscher wollen ausständig werden, wenn der täglich der Omnibus-Gesellschaft zu zahlende Mietpreis nicht herabgesetzt wird. Am Dienstag fand ein angeblich außerst stürmisches Meeting statt, wo der Ausstand beschlossen wurde, falls die Forderung nicht bewilligt wird.

**Vermischtes.**

**Professor Dr. Karl R. W. Ludwig**, Direktor des physiologischen Instituts der Universität Leipzig, ist am 23. April in dieser Stadt gestorben. Professor Ludwig war am 29. Dezember 1818 in Wittenhausen in Hessen geboren. 1742 habilitierte er sich zu Marburg und wurde 1849 ordentlicher Professor der Physiologie und Anatomie in Zürich. Von dort ging er 1855 als Professor der Physiologie an das Josephinum in Wien, und siedelte in gleicher Eigenschaft 1865 nach Leipzig über. Von seinen zahlreichen bedeutsamen Arbeiten sei besonders hervorzuheben, daß er den Einfluß der Nerven auf die Speichelsekretion nachwies, sowie seine Feststellungen über Blutgase, Lymphbildung und die Lebensbedingungen des Herzens. Durch die Erfindung des Kymographiums schuf er der Physiologie die graphische Methode. Ungemein groß ist die Zahl seiner Schüler, ungefähr 200 Physiologen verdanken ihm ihre Ausbildung.

Aus Bukarest wird berichtet: Die Donau steigt andauernd. In Braila sind die tiefer gelegenen Stadttheile überschwemmt. Bei Galatz sind 4 Personen ertrunken und eine große Anzahl Vieh ist zu Grunde gegangen. Im Dorfe Schirnogi konnte die Hälfte der Bewohner sich nicht mehr rechtzeitig retten und wurde vom Hochwasser der Donau eingeschlossen; da das Wasser weiter steigt, sind die Bewohner in großer Besorgnis. In Gurgu ist der Damm und Hafen bedroht.

**Briefkasten der Redaktion.**

E. L. Wollen Sie uns Freitag Abend besuchen.  
Mang. Für die „Mäurer Volkszeitung“ geeigneter, als für den „Vorwärts“.

# Neues Adreß-Buch für Berlin und Vororte.

Herausgegeben vom



Berliner Lokal-Anzeiger.

## Entgegnung.

Die Firma W. & S. Loewenthal fühlt sich genüßigt, in dem Anzeigenthail hiesiger Blätter die Ankündigung eines Auszuges aus ihrem Adreßbuche mit einem nicht mißzuverstehenden Angriff auf das in unserem Verlage demnächst erscheinende „Neue Adreß-Buch für Berlin und Vororte“ einzuleiten. Dies zwingt uns zu einer kurzen Entgegnung:

Die Firma W. & S. Loewenthal erklärt sich unter Berufung auf ihre Geschäftsbücher außer Stande, ein vollständiges Adreßbuch billiger als zum Selbstkostenpreis von ca. 15 Mark herzustellen. Darauf können wir nur bemerken, daß wir nie das Gegentheil geglaubt oder behauptet haben. Gerade die Ueberzeugung, daß besagte Firma nicht im Stande ist, ein vollkommenes Adreßbuch zu dem erforderlich billigen Preise zu liefern, ist der Grund, weshalb wir uns zur Herausgabe eines solchen entschlossen. Wenn die Firma W. & S. Loewenthal aber den Glauben zu erwecken sucht, als könnten auch wir unmöglich das leisten, was sie nicht vermag, so dürfte es genügen, darauf hinzuweisen, daß unser neues Adreßbuch nicht etwa bloß einen Einwohner-, Geschäfts-Nachweis und Inserate enthalten wird, wie die von der Firma W. & S. Loewenthal neu angekündigte Theil-Ausgabe, sondern daß das „Neue Adreß-Buch für Berlin und Vororte“ folgenden Inhalt aufweisen wird:

- Theil I. **Einwohner-Nachweis.** Alphabetisches Verzeichniß der Einwohner Berlins (Name bezw. Firma, Stand oder Geschäftszweig, Wohnung bezw. Geschäftslokal, Sprechstunde, Telephonvermerk).
- Theil II. **Haus- und Straßen-Nachweis.** Alphabetisches Verzeichniß der Straßen Berlins, Verzeichniß der Häuser mit Angabe der Eigenthümer, Verwalter und Miether.
- Theil III. **Standes- und Gewerbe-Nachweis.** Verzeichniß der Einwohner und bezw. Firmen, nach Stand bezw. Erwerbs- und Berufszweigen geordnet.
- Theil IV. **Statistische Uebersicht.** Königlich. Haus. Alphabetisches Verzeichniß der Behörden mit ihren Unterabtheilungen, der öffentlichen Anstalten, Kirchen, Schulen, Sehenswürdigkeiten u. s. w.
- Theil V. **Vororte von Berlin.** a) Alphabetisches Verzeichniß der Einwohner; b) Alphabetisches Verzeichniß der Straßen, Verzeichniß der Häuser mit Angabe der Eigenthümer, Verwalter und Miether.
- Theil VI. **Inseraten-Anhang.**
- Theil VII. **Plan von Berlin** mit einem alphabetischen Verzeichniß der Straßen, Plätze und Brücken Berlins und seiner Vororte.

Wir liefern hiernach zu dem Vorbestellpreise von 6 Mark ein vollständiges Adreßbuch, nicht einen Auszug, nicht ein Bruchstück eines solchen. Daß aber jede der vorstehend aufgeführten Abtheilungen unseres neuen Adreßbuchs auch alle äußeren und inneren Vorzüge aufweisen wird, die man von einem so wichtigen Verkehrsorgan zu verlangen berechtigt ist, dafür dürften die bisherigen Leistungen und geschäftlichen Gepflogenheiten des unterzeichneten Verlages dem verehrlichen Publikum völlig ausreichende Gewähr bieten.

Berlin, den 24. April 1895.  
SW. Zimmerstr. 40/41.

Die Redaktion  
des

Neuen Adreß-Buchs für Berlin und Vororte.

Verlag von August Scherl,

Begründer und Verleger des „Berliner Lokal-Anzeiger“.

## Die Bauern von Fuchsmühl vor Gericht.

Weiden, den 23. April 1895.

Mit dem fahrplanmäßigen Zuge sind die Angeklagten heute früh um 8 Uhr 48 Min. von Weiden in Weiden angekommen. Alles verlief in größter Ruhe und Ordnung. Die Leute, fast sämtlich mit Bündeln versehen, ordneten sich zum Zuge und zogen ohne Aufenthalt nach dem Rathhause. Auf dem Bahnhofs- und auf den Bürgersteigen der Straßen bildeten die Einwohner von Weiden dichtgedrängte Spalten. Alle Fenster der Häuser waren mit Zuschauern besetzt und auch der Landgerichtspräsident sah freundlich lächelnd aus einem Fenster seiner Wohnung auf den Zug herab. Kurz vor der Ankunft des Zuges auf dem Markt wurde ihm von einem Fenster aus „Gut!“ zugerufen. Ein Momentphotograph hatte sich hier postiert und machte eine Gruppenaufnahme. Im Sitzungssaal wurden die Angeklagten unter Mitwirkung des Vorsitzenden placiert, was überaus reich von hinten ging. Um 9 1/4 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Landgerichtspräsident v. Andrian, die Verhandlung, der auch Regierungsrath v. Andrian und der Präsident des Landgerichts beizuhören. Der Namensaufruf ergab, daß 151 Angeklagte anwesend sind; einer, ein gewisser Johann Schraml, ist gestorben, und zwei Frauen, Vogel und Stark, sind durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Zwei Angeklagte, junge Burschen, werden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Es handelt sich um eine Untersuchung wegen Aufruhrs. In der Weihnachtsnacht haben sie mit zehn anderen Burschen mit den Wenden wegen der Fuchsmühl-Borgänge Streit bekommen und sich den Beamten schließlich thätlich widersetzt. Dieser gemeinsame Widerstand ist von der Staatsanwaltschaft als Aufruhr qualifiziert worden.

Die Vernehmung der Angeklagten über ihre Personalien ergibt, daß die Mehrzahl noch nicht bestraft ist, eine größere Anzahl ist wegen Körperverletzung schon vorbestraft und wenige haben wegen Diebstahls und Unterschlagung schon Vorstrafen erhalten. Ein wegen Aufstaus Angeklagter, Johann Gumbner, ist 52 mal, darunter 20 mal wegen Bettelns vorbestraft. Der wegen Aufstaus Angeklagte Andreas Heindl ist, wie sich nachträglich herausstellt, nicht erschienen, weil er für den morgigen Tag auch als Zeuge geladen ist. Heindl wird durch Gerichtsbeschluss noch einmal telegraphisch geladen.

Die Vernehmung zu den Personalien der Angeklagten ist in einer Stunde zu Ende geführt.

Der erste Angeklagte ist der Würtler Michael Grillmeyer aus Fuchsmühl. Vorf.: Sie sind des Landfriedensbruchs und Forstverwehrs angeklagt, was haben Sie auf die Anklage zu erwidern? — Angekl.: Ich habe nur mein Recht gesucht. Der Joller hat uns unser Holz vorenthalten. Ich hab' mein Haus mit Schulden übernommen und brauche das Holz. — Vorf.: Warum hat Joller denn das Holz nicht verkauft? — Angekl.: Ich mußte doch wissen, daß ich im Staate niemand sein Recht selbst holen darf. — Angekl.: Ja, als das Forstgesetz hieß nichts. Der Joller hat gesagt, er will die Fuchsmühl ausbilden lassen. Wenn ich kein Holz habe, kann ich nicht auskommen. Ich habe nur mein Recht gesucht. — Vorf.: Sie waren also mit im Wald? — Angekl.: Ja, mit was ich. — Der zweite Angeklagte ist ein junger 19-jähriger Mensch, der lächelnd zugibt, daß er mit Holz hauen geholt habe. — Der Angekl. Vater Ludwig Stod sagt: Ich hab' nur mein Recht gesucht und nur mein Holz gehauen. Wenn's nicht mein gewesen wäre, hätte mir ja jemand 20.000 M. geben können, einen Diebstahl hätte ich nicht begangen. — Vorf.: Gerade weil Sie ein verständiger, ordentlicher Mann sind, hätten Sie wissen müssen, daß man nicht zur Selbsthilfe greifen darf. Sie geben zu, mit im Walde gewesen zu sein? — Angekl.: Ja wohl. — Verteidiger Rechtsanwalt Vornstein: Ich möchte den Herrn Vorsitzenden ersuchen, die Fragen doch etwas bestimmter zu formulieren. Es liegt der Verteidigung natürlich daran, nicht nur festzustellen, auf welchem von beiden Tagen jeder der Angeklagten im Walde war, sondern auch daran, festzustellen, inwieweit jeder der Angeklagten nachgewiesen werden kann, ob er die dreimalige Aufforderung des Bezirksamtmanns zur Räumung des Waldes auch gehört hat. — Der Angeklagte Alois Pappenderger war als vermeintlicher Mädelstührer verhaftet worden. Der Gendarm hat ihm gesagt: „Machen Sie sich nicht so leicht“ und er hat geantwortet: „I hab' lane Angst, wir haben das Recht dazu. Die Magdalena Helm hatte sich schon vor mehreren Monaten ihr Holz geholt, sie hat dafür 1,50 M. Strafe erhalten und da sagten wir uns, der 1,50 M. werden riskieren wir's.“ — Der Angekl. Restaurateur Karl Wittner verweist darauf, daß er sich im Jahre 1876 auch schon einmal das Holz selbst geholt hat, daß der damalige Prozeß aber mit Freisprechung geendet hat. — Der Vorsitzende stellt fest, daß dieser Landfriedens-Prozeß thätlich mit Freisprechung geendet hat. — Vorf. ender: Sie haben doch auch Nubholz, nicht nur Brennholz geholt. Angekl.: Das Holz steht uns zu, wie's im Fieb vorkommt. Der Angeklagte Wittner schließt seine Verteidigung: „Ich kann nur sagen, daß uns der Baron Joller gequält hat von Anfang bis zu Ende.“ — Der Angeklagte Regen war auch als „Mädelstührer“ verhaftet. Er ist ein sehr intelligenter Mann und sehr klar in seinen Aussagen. Er erzählt, Baron Joller habe in einem Briefe an den Bürgermeister Stod geschrieben, er werde das Holz am 25. Oktober anweisen. Man habe bis zum 29. gewartet und sei dann, nachdem man die Polizei benachrichtigt, zur Selbsthilfe geschritten. — Vorf.: Ja, Sie hätten doch aber erst alle Rechtsmittel erschöpfen müssen. — Angekl.: Herr Vorsitzender, wir Bauern verstehen doch nichts vom Prozeßieren, wir haben alles unserm Rechtsanwalt überlassen. Der Winter stand vor der Thür, wir brauchten das Holz. Die Chikaniererei war nicht mehr zu aushalten, es war nicht mehr möglich. Die Gemeinde ist so schon arm. Der Joller hat sie vollends ruiniert. Mir war schon wohl, wenn ich 1870 im Felde geblieben wäre in Frankreich, dann wäre's besser. — Vorsitzender: Ja, es liegt ein schwerer Fehler vor, aber Sie können doch nicht sagen, daß Sie alle Rechtsmittel erschöpft haben. Sie hätten ihre 10 1/2 Klaster einflagen sollen, dann hätten Sie Ihr Recht bekommen. — Der Angeklagte Häusler Kaspar Vogel, ein 67 Jahre alter Mann, erzählt rührend, wie die Soldaten kamen und den einen Mann todt gestochen haben. Auch zu ihm sei ein Soldat gekommen und da habe er gesagt: „Ich bleibe hier und sterbe für mein Recht.“ Der Soldat habe ihm aber nichts gethan. Die Angeklagte Häuslerwitwe Theresie Lehnhardt hat einen Korb voll dürrer Äste und Streu zusammengebracht. Sie ist auch Rechtslerin. — Vorf.: Wie kamen Sie denn dazu, sich die Streu zu holen. — Angekl.: Der Winter vor der Thür, kein Geld, kein Holz im Haus, da treibt's einen schon dazu. Zum Angeklagten Bürgermeister Josef Stod sagt der Vorsitzende: Wenn man von keinem der Angeklagten verlangen kann, von Ihnen, als dem Bürgermeister, hätte man verlangen können, daß Sie wissen: es ist unrecht, wenn man zur Selbsthilfe greift. — Angekl.: Wir glaubten im Recht zu sein. Wir haben den Gemeindevorstand nach dem Oberförster geschickt, er solle das Holz anweisen lassen. Er hat es abgelehnt, obwohl er Generalvollmacht hat. Der Oberförster wollte uns nur drücken, die

Fuchsmühl wollte er nicht mehr im Walde sehen. — Vorf.: Danach läge also die Hauptschuld am Oberförster. — Angekl.: Jawohl. — Vorf.: Ihr Vater ist erstochen worden. — Angekl.: Jawohl. — Vorf.: Sie hätten doch die Gemeinde von dem Begehren des Unrechts abhalten sollen. — Angekl.: Ich wußte, daß die Leute recht hatten, außerdem war auch die Aufregung schon zu groß. Wenn ich nicht mitgemacht hätte, dann hätte ich mich in der Gemeinde unmöglich gemacht. Weil ich so schon zur Ruhe gemahnt habe, hatten mich verschiedene Gemeindeglieder schon im Verdacht, mit dem Joller gemeinsame Sache zu machen. — Rechtsanwalt Vornstein bittet zu fragen, ob die Leute nicht in kleinen Gruppen hinausgezogen sind, auch im Walde nur in kleinen Gruppen gearbeitet haben. — Angekl.: Es waren etwa immer 6 bis 8 Personen zusammen. — Vorf.: Wie hätten Sie denn dann das Holz verteilt? — Angekl.: Ich wäre zum Forstassessor gegangen und hätte ihn gebeten, mein Holz zu vermaßen. — Vorf.: Das hätten aber gewiß nicht alle Angeklagten gethan. Die Angeklagten erheben sich fast alle und rufen: „Wir wären alle dazu bereit gewesen!“ — Angekl. Stod: An jede Klaster ist Name und Hausnummer des Berechtigten angeschrieben worden. — Vorf.: Dursten Sie denn das Holz beanspruchen, wie es der Fieb gibt? — Angekl.: Jawohl, wie es der Fieb gibt. Das angewiesene Holz unterscheidet sich kaum von dem, was wir gefällig haben. Die Angeklagte Zimmermannsrau Marie Ernberger wird nach der Vorbestrafung gefragt. Sie bestritt eine Bestrafung. Vorf.: Sie sind wegen Forstverwehrs bestraft vor 15 Jahren. Sie haben sich eine Traglast Grass geholt und haben 80 Pf. bezahlen müssen. (Große Heiterkeit.) Vorf.: Haben Sie nicht gehört, was der Bezirks-Amtmann gesagt hat. — Angeklagte: Was hat denn der zu sagen, wir waren ja im Recht. (Große Heiterkeit.) — Vorf.: Der Bezirksamtman sagte, Sie sollten weggehen. Haben Sie das nicht verstanden, als er den Säbel zog? — Angekl.: Das habe ich nicht verstanden, ich bin noch nicht Soldat gewesen. (Minutenlanges Heiterkeit.) Vorf.: Aber die Soldaten mußten Sie doch zum Weggehen veranlassen? — Angekl.: Ja, ich glaube, die Soldaten thun uns nichts, wenn wir ihnen nichts thun. Erst als die Soldaten Lauffschritt machten und Hurrah schrien, sind wir fortgerannt. — Vorf.: Das ist eben das Unglück, daß Sie erst fortgerannt sind, als Sie merkten, es wird Ernst gemacht. — Der Angeklagte Johann Schrammberger ist ein 67 Jahre alter Mann und sehr taub. Er hat als Tagelöhner mitgearbeitet. Als der Vorsitzende ihn fragt, ob er denn den Bezirksamtman nicht gesehen und gehört habe, antwortet er unter großer Heiterkeit: „Ich kenne den Bezirksamtman nicht. Ich hab' in meinem Leben noch keinen Bezirksamtman gesehen.“

Hierauf tritt eine Mittagspause ein. In der Nachmittags-Sitzung werden zunächst diejenigen Angeklagten vernommen, die notwendig wieder nach Hause müssen und nicht gut fünf Tage in Weiden bleiben können. Der Vorsitzende ist gewillt, diese Angeklagten im Einverständnis mit Verteidigung und Staatsanwaltschaft zu entlassen, wenn sie verhört sind. Es sind dies Mütter, die zu ihren Kindern müssen. Die Angeklagte Frau Barzer ist die Frau des todt gestochenen Bauern. Die 65-jährige Frau hat schwarze Trauerkleider angelegt und es ist rührend, wie sie vom Tode ihres Mannes erzählt. Ihr Mann habe Trommelwirbel gehört und wollte deshalb zum Bezirksamtman gehen, der oben auf der Anhöhe stand. Da seien ihm die die Anhöhe herunterstürmenden Soldaten entgegen gekommen, er habe nicht ausweichen können und sei über den Haufen gestochen worden. Die Angeklagte bestritt, gehört zu haben, was der Amtmann gesagt hat. Sehr resolut tritt die Angeklagte Magdalena Helm auf. Sie hat sich schon im Sommer 1894 eigenmächtig einen Theil ihres Rechtsholzes geholt und ist dafür vom Amtsgericht in Waldfassen zu 1,50 M. verurtheilt worden. Der Oberamtsrichter, erzählt sie, habe ihr gesagt, so lange dem Joller die Ablösung nicht gerichtlich zugesprochen sei, müsse er das Rechtsholz anweisen lassen. Es wird eine Anzeige verlesen, die die Angeklagte an das Bezirksamt Tüschentreu gerichtet hat und in der sie in recht drastischer Weise mittheilt, daß sie sich ihr Rechtsholz holen werde und falls der „Waldbauheer“ Graßmann Gewalt anwenden sollte, sie Gewalt dagegen sehen werde.

Rechtsanwalt Vornstein: Ist Ihre Verurtheilung zu 1,50 M. bekannt geworden im Dorfe? — Angekl.: Ich habe es überall erzählt und die Bauern sagten sich, die 1,50 M. riskieren wir, wenn wir nur unser Holz bekommen. — Vorf.: Sie haben auch den Angeklagten Jüri angeklagt, im Walde mitzuarbeiten, und haben ihm Geld dafür gegeben. Die Angeklagte bestritt das aber. — Der Angeklagte Fürst erklärt, er habe von der Helm 1 M. erhalten. — Auch der Angeklagte Thoma erklärt, von der Helm angeklagt worden zu sein, er will von ihr 2 M. erhalten haben. — Die Angeklagte Helm giebt das schließlich zu. Sie sagt hinzu: Der Graßmann ist an allem schuld, er hatte Generalvollmacht. Der Graßmann hatte kein Recht uns zu wehren, er hat selber kein Recht. (Große Heiterkeit im Auditorium.)

Rechtsanwalt Schmidt stellt den Beweisanspruch, daß 1849 die Fuchsmühl sich ebenso eigenmächtig das ihnen vorenthalte Rechtsholz geholt haben, das Verfahren gegen sie aber nicht über die Voruntersuchung hinausgekommen sei. — Der Vorsitzende giebt das aus eigener Kenntnis der Alten zu. — Der Angeklagte Josef Kung, ein junger 18-jähriger Bursche, ist mit seinem Vater nach dem Wald gegangen. Er sagt: Ich habe das Holz gefällig, weil ich schon in der Schule gelernt habe, wer sein Recht nicht vertheidigt, ist ein Feigling! (Unruhe im Auditorium.) — Angeklagter Andreas Ernberger: 1893 war das schlechteste Jahr, da sind wir in die Tiefe gekommen. Mein Vater hat mit Baron Joller prozeßiert und hat sein Recht nicht gekriegt. Fünfzehn Jahre lang haben wir unser Holz nicht gekriegt. Ich war ein kleiner Bube und habe ein bißchen Kaff holen müssen, da haben sie mich in eine Grube gestellt und ich habe geweint. Dann haben wir 15 Jahre bloß die Hälfte gekriegt. Der Lebens-träger wird mich und meine Familie an den Bettelstab bringen. Arbeitslos werde ich durch die Welt ziehen. Andere haben sich ihr Recht im Walde geholt und sind von Strafe und Kosten freigesprochen worden. Wir sind zur Verzweiflung getrieben. Was wir leiden müssen, das wissen wir allein, meine Herren Richter. Ich und meine Kinder sind am 29. Oktober mit hinausgezogen und haben etwas Windlaub eingesammelt. — Die Angeklagte Maurenschwitwe Theresie Schultes sagt: Wir Wittwe haben fast alle gleich gegangen, wie die Soldaten kamen, weil wir uns gefürchtet haben. — Die Angeklagte Barbara Kung ist Dienstmagd, sie bittet, nachdem sie verhört ist, um Verurteilung. — Vorsitzender: Haben Sie kleine Kinder zu befragen? — Angekl.: Nein, nur im Stalle zu thun. Aber das Vieh isst halt eben so nothwendig, wie die kleinen Kinder. (Große Heiterkeit, der sich auch die Herren an dem Richterische nicht erwehren können.) — Die Angeklagten genießen die größte Freiheit, sie treten ungehindert und ohne zu fragen aus. — Vorf.: Wo laufen denn die Leute fortwährend hin? Herr Rechtsanwalt, sorgen Sie dafür, daß die Angeklagten wenigstens wiederkommen, wenn sie momentan aus-

treten müssen. — Die Angeklagte Karoline Greger ist ein 18-jähriges Mädchen. Sie erzählt: Als die Soldaten kamen, wollte ich fortgehen, der Vater sagte aber: Dummes Mädel, die thun uns ja nichts. — Der Gemeindevorstand Bürger gehört auch zu den Angeklagten; er ist im Auftrage des Bürgermeisters beim Förster Graßmann gewesen mit der Bitte, Holz anweisen zu lassen. Graßmann habe ihn aber schroff abgewiesen. — Vorf.: Sie mußten doch als Gemeindevorstand wissen, daß Sie das Holz nicht eigenmächtig holen dürfen? — Angekl.: Ja, ich war doch im Jahre 1876, wo wir das Holz geholt haben, auch dabei und es ist uns nichts passiert. — Vorf.: Haben Sie die Soldaten gesehen und den Bezirksamtman gehört? — Angekl.: Den Bezirksamtman habe ich das dritte Mal deutlich gehört und bin gleich fortgegangen. Von der Stachelerei habe ich nichts gesehen. — Von einigen weiteren Angeklagten wird übereinstimmend angegeben, die Worte des Bezirksamtmanns seien so verstanden worden, als sollten die Richter auf die Anhöhe kommen, der Amtmann habe ihnen Vorschläge zu machen. Der Angeklagte Vincenz Schultes erzählt: Als der Amtmann das letzte Wort gesprochen, stürzten die Soldaten sofort los. — Vorf.: Sie sind doch Holzhaue im Staatswald, Sie mußten doch das strafbare Ihrer Handlung erkennen? — Angekl.: Nun, mein Vater selig ist 1875 auch eigenmächtig in den Wald gegangen, auch in Waldfassen verurtheilt worden. Er hatte keinen Verteidiger. Er hat aber den Prozeß durch alle Instanzen durchgeführt und ist schließlich vom obersten Gericht in München freigesprochen worden. Und da dachte ich, mir kann's auch nicht fehlen, da ich ebenso wie mein Vater selig nur das Rechtsholz geholt habe. — Vorf.: Können Sie über den Prozeß nähere Angaben machen? — Angekl.: Im Jahre 1876 hat der Vater das Holz geholt und 1876 ist er freigesprochen worden. — Der Angeklagte Johann Greger gehört zu denjenigen Richtern, die verstanden haben, sie sollten zum Amtmann hinauf kommen, und die hinauf gegangen sind. Er erzählt: Als ich nach oben kam, stürzten die Soldaten auf mich los und ich bin verwundet worden. — Rechtsanwalt Vornstein: Wo und wie sind Sie verwundet worden? — Greger: Ich habe mehrere Stiche in den Rücken bekommen. Ich wandte mich zur Flucht und lief, was ich nur laufen konnte. Während des Laufens bin ich verwundet worden. — Angekl. Vater Klier: Ich wollte nur mein Recht suchen. Ich muß 500 M. zahlen und will dafür auch mein Holz. Es wäre doch traurig, wenn Recht nicht Recht bliebe. Ich habe zum Bezirksamtman gesagt: Wenn Sie uns gut stehen für die Anweisung, dann gehen wir sämtlich weg. — Vorf.: Haben Sie nicht gehört, daß drei verhaftet worden sind? Warum sind Sie da den zweiten Tag wieder hinausgegangen? Sie mußten doch befürchten, daß Ihnen das gleiche passirt. — Angeklagter: Das wäre mir auch gleich gewesen. Recht muß doch schließlich Recht bleiben. — Vorf.: Warum sind Sie nicht weggegangen, als die Soldaten kamen? — Angekl.: Ich sagte mir, die Soldaten haben ja in Frankreich den Leuten nichts gethan, wenn sie sich nicht widersetzen haben, also werden sie mir auch nichts thun! — Der Angeklagte August Wedlich ist von einem Soldaten gestochen worden. Er hat dem Soldaten zugerufen: Ich bin auch Soldat gewesen. Der Soldat aber erwiderte: Das ist mir ganz egal, Du elendiger, ungesalzener Bauernferkel, Ihr rohes Volk sollt es einmal ordentlich spüren.

Angeklagter Georg Kung, Bauer aus Fürstendorf, erzählt des längeren von der Gemeinde und den Prozeß mit der Familie v. Joller, die auf die Joller'sche Familie nicht das beste Licht werfen. Er habe nur sein Rechtsholz geholt. Der Lieutenant habe kommandirt: „Vorwärts, marsch, marsch“ und die Soldaten hätten „Hurrah!“ gerufen. Die Aufforderung habe er nicht gehört. Er habe selbst eine Verwundung erhalten, aber als er sich schon zur Flucht gewandt habe. Die Soldaten sind wie die wilden Thiere gewesen. Ich glaub' nicht, daß bei einer Sklavenjagd in Afrika es so schrecklich zugeht, wie es an diesem Tage war. — Rechtsanwalt Vornstein konstatiert bei mehreren Angeklagten, daß sie ihre Verwundungen alle auf der Flucht hinten in den Rücken bekommen haben. — Angeklagter Johann Beer antwortet auf die Frage des Vorsitzenden, warum er sich betheiligt habe: „Meine lieben Herren, denken Sie sich in meine Lage, mein seliger Vater hat 1849 ungestraft Holz geholt, ich hab 1876 ungestraft Holz geholt. Wir haben uns an die Regierung, an den Bezirksamtman, ja ans Ministerium gewandt, nix hat geholfen. Sollen wir denn jedes Jahr um unser Recht streiten, das ist doch zuviel verlangt, meine lieben Herren.“ — Die Aussagen der weiteren Angeklagten enthalten nichts Wesentliches. Einer sagt: In der ganzen Sache ist weiter niemand schuld, als der, der uns das Holz nicht gegeben hat.

Am Schluß der heutigen Sitzung, der um 7 Uhr abends erfolgte, war etwa die Hälfte der Angeklagten vernommen. Morgen um 8 Uhr früh wird die Vernehmung fortgesetzt. Die ganze morgige Sitzung dürfte damit ausgefüllt werden.

## Pastor Dr. Partisch auf der Anklagebank.

Oldenburg, 24. April 1895.

Wie ein Cagliostro des neunzehnten Jahrhunderts erscheint jener Mann, der heute aus der Untersuchungshaft auf die Anklagebank der Strafkammer des Großherzoglichen Landgerichts geführt wird. Obwohl sich die Presse schon seit geraumer Zeit mit dem Pastor Dr. Partisch, der es so vortrefflich verstanden hat, eine Reihe weltlicher und geistlicher Behörden zu täuschen, beschäftigt, so ist am hiesigen Orte die Spannung des Publikums auf die Einzelheiten dieses heute beginnenden Sensationsprozesses aufs höchste gestiegen. Es haben lange Verhandlungen mit allen möglichen Behörden des In- und Auslandes geschwebt, um die Wahrheit über das Vorleben des Pastors zu erhalten.

Danach ist amtlich festgestellt worden, daß Partisch am 7. Dezember 1860 zu Wien als Sohn eines Hausmeisters geboren und dort am 9. Dezember 1860 nach römisch-katholischem Ritus auf den Namen Johann Evangelist Partisch getauft worden ist. Im Jahre 1874 kam Partisch auf das Knaben-Seminar in Wien, aber bereits im März 1875 wurde er von dort wegen schlechten Studienerfolges wieder entlassen. Gleich darauf hat Partisch, wie derselbe behauptet, der österreichischen Kaiserstadt den Rücken gekehrt und will sich, obwohl erst 15 Jahre alt, in Triest, München, Leipzig und Berlin sein Brot als Haus- bezw. Privatlehrer verdient haben. Gleichzeitig will er an den Universitäten der erwähnten Städte als Hospitant Vorlesungen gehört haben. Ob diese Angaben bewahrheitet, konnte nicht festgestellt werden. Dagegen wurde ermittelt, daß P. im Jahre 1879 Leiter einer Privatschule zu Laasphe in Westfalen war. Auf Grund eines gefälschten Attestes und eines gefälschten Universitätszeugnisses gelang es ihm, von der königlichen Regierung zu Arnberg die Konzeption zur Leitung der erwähnten Schule zu erhalten.

In dieser Stellung nannte er sich Hans Hubertus Partisch und gab an: er sei am 27. Dezember 1856 zu Wien als Sohn des Professors Partisch geboren und evangelisch-lutherischer Konfession. Im Sommer 1879 bewarb sich Partisch um die Rektorstelle der höheren Volksschule zu Doberitz, Kreis Neuhagen. Auf Grund der bereits erwählten gefälschten Zeugnisse sowie der Konfession, die er von der Regierung zu Arnberg erhalten, und eines Zeugnisses des Lokal-Schulinspektors zu Landsberg wurde Partisch auch vom Schulvorstand zu Doberitz zum Rektor gewählt und vom königlichen Konsistorium zu Stade als solcher bestätigt. Dem Konsistorium wurde nämlich von der Arnberger Regierung mitgeteilt, daß Partisch sich dienstlich und außerordentlich gut geführt und während der kurzen Zeit, in welcher er in Landsberg fungiert, tüchtig geleistet habe. Im Herbst 1879 trat Partisch die Stellung als Rektor in Doberitz an. Allein damit schien er noch keineswegs befriedigt zu sein, denn bereits im Juni 1880 wurde er, infolge seiner Vererbung, zum Rektor und Nachmittagsprediger in Bremerbrücke gewählt und vom königlichen Konsistorium zu Stade auch bestätigt. Bei dieser Vererbung hatte er wiederum die bereits erwähnten gefälschten Zeugnisse, ferner ein Zeugnis von der kgl. wissenschaftlichen Prüfungs-Kommission zu Berlin, ein Zeugnis über ein von ihm angeblich abgelegtes theologisches Examen pro ministerio und endlich verschiedene Privatzeugnisse eingereicht. In Doberitz hatte Partisch freundliche Aufnahme in dem Hause des dortigen Pastors Riechmann gefunden. Derselbe schenkte dem Partisch sein volles Vertrauen, lud ihn ein, in seinem Hause Wohnung zu nehmen und gab ihm schließlich seine Nichte zur Gattin. Partisch verstand es während seines Verweilens in dem Pastor Riechmann'schen Hause, sich in den Besitz leerer Briefbogen, die das Amtssiegel des erwähnten Pastors trugen, zu setzen. Mit Hilfe dieser gelang es ihm, die verschiedenen Zeugnisse in täuschender Weise zu fälschen. In dieser Weise fälschte er auch einen Geburtschein, in welchem er den 27. Dezember 1854 als seinen Geburtstag angab. Diesen benutzte er bei seiner Verheiratung mit der Nichte des Pastors Riechmann, namens Marie Sievers.

Während seines Aufenthalts in Bremerbrücke ließ er eine, angeblich von ihm verfaßte Doktordissertation in Stade drucken und legte sich auf Grund derselben den Dokortitel bei. Allein auch damit begnügte sich Partisch noch nicht. Im August 1882 bewarb er sich um die dritte, beim vierte Pfarrstelle an der hiesigen Lambertikirche, unter Einreichung der erwähnten angeblichen Zeugnisabschriften und seiner Doktordissertation. Daraus wurde er vom großherzoglichen Oberkirchenrat Sr. königl. Hoheit dem Großherzog zur Ernennung als Pfarrer in Voranschlag gebracht und diese Ernennung wurde auch gleich darauf vollzogen. Der Kirchenausschuß setzte das dem Partisch zu gewöhnende Gehalt auf 1800 M., nebst 600 M. persönlicher Zulagen und 600 M. Wohnungsschuldung fest. Am 19. November 1882 wurde Partisch von dem Geheimen Oberkirchenrat Hausen ordiniert und in sein Amt eingeführt. Die Anklagebehörde behauptet nun, daß Partisch noch bis heute nicht zur evangelischen Kirche übergetreten sei. Bei seiner ersten richterlichen Vernehmung über diesen Punkt hat er angegeben: er sei, als er 16 Jahre alt war, bei dem Pastor Ahlesfeld in Leipzig zum Protestantismus übergetreten. Die deshalb angestellten Ermittlungen haben jedoch ergeben, daß nach den

dortigen in Betracht kommenden Kirchenakten der Uebertritt nicht erfolgt ist. Als ihm dies vorgehalten wurde, hat Partisch erklärt: ein Aktensatz betreffe seinen Uebertritt sei allerdings nicht aufgenommen worden, er sei in der Weise übergetreten, daß er kurz vor seiner Uebertretung von Leipzig nach Berlin an den ersten Geistlichen der Nikolai-Kirche in Leipzig, Pastor Ahlesfeld, den er schon vorher besucht, geschrieben habe, er trete zur evangelischen Kirche über und wolle noch vor seiner Abreise das heilige Abendmahl nehmen. Letzteres habe er auch empfangen und damit seinen Uebertritt für vollzogen erachtet. Da Pastor Ahlesfeld inzwischen verstorben ist, so läßt sich die Wahrheit dieser Angaben nicht mehr feststellen. Jedenfalls amtirte Partisch zehn Jahre lang an der hiesigen Lambertikirche, bis ihn schließlich vor einiger Zeit das Geschick ereilte. Er gründete nämlich im Jahre 1888 für seine eigene Rechnung ein sogenanntes „Damenheim“ hieselbst, mit der Absicht, daraus mit der Zeit eine Diakonissenanstalt zu machen. Dies „Damenheim“ wurde anfänglich in einem gemieteten Hause an der Gartenstraße untergebracht. Allein bereits im Jahre 1890 kaufte Partisch für diesen Zweck ein eigenes Haus. Der Kaufpreis, welcher 35 000 M. betrug, sollte in der Weise bezahlt werden, daß vom Käufer eine erste Hypothek von 6000 M. übernommen wurde, 15 000 M. als ferner Hypothek stehen bleiben und 6000 M. am 1. Mai, weitere 6000 M. am 1. November 1890 ausbezahlt werden sollten. Am 2. Oktober 1890 schrieb Partisch einen Brief an den Kaufmann P. W. Janßen in Amsterdam, in welchem er um eine Unterstüßung für die „Odenburgische Diakonissenanstalt“ bat. Der Sohn des Adressaten, Dr. G. W. Janßen, ersuchte daraufhin den Partisch im Namen seines Vaters um die Angabe: aus welchen Mitteln die Anstalt bisher unterhalten worden und welche Summe zu einer gezielten Fortführung des Werkes erforderlich sei. Partisch antwortete: Er habe ein großes Anlagekapital aus eigenen Mitteln hergegeben, auf dessen Rückzahlung und Verzinsung er verzichte, so lange die Anstalt dazu nicht im Stande sei. Er bitte um die Schenkung eines Kapitals zur Bezahlung des Hauskaufpreises. Daraus antwortete Dr. Janßen: sein Vater werde höchstens 20 000 M. als Geschenk an die Odenburgische Diakonissenanstalt senden. Gleich darauf schrieb P. W. Janßen selbst: er — ein alter Odenburger — sende 20 000 Mark an die Odenburgische Diakonissenanstalt als einen Gruß an seine Heimat. Nachdem die 20 000 M. aus Amsterdam eingetroffen waren, deponierte Partisch dieselben unter der Bezeichnung: „Pastor Partisch für die Diakonissenanstalt“ bei der hiesigen Spar- und Leihbank. Schon am 1. November 1890 hob er aber 7200 M. davon wieder ab, sobald im August 1891 noch 3000 M. und bis 5. Januar 1892 in kleineren Beträgen weitere 2800 M. Am 30. November 1892 hat sich nun Partisch auch noch die letzten 7000 M. dadurch angeeignet, daß er den Depotschein über diese Summe dem Diakonissenhaus als eigenes Geld für ein von ihm erhaltenes Darlehen in Zahlung gab. Am 16. Dezember 1891 schrieb Partisch an Janßen nach Amsterdam wiederum einen Brief, dem er außer seiner Namensunterschrift noch fälschlich die des Geh. Ober-Regierungsraths Bornemann und des Pastors Roth, beide Vorstandsmitglieder des Diakonissenhauses, hinzusetzte. Dieser Brief lautete: „Namens der Odenburgischen Diakonissenanstalt beehren sich die ergebenst Unter-

zeichneten verbindlichen Dank auszubringen, daß Sie, hochgeachteter Herr, der Anstalt zum Jahresfest Ihr Bild geschenkt haben. Dasselbe hat im Schwesterhause einen würdigen Platz gefunden und ist, bedankt, am Festabend den vielen Theilnehmern von den Schwestern unseres Hauses gezeigt worden. Wir geben demselben die Unterchrift: „P. W. Janßen, Mitbegründer und Wohltäter unseres Mutterhauses, 1891, November 24.“ Das Bild wird von den Schwestern der Anstalt wie von uns in hohen Ehren gehalten werden. Vom großherzoglichen Staatsministerium ist uns unterm 20. d. M. aufgegeben worden, zur Erlangung der juristischen Persönlichkeit, außer dem bereits gesammelten und vorhandenen Garantiefonds von 45 000 M., noch eine Schwesterklasse zur Unterhaltung und Unterstützung invalider Schwestern im Mindestbetrage von 8000 M. nachzuweisen. In dankbarer Wertschätzung und Hochachtung: Vorstand der Odenburgischen Diakonissen-Anstalt: Dr. Partisch p. Bornemann. G. Roth.“

Der gesamte Inhalt dieses Briefes war erlogen. Dem Partisch war es lediglich darum zu thun, Geld zu erlangen. Am 1. Februar 1892 schickte auch Janßen als Beitrag zur Schwesterklasse der Odenburgischen Diakonissenanstalt 2000 Mark. Die Anklagebehörde behauptet nun, daß Partisch sowohl diese 2000 Mark, als auch die vorerwähnten 20 000 Mark für sich verwendet habe. — Es verdient noch erwähnt zu werden, daß Partisch sich im Jahre 1888 um die Stelle eines Hauptpastors bei der deutschen St. Gertrudskirche in Stockholm beworben und in diesem Bewerbungsschreiben u. a. behauptet hat: er sei 1888 zum Mitgliede der theologischen Prüfungskommission hieselbst ernannt worden. — Im September 1889 ließ Partisch Todesanzeigen drucken, in denen ein angeblicher Bruder von ihm, ein Universitätsprofessor Dr. Alexander Theodor Partisch den Tod des Vaters, des Dr. Anton Richard Partisch, Professor a. D. an der Universität und orientalischen Akademie, Mitgl. des eisenen Kronenordens erster Klasse, anzeigte. Als Partisch angeblich von der Beerdigung seines Vaters zurückkehrte, erzählte er dem Pastor Roth, er habe 40 000 M. mitgebracht. Alle diese Angaben waren jedoch erlogen. Plötzlich im Sommer 1894 kam ein Verwandter des Janßen nach Odenburg, um sich die von Janßen unterstüßte Diakonissenanstalt und auch das belästigte Portrait, das angeblich im Schwesterhause hing, in Augenschein zu nehmen. Der Verwandte des Amsterdamer Wohltäters erfuhr nun, daß alles, was ihm Partisch geschrieben, Schwindel war. Der Amsterdamer Herr machte Anzeige. Als Partisch davon erfuhr, entfloh er nach Italien. In den Straßen Venedigs wurde der Abenteurer jedoch nach einiger Zeit, von allen Mitteln entblößt, aufgegriffen. Sein Gesundheitszustand machte zunächst seine Aufnahme in dem deutschen Hospital zu Venedig notwendig. Von diesem aus schrieb er einen Brief an den Geh. Oberkirchenrat Rasmussen, in dem er ein reines Bekenntnis seiner Schuld ablegte. Geheimrath Rasmussen verließ alsdann diesen Brief von der Kanzel der Lambertikirche. Nach Partisch's Genesung wurde er nach hier transportiert. Heute hat sich nun Partisch, dessen Strafbaten wegen Urkundenfälschung bereits verjährt sind, wegen Unterschlagung, Betruges und unbefugter Führung des Dokortitels vor eingangs bezeichnetem Gerichtshofe zu verantworten. — Verteidiger des Angeklagten ist Rechtsanwalt Schwarz, Odenburg.

## Theater.

Donnerstag, den 25. April.  
**Opernhaus.** Bar und Zimmermann.  
**Schauspielhaus.** Die Welt in der man sich langweilt.

**Deutsches Theater.** Die Weber.  
**Festung-Theater.** Zwei Wappen.  
**Berliner Theater.** Der Königs-Lieutenant. Eine Partie Piquet.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Der Obersteiger.

**Neues Theater.** Ferreol.  
**Schiller-Theater.** Die Karolinger.  
**Reichens-Theater.** Fernand's Ehekontrakt.

**Adolph Ernst-Theater.** Madame Guyette.  
**Central-Theater.** Unsere Rentiers.  
**Alexander-Platz-Theater.** Durchgegangene Weiber. Alle 5 Parfisons.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Donnerstag, 25. April, abds. 8 Uhr:  
Die Parolinger.

Freitag, 26. April, abds. 8 Uhr:  
Die jüdischen Verwandten und Ein Straßrapport.

**Central-Theater**  
Alte Jakobstraße Nr. 30.  
Emil Thomas u. G.  
Feste Woche.

**Unsere Rentiers.**  
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.

Musik von Julius Einödshofer.  
Anfang 7/8 Uhr.  
Morgen: Unsere Rentiers.

Freitag, den 26. April: Benefiz für Kapellmeister Julius Einödshofer.

**Kaufmann's Variété.**  
Schluss der Winter-Saison am 30. April.  
Noch ist es Zeit.

**Naucke!!!**  
zu sehen.  
Der populärste Mann Berlins.  
Lachsalven! Bombenerfolg!

**Die Kneipgenies.**  
Ferner das mir aus komischen Nummern bestehende Programm.

**Voranzeige.**  
Mittwoch, 1. Mai  
Eröffnung der Sommer-Saison im Sommergarten.

Neumann Blumchen's Leipziger Vaudeville-Gesellschaft.  
Wilm. Wolff, Horváth, Gipsner, Lemke, Poldow, Ledermann.

**Feen-Palast**  
Gurgstr. 22, neben der Börse.  
Nur noch bis zum 30. d. Mts.  
4 Geschwister Nartepi.  
Lebende Marmor-Tableaux.

Mr. Petram's. International und Original „Theatre Pantoche Chanteant.“  
Brothers William.  
Troupe Lator.

Helma de la Croix.  
Eduardo Sturla und Clown Bobbi.  
The tres Quatoris.  
Mr. Pertois.

Riondo und Runge.  
Carl Jörgensen.  
Klufti und Muffi.  
Anfangs 7/8 Uhr.  
Sonntag 6 1/2 Uhr.

## National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft  
William Calder

**Die lebende Brücke.**  
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, überf. von D. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedocke. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Lakowatzky.

Regie: Max Samst.  
Rassensöffnung 6 1/2 Uhr. — Anf. 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Im National-Theater-Garten auf der Sommerbühne Sonntag, 28. April: Lehmann auf der Weltansicht in Chicago.

**Adolph Ernst-Theater**  
**Madame Guyette.**  
Sauberville-Posse in 3 Akten von Ordouneau.

Musik von Edmond Audran. (Novität.)  
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Die Kasse ist von vormittags 10 Uhr ab ununterbrochen geöffnet.

**Unter den Linden 21.**  
Nur noch kurze Zeit.  
Heute zum 225. Male.

**Ben-Ali-Bey.**  
Täglich abends 8 Uhr.  
Oriental.  
Magie.

Preise: 8, 2 und 1 M. Sitzplatz.  
An jedem Sonn- u. Feiertage nachmittags 4 Uhr:  
Familien-Vorstellung zu halben Preisen.

**Feen-Palast**  
Gurgstr. 22, neben der Börse.  
Nur noch bis zum 30. d. Mts.  
4 Geschwister Nartepi.  
Lebende Marmor-Tableaux.

Mr. Petram's. International und Original „Theatre Pantoche Chanteant.“  
Brothers William.  
Troupe Lator.

Helma de la Croix.  
Eduardo Sturla und Clown Bobbi.  
The tres Quatoris.  
Mr. Pertois.

Riondo und Runge.  
Carl Jörgensen.  
Klufti und Muffi.  
Anfangs 7/8 Uhr.  
Sonntag 6 1/2 Uhr.

**Urania**  
Anstalt für volkstümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

**Castan's Panoptikum.**  
Ein Flug durch die Luft!  
Chamly's mysteriöse Katakomben.  
Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

**Passage-Panopticum.**  
Neu!  
Eine Fahrt auf dem Golf von Neapel.

Der Tischler Ad. Köhne, Meierstraße 15, feiert am 27. April er. seinen 50-jährigen Gesellen-Jubiläum und sein 70. Geburtstag. Seine Kollegen veranstalten an diesem Tage ein

**Konzert und Ball**  
im „Elysium“, Landsberger Allee, und ist ein guter Besuch im Interesse des Jubilärs erwünscht. Programme sind im „Elysium“ zu haben. 785b

Der Herr Restaurateur, welcher am Donnerstag früh einen model. Paletot gegen 3 M. Pfand annehmen, wird höchst gebeten, seine Adresse Beuthstr. 15 beim Deitl. Jähne abzugeben. 779b

Moabit, Emdenerstr. 43, Cigarren-Geschäft von Paul Drucker, Cigarrenmacher. 780b

**Ein Wohnhaus**  
(neu) mit Nebengebäuden und großem Garten, in lebhafter Industriestadt der Niederlausitz, mit 4000 Einw., bester Bahnverbindung, beste Lage für Einrichtung einer Bleicherei, steht billig unter günstigen Bedingungen zum Verkauf. Offerten unter U. G. 794 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin SW. 19, erbeten. 47/34

**Sargmagazin**  
und Beerdigungs-Comptoir von J. Kosin, Georgenkirchstr. 66. Auf schriftl. Aufford. sofort Erscheinen

**Zahn-Klinik.**  
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

## Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

**Castan's Panoptikum.**  
Ein Flug durch die Luft!  
Chamly's mysteriöse Katakomben.  
Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

**Passage-Panopticum.**  
Neu!  
Eine Fahrt auf dem Golf von Neapel.

Der Tischler Ad. Köhne, Meierstraße 15, feiert am 27. April er. seinen 50-jährigen Gesellen-Jubiläum und sein 70. Geburtstag. Seine Kollegen veranstalten an diesem Tage ein

**Konzert und Ball**  
im „Elysium“, Landsberger Allee, und ist ein guter Besuch im Interesse des Jubilärs erwünscht. Programme sind im „Elysium“ zu haben. 785b

Der Herr Restaurateur, welcher am Donnerstag früh einen model. Paletot gegen 3 M. Pfand annehmen, wird höchst gebeten, seine Adresse Beuthstr. 15 beim Deitl. Jähne abzugeben. 779b

Moabit, Emdenerstr. 43, Cigarren-Geschäft von Paul Drucker, Cigarrenmacher. 780b

**Ein Wohnhaus**  
(neu) mit Nebengebäuden und großem Garten, in lebhafter Industriestadt der Niederlausitz, mit 4000 Einw., bester Bahnverbindung, beste Lage für Einrichtung einer Bleicherei, steht billig unter günstigen Bedingungen zum Verkauf. Offerten unter U. G. 794 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin SW. 19, erbeten. 47/34

**Sargmagazin**  
und Beerdigungs-Comptoir von J. Kosin, Georgenkirchstr. 66. Auf schriftl. Aufford. sofort Erscheinen

**Zahn-Klinik.**  
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

**Achtung!**  
Soziald. Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied Jakob Schmoll, Steinmez, am Freitag 4 Uhr vom Moabit Krankenhaus, Birkenstraße, beerdigt wird. Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Der Vorstand.

**Nachruf!**  
Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Deutschen Wagenbauer  
Eingeschrieb. Kassenkasse, Sitz Gotha. Ortsverwaltungsbezirk II Berlin.  
Am Sonnabend, den 20. April, verstarb nach langen Leiden unser langjähriges Mitglied August Kolm. Wir verlieren in ihm ein eifriges Kassenmitglied und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Im Namen der Mitglieder ge. J. Rude, Bevollmächtigter. 784b

**Dankfagung.**  
Allen Freunden und Bekannten, sowie dem Gefangenen „Gemüthlichkeit“ für die liebevolle Theilnahme und die zahlreichen Blumenpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau Anna Köhn, geb. Schweiger, sage ich meinen herzlichsten Dank. 782b  
Wilhelm Köhn.

**Dankfagung.**  
Für die Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Forstners C. Riehe, sage ich hiermit allen Kollegen der Schwarzkopfschen Fabrik, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. 781b  
Wittwe Riehe, geb. Gerdle, Kolbergerstr. 25.

**Achtung!**  
Bühnen- und Theatral. wöchentl. 1. Markt. Gudel, Lausitzer Platz 2, Wasserstr. 12.

**Möbel.** gebraucht, kauft Möbel. Handlung Rosenthaler-Strasse 18.

**Homöopath.** Arzt Dr. Bösch, Einten-Strasse 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr. 1875L

**Milchgeschäfts.** Altkühen und Molkeerzeugnisse. Jordan, Kleine Markstr. 28.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein Weis. Gairisch Bier und gr. Speisegeschäft. Reichhalt. Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abends à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-30 Personen. H. Stramm, Restaurant, Ritterstr. 125.

Die Gen. von SO. bitte bei vort. Schuhmacher-Arbeiten mein Geschäft zu berücksichtigen.  
H. Müller, Schleichstr. 3.

**Jul. Wernau's Restaurant**  
C. Rosenthalerstr. 57.  
Vereinszimmer von 50 bis 80 Personen noch einige Tage in der Woche frei. 22022

Möbliertes Zimmer, 15 M. Herr oder Dame, zum 1. Mai, auch Schlafstelle, Dresdenerstr. 5, Altk. 777b

Febl. möbl. Schlafst. an 2 Herren zu verm. bei Fr. Alwe, Niemelerstr. 35 II.

Anständiger junger Mann findet als Theilnehmer möbl. Zimmer od. Schlafstelle Kaiserstr. 3, Kurfürst 2 Tr., bei Wertens. Gartenausicht. 771b

Schöne Stube und Küche sofort vermietbar. Eisenbahnstr. 38a. 761b

2 Stuben, Küche, Hof part. 300 M., 1 Werkst. im Keller 150 M. Kurfürststr. 43 sofort zu vermieten.

**Arbeitsmarkt.**  
Eine alte deutsche Feuer-Versicherungsgesellschaft sucht für Berlin und Vororte thätige Haupt u. Spezial-Agenten unter sehr günst. Bedingungen. Off. unter P. 2. nimmt die Exped. d. Bl. entgegen. 440b

Plätterinnen auf Steh- und Umlege-Arten, Manschetten, Servietten u. Oberhemden find. dauernde Beschäft. Felix Karpe, Blumenstr. 70.

**Ein Cigarrensortierer**  
auf sofort gesucht. Zeugnisse zu senden an die Cigarrenfabrik von J. P. Thoholte in Beselz u. Westf.

**Näherinnen**  
auf Kragen und Manschetten finden in und außer dem Hause dauernde und lohnende Beschäftigung bei Magnus Alsleben, Wäsche fabrik, Mendelssohnstr. 2.  
Ein geübter Schriftthauer wird verlangt bei Bader, Dierichstr. 10. 779b

**5 Schriftthauer**  
finden sofort Lohn. Beschäftigung. Stahl & Herzog, Steinmetzmeister, Rixdorf, Hermannstr. 54.

**Sambusarbeiter.**  
Tüchtige Sambusarbeiter sucht sofort 786b C. Rasmussen, Bräudenstr. 10a.

**Schriftthauer**  
gesucht bei Otto Freund, Weihensee, Lothringenstr. 6.

**Gesucht**  
ein tüchtiger 781M

**Vorarbeiter**  
oder Meister, welcher mit dem Raffinieren von Parzellen vertraut ist, zum sofortigen Antritt bei hohem Lohn. Dauernde Stellung. Offerten sub H. V. 9674 beförd. Rudolf Mosse, Berlin SW.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
Donnerstag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr,  
im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Abrechnung vom  
1. Quartal 1895. 3. Vortrag des Genossen Vogtherr über „Die Religion  
und das Problem der Armut“.  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
**General-Versammlung**  
am Donnerstag, 25. d. M., abends präz. 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße 33.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Rassenbericht. 3. Neuwahl des Vor-  
standes und der Revisoren. 4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

**Tischler-Verein.**  
Sonntag, 27. April, abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15:  
**Ausserordentliche General-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Beschlusfassung über die Ausführung der diesjährigen  
Dampferpartie. 2. Vereinsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert. — Da der erste Kassier Herr Pauls sein Amt  
niedergelegt hat, übernimmt der zweite Kassier Herr Lehmann, Köpenickerstr. 78,  
vom 23. April ab die Kassengeschäfte.  
Der Vorstand.

**Achtung! Mitglieder Achtung!**  
der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weiss-  
binder) und Stuckateure Deutschlands  
**„Grundstein zur Einigkeit“.**  
Die Zahlstellen, wo Beiträge entgegengenommen werden, befinden sich  
nach dem 1. Mai in folgenden Lokalen:  
**Osten,** Mühlendörferstr. 8 b. Böhl, Sonntagabend u. Montag abends von 8—10 Uhr.  
**Südost,** Rauningerstr. 65 b. Gröppler, Sonntagabend u. Montag abends von 8—10.  
**Südwest,** Mittenwalderstr. 43 bei Briele, Sonntagabend abends von 8—10.  
**Westen,** Bülowstr. 59 bei Werner, Sonntagabend u. Montag abends von 8—10.  
**Moabit,** Thurmstr. 84 bei Goldbader, Montag abends von 8—10.  
**Wedding,** Weddingstr. 9 bei Mallovi, Sonntagabend abends von 8—10.  
**Norden,** Bollinerstr. 8 bei Biele, Sonntagabend abends von 8—10.  
„Treßkrow“ und Diederhofenerstr. Ecke bei Schmidt, Montag abends  
von 8—10 Uhr.  
Das Bureau befindet sich Jüdenstr. 31, geöffnet von morgens 9 Uhr  
bis nachmittags 5 Uhr.  
Am 1. Mai ist das Rassenlokal geschlossen.  
200/14 Die örtliche Verwaltung. J. A.: W. Garbe.

**Große öffentliche**  
**Schmiede-Versammlung**  
am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33.

**Normalk**  
Beliebter Berliner Bitter.  
A. Hiller, Berlin W.  
Vorwärts ist der beste Bitter  
Stärke „Vorwärts“  
Ties den „Vorwärts“  
vor allem aber  
Trink den Vorwärts.  
„Vorwärts“ schmeckt sehr ausgezeichnet.  
A. Hiller, Berlin W.

**Halb und Halb.**  
**Mampe mit**  
**Pomeranzen**  
Feinste Likörmischung  
Champagnerflasche Mark 1,25  
**Carl Mampe**  
Berlin, Veteranenstr. 24.  
Überall zu haben!

**Schweizer-Garten**  
Am Königsforst — Am Friedrichshain.  
Jeden Sonntag  
**Gr. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Volksbelustigungen  
aller Art.  
Anfang 4 Uhr.  
Im neuen Saale  
**BALL.**  
Entree 30 Pfennig.

**Billard-Bälle** kauft resp. mietet man am billigsten bei  
Ferd. Diedrich, Drossenerstr. 109.  
(Laden)

**Orts-Frankenkasse**  
der **Gärtler.**  
In der am Montag, 29. April,  
abends 7 1/2 Uhr, Oranienstr. 51  
stattfindenden  
**ordentl. General-Versammlung**  
werden die Herren Delegierten ergebnis-  
eingeladen.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Revisoren und Abnahme  
der Jahresrechnung.  
2. Besprechung über die Mahngelbühren  
der Kreditgeber.  
3. Verschiedene Rassen-Angelegenheiten.  
Nach Schluß dieser Versammlung  
findet daselbst eine Generalversammlung  
der Mitglieder der Invaliden-  
kasse der Gärtler statt.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Revisoren und Abnahme  
der Jahresrechnung.  
2. Rassenbericht.  
Der Vorstand.  
J. A.: G. Kueff, Vorsitzender.

**Vertretung in Rummelsburg.**  
Für die nächste Zeit wird mich Herr  
**Dr. M. Neumann, Mozartstr. 5,**  
vertreten, und zwar von 8—9 und  
4—5 Uhr in seiner eigenen Wohnung,  
nachmittags von 5—6 Uhr in meiner  
Wohnung, Prinz-Albertstr. 4.  
**Dr. Ebner, 23038\***  
Rassenarzt der Meyer'schen Kasse etc.

**Möbel-**  
**Kaufgelegenheit**  
bietet sich Bräutlingen etc. im Möbel-  
speicher, 17219\*  
**Rosenthaler-Strasse 13, 1.**  
Daselbst stehen täglich zum Verkauf:  
neue gebrauchte Möbel zu außerordentlich  
billigen Preisen, gebrauchte und  
verliehen gewesene Möbel zu wahr-  
haften Spottpreisen. Teilzahlung ge-  
stattet. Kleiderschränke 15, Küchen-  
spinde, Kommoden 12, Sophas 15,  
Bettstellen mit Matratzen 18 Mark,  
Nussbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30,  
Stühle 3, Muschelspinden 40, Tru-  
meaux 65, Paneele 75, Plüsch-  
garnituren 60 Mark. Herren-Schreib-  
tische, Schreibsekretäre, Buffets, Kon-  
tinentische Spiegel, alles staunend billig.  
Gekaufte Möbel können auf meinem  
Lagerplatz bis April kostenfrei  
lagern und werden durch eigene Ge-  
spanne transportiert und aufgestellt.

Ein grosser Posten  
**Steppdecken**  
echt Wollatlas (reine Wolle)  
Grösse 150 x 200, Stck. 7,50 M.  
ca. 1000 Stück schwere buntfarbige  
**Normal-Schlafdecken**  
mit kleinen Maschinensfekten,  
in reizenden Jacquard-Mustern,  
Grösse 150 x 200 cm.  
per Stück 4,50 M. (sonstiger  
Preis 9 M.)  
Meine illustrierte Preisliste über  
hochfeine Stepp- und Schlafdecken  
gratis und franco.  
Steppdecken-  
Fabrik **Emil Lefèvre,**  
Berlin S., Oranienstr. 158.

**Kinderwagen** größt. Lager,  
billig. Preise,  
auch Teilzahlung, bei  
**Holze, Oranienstr. 3.**

**Möbel-**  
**Gelegenheitsverkauf**  
zu außerordentlich billigen Preisen.  
Für Bräutlinge ganze Einrichtungen  
von 200—1000 M. Teilzahlung ge-  
stattet. Elegante Nussbaum- u. Mahagoni-  
Kleiderschränke und Vertikows 30 M.,  
einfache 15 M., Sophas, Bettstellen  
mit Matratzen 20 M., Waschtiseltische,  
Küchenspinden, Kommoden 12 M.,  
Stühle 3 M., Sophas 15 M., Plüsch-  
garnituren 60 u. 100 M., Muschelspinden  
40 M., Paneele 75 M., Buffets,  
Schreibsekretäre, Herren-Schreibische,  
Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau,  
Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu  
halben Preisen und sollte es niemand  
veräumen, der gut und reell kaufen  
will, mein großes Lager zu besichtigen.  
Gekaufte Möbel werden bis 1. Juli  
kostenfrei aufbewahrt, transportiert  
und aufgestellt.  
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

**L. Figner-Verleih-Institut**  
**Handtuch-Verleih-Institut**  
N. O. Neue Königstr. 17  
Fernsprecher Amt 7 N: 2087.  
Handtuchverleih 10 Pf per Woche

Für die hiesigen Leser liegt  
der heutigen Nummer unseres  
Blattes die gewrige Gewinnliste  
der preuß. Lotterie bei.

**Achtung!**  
Parteigenossen und Genossen von Friedrichsberg.  
Mittwoch, den 1. Mai, abends 8 Uhr,  
in **Schneider's Gesellschaftshaus, Prosauerstraße 38:**  
**Große Maifeier.**  
Tages-Ordnung:  
Fest-Vortrag des Reichstagsabgeordn. **Arthur Stadthagen.**  
Nachdem: **Kommers**  
unter gütiger Mitwirkung des Musikvereins Harle (Stralau) und der  
Arbeiter-Gesangsvereine von Friedrichsberg unter Leitung des Herrn  
Dirigenten **Matthäus.**  
Anführung von lebenden Bildern.  
Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.  
Um die Feier des Tages würdig zu gestalten, ersucht um zahlreichen  
Besuch **Der Vertrauensmann.**

**Wegen Aufgabe**  
meines Geschäfts 1. Etage stelle  
hiermit zum  
**gänzl. Ausverkauf**  
zu außerordentlich billigen Preisen  
**Teppiche,**  
reelle Qualitäten, bessere Genres,  
in allen Größen, 2 bis 5 Meter,  
darunter zurückgegebene Muster,  
werden extra noch billiger ab-  
gegeben.  
**Gardinen**  
und Stores in Engl. Tüll- und  
Spachtel, in hübschen künstlerischen  
Zeichnungen, in nur guten, reellen  
Qualitäten.  
Portiären sowohl einfacher  
wie eleganter Genres.  
Reste von Möbelstoffen  
bunten Fantasie- und einfarbigen  
Stoffen, in Plüsch etc., zu Sopha-  
Bettstellen ausreißend.  
Steppdecken in Seide und  
Wolle, Tisch- und Chaiselongue-  
Decken, Schlaf- und Reisebetten,  
Küchenstoffe, Teppich-Matten etc. etc.  
**Hermann Borchardt,**  
Kommandantenstraße 70,  
Ecke Neue Grünstraße.

**Möbel,** nussl. Garnitur, Trüm.,  
Vertikow, Kleiderschrank,  
Paneele, Schreibt., Divan, Bettst. etc.  
spottb. im Möbelsp. Putzamerstr. 22, 1.

**Luchstoff-Reste**  
zu Knabenanzügen, Gelegenheitsverkauf,  
spottbillig. Herrenhosen-Reste 5 M.  
28/17 Münzstr. 4, Engel.

**Kinder-Wagen, Reijeförbe**  
Fabrikpreise, auch Teilzahlung.  
E. A. Herrmann,  
Gnisenaustrasse No. 112.

**Teppich-Reste,**  
Teppiche aller Größen zu Fabrikpreisen.  
Weinbergsweg 11 b. part. Alb. Lous.

**Künstl. Zähne** 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Rep.  
sol. Theilz. Zahnarzt **Wolf, Leipzigerstr. 22.** Spr. 8-7 Uhr.

**Maitrank**  
frisch, ausgezeichnet & Flasche 60 Pf. inkl. 10 Pf. Mt. 5,50.  
Johannisbeerwein, herb. Fl. 60 Pf. Desferwein, süß. Fl. 75 Pf.  
Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche M. 1.—  
**Echt Stonsdorfer Likör,**  
A. Str. 1,20, 3 Str. 3,50, 10 Str. 10.—, 50 Str. 47 1/2, 100 Str. 90.—  
Echten alten Nordhäuser Likör. M. 1,10, 5 Liter & M. 0,90.  
Berliner Getreide-Rümmel. M. 1,10, 5 Liter & M. 0,90.  
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzüglich, M. 1,30.  
Medizin. Angarwein, beste Qualität, & Literflasche M. 2,10.  
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.  
**Eugen Neumann & Co.,** 6a, Belle-Allianceplatz 6a,  
Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

**Restaurant „Sanssouci“ in Schmargendorf,**  
Ruhlaerstr. 20/21 (neben dem Schützenhaus), direkt am Wald, mit  
großem schattigen Naturgarten und angrenzender Wiese als Spielplatz.  
Vorzügliche Speisen und Getränke zu günstigen Preisen; große Kaffee-  
küche, 2 gute Regelmäßigen, Volksbelustigungen aller Art.  
400 Personen fassender Parquet-Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten.  
Jeden Mittwoch unter Leitung des Tanzl. Herrn Goldschmidt  
und Sonntag: **Großer Ball,** (Mitgl. d. Tanzlehrervereins „Solidarität“).  
Aufmerksame Bedienung ausserordentlich billig um regen Besuch  
2216\* **Alfred Malitz** (früher Berlin, Annenstr. 37).

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.  
Von der Geschichte des Sozialismus erschien  
der erste Teil in vier Bänden.  
**Die Vorläufer des neueren Sozialismus**  
Büchlein des ersten Teils.  
Von **Plato bis zu den Wiedertäufern.**  
von **Carl Landwehr.**  
Preis: Einzelheft M. 3.—, 24 Hefen M. 72.—

**Achtung!**  
Für Wiederverkäufer,  
Reine n. f. w.  
**Lassalle-Büste**  
(auch in Medaillonform)  
als Abzeichen od. Schilpanadel  
Gross 6,50, Outzond 60 Pf.  
Muster franco g. Einf. v. 30 Pf.  
Versandt gegen Nachnahme. Be-  
stellungen erb. sofort 21628\*  
Abzeichen-Fabrik  
**H. Guttmann, Berlin N.,**  
9: Brannenstraße 9.

**Gelegenheitsverkauf**  
für Bräutlinge: Im Möbelspeicher  
Neue Königstr. 59, vorn I., sollen über  
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze  
Zeit vertriehen gewesene u. neue Möbel  
spottbillig verkauft werden. Ganze  
Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M.  
Teilzahlung gestattet. Beamten ohne  
Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchen-  
spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,  
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen  
18, Nussbaum-Kleiderspinden 30, Stühle  
3 Mark, hochfeine Muschelspinden  
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-  
schreibtische, Damenschreibtische 30,  
Zylinderbureau, Schreibsekretäre 15  
Mark, Garderobenspinden, Paneele-  
Sophas 75, Buffets, Trumeaux 65 M.,  
Betten, Kontinentische, alles spott-  
billig. Auch einzelne Gegenstände  
werden zu Engrospreisen verkauft.  
Empfehle allen Herrschaften, mein  
größtes Möbellager Berlins zu be-  
sichtigen u. sich von den staunend billigen  
Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel  
können bis April kostenfrei stehen  
bleiben und werden durch eigene Ge-  
spanne transportiert und aufgestellt.

**Knaben-Garderoben**  
für das Alter v. 2—16 Jahr, empfiehlt  
in größter Auswahl zu billigen Preisen.  
Listen gratis.  
**K. Hustadt, O. Köpen. 85 pt.**  
2 Min. v. Schlesischen Bahnhof.

**Nussbaum-Möbel**  
verf. schleunigst Kleiderschrank, Wäsche-  
schrank, Spiegel 19, Ausziehtisch,  
Sopha 15, 9, Oelgemälde, prachtvolle  
Köpfe 4,50, Bettgeheile 12, Plüschgarn.,  
Schlagregul., Teppiche, Gardinen spott-  
billig. Landwehrstr. 5/6, 1. (Nähe  
Alexanderplatz).

# Gruppen-Versammlungen

der Gewerkschaften Berlins am Vormittag des 1. Mai.

Sämtliche Versammlungen finden mit Hilfsarbeitern und Frauen statt.

Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen:

„Die Bedeutung des 1. Mai“

## Nahrungs- und Genussmittel-Gewerbe.

Gruppen-Versammlung: Nies's Salon, Weberstr. 17, vormittags 10 Uhr.

Referent: Julius Türk.

| Zusammenkunft der einzelnen Gewerbe: |                                     |                   |
|--------------------------------------|-------------------------------------|-------------------|
| Tabakarbeiter und Arbeiterinnen      | bei Nies, Weberstr. 17,             | vormittags 9 Uhr. |
| Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter    | bei Wilke, Andreasstr. 26,          | vormittags 9 Uhr. |
| Rondatoren                           | bei Sommer, Grünstr. 21,            | vormittags 9 Uhr. |
| Schlächter                           | bei Sommer, Grünstr. 21,            | vormittags 9 Uhr. |
| Bäcker                               | bei Bolzmann, Richtenbergerstr. 16, | vormittags 9 Uhr. |
| Gärtner                              | bei Bolze, Landsbergerstr. 41,      | vormittags 9 Uhr. |
| Müller und Mülerei-Arbeiter          | bei Preuss, Neue Friedrichstr. 20,  | vormittags 9 Uhr. |
| Barbiere und Friseure                | bei Preuss, Neue Friedrichstr. 20,  | vormittags 9 Uhr. |
| Musiker                              | bei Wernau, Rosenthalerstr. 57,     | vormittags 9 Uhr. |

## Handels- und Verkehrs-Gewerbe.

Gruppen-Versammlung: Louisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstraße Nr. 37, vormittags 11 Uhr.

Referent: Paul Jahn.

Die Kaufleute, Haus- und Geschäftsdienere, Getreidehändler, Speicherei-Arbeiter, Koff- und Kaffeehändler, Kutscher, Möbeltransport-Arbeiter, Händler und Händlerinnen, Droßkalkutscher kommen vor der Gruppenversammlung nicht zusammen, sondern begeben sich direkt nach dem Louisenstädtischen Konzerthaus.

## Holzindustrie.

Gruppen-Versammlung: Brauerei Friedrichshain, Friedrichshain, vormittags 10 Uhr.

Referent: Theodor Glocke.

| Zusammenkunft der einzelnen Gewerbe: |                                    |                   |
|--------------------------------------|------------------------------------|-------------------|
| Stellmacher                          | bei Bräun, Lehnringstr. 41,        | vormittags 9 Uhr. |
| Böttcher                             | bei Wilke, Andreasstr. 26,         | vormittags 9 Uhr. |
| Korbmacher                           | bei Stramm, Ritterstr. 123,        | vormittags 9 Uhr. |
| Stocker                              | bei Wernau, Rosenthalerstr. 57,    | vormittags 9 Uhr. |
| Parquetbodenleger                    | bei Schöning, Stallreiberstr. 29,  | vormittags 9 Uhr. |
| Einscher                             | bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44, | vormittags 9 Uhr. |
| Bauanschläger                        | bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44, | vormittags 9 Uhr. |
| Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter   | bei Heise, Richtenbergerstr. 21,   | vormittags 9 Uhr. |
| Ristenmacher                         | bei Nebelin, Langestr. 108,        | vormittags 9 Uhr. |
| Holz- und Bretterträger              | bei Nebelin, Langestr. 108,        | vormittags 9 Uhr. |

Jalousie-Arbeiter, Bürsten- und Pinselmacher, Tischler, Drechsler kommen in ihren Verkehrslokalen um 9 Uhr zusammen und gehen von dort aus zur Versammlung am Friedrichshain.

## Schuhwaarenindustrie.

Gruppen-Versammlung: Fiebig's Salon, Gr. Frankfurterstr. 28, vorm. 10 Uhr.

Referent: Otto Antrick.

Die Hilfsarbeiter, Zwicker, Schaft- und Schopfarbeiter kommen vor der Versammlung nicht zusammen, sondern gehen direkt nach Fiebig's Salon.

## Metallindustrie.

Gruppen-Versammlung: „Fest-Palast“, Burg- u. Wolfgangsstraßen-Ecke, vormittags 10 Uhr.

Referent: August Bebel.

| Zusammenkunft der einzelnen Gewerbe: |                                            |                   |
|--------------------------------------|--------------------------------------------|-------------------|
| Chirurgische Branche                 | bei Buske (fr. Seefeld), Grenadierstr. 83, | vormittags 8 Uhr. |
| Schmiede                             | bei Tempel, Langestraße 63,                | vormittags 8 Uhr. |
| Klempner                             | bei Stramm, Ritterstraße 123,              | vormittags 8 Uhr. |
| Kupferschmiede                       | bei Rehlitz, Bergstraße 12,                | vormittags 8 Uhr. |
| Zinkgießer und Stürzer               | bei Rau, Stalingerstraße 126,              | vormittags 8 Uhr. |
| Goldschmiede                         | bei Zabel, Lindenstraße 106,               | vormittags 8 Uhr. |
| Graveur und Eiseleure                | bei Zabel, Lindenstraße 106,               | vormittags 8 Uhr. |

Die übrigen nicht angeführten Gewerbe begeben sich direkt zur Gruppen-Versammlung.

## Bekleidungsindustrie.

Gruppen-Versammlung: „Altes Schützenhaus“, Linienstraße 5, vormittags 10 Uhr.

Referent: Dr. Zadek.

| Zusammenkunft der einzelnen Gewerbe:             |                                         |                   |
|--------------------------------------------------|-----------------------------------------|-------------------|
| Stmacher                                         | im Lokale Pappel-Allee 3/4,             | vormittags 9 Uhr. |
| Küschner (und Selbständige)                      | bei Feind, Weinstraße 11,               | vormittags 9 Uhr. |
| Sandschuhmacher                                  | bei Neumann, Linienstraße 19,           | vormittags 9 Uhr. |
| Textilarbeiter                                   | bei Melssner, Linienstraße 142,         | vormittags 9 Uhr. |
| Militärhutmacher                                 | im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, | vormittags 9 Uhr. |
| Besamentirer                                     | bei Bolze, Landsbergerstraße 41,        | vormittags 9 Uhr. |
| Färber, Dekateure, Appreteure und Verfüßgenossen | bei Bolze, Landsbergerstraße 41,        | vormittags 9 Uhr. |
| Wäschebranche                                    | bei Bolze, Landsbergerstraße 41,        | vormittags 9 Uhr. |

## Graphische Gewerbe.

Gruppen-Versammlung: „Böhmisches Brauhaus“, Landsberger Allee 11/13, vormittags 10 Uhr.

Referent: Otto Sillier.

Die Buchdrucker, Schriftgießer, Formstecher, Tapetenbrucker, Arbeiter und Arbeiterinnen in Buchbindereien, der Papier- und Lederwaren-Industrie, Stereotypen, Hilfsarbeiter, Porzellanmaler und Verfüßgenossen kommen vor der Gruppen-Versammlung nicht zusammen, sondern begeben sich direkt nach dem Böhmisches Brauhaus.

## Lederbearbeitung.

Gruppen-Versammlung: Hlth' Salon, Badstraße 19, vormittags 10 Uhr.

Referent: Joh. Sassenbach.

Die Weißgerber, Bohgerber, Lederzurichter, Lederfärber, Lederarbeiter und Arbeiterinnen kommen vor der Gruppen-Versammlung nicht zusammen, sondern begeben sich sofort nach Hlth' Salon. — Die Sattler und Tapezierer des Centrums und Südens versammeln sich bei Wiensocks, Alte Jakobstr. 83, vormittags 8 Uhr, und gehen von dort zur Gruppen-Versammlung.

## Besondere Versammlungen vormittags:

**Töpfer.** Fey's Salon, Brunnenstraße 184, vormittags 10 Uhr.

**Dachdecker, Steinsetzer.** Referent: R. Millarg. Vorversammlung: Reuter, Zwilnemannstr. 45, früh 8 1/2 Uhr.

**Zimmerer.** Noah's Gesellschaftsalon, Brunnenstraße 16, vormittags 10 Uhr.

**Steinmetzen.** Vorversammlung: Bräun, Rosenthalerstraße 12, vormittags 9 Uhr. Referent: Adolf Hoffmann.

**Musikinstrumenten-Arbeiter.** „Südost“, Waldemarstraße 75, vormittags 10 Uhr. Referent: H. Rohrlack.

**Stein-, Gips-, Holzbildhauer u. Modelleure, Stuckateure.** Louisenstädtisches Klubhaus, Annenstraße 16 (oberer Saal), vormittags 10 Uhr. Referent: H. Schulz (Steglich).

**Möbelpolierer.** Keller's Festsaal (oberer Saal), Hoppenstr. 29, vorm. 10 Uhr. Nachmittags: Ausflug nach Niederschönweide bei Haveland. Referent: B. Stabernack.

**Maurer und Putzer.** Keller's Festsaal, Hoppenstr. 29, vorm. 10 Uhr. Referent: G. Wagner.

**Schneider und Schneiderinnen.** Cohn's Festsaal, Beuthstraße 20, vormittags 10 Uhr. Referent: J. Timm.

**Vergolder.** Louisenstädtisches Klubhaus, Annenstraße 16 (unterer Saal), vormittags 10 Uhr. Referent: Fritz Hansen.

**Glaser, Glasarbeiter, Glasschleifer, Bilderrahmenmacher, Firmenschilderbranche.** Arminhallen, Kommandantenstraße 20, vormitt. 10 Uhr. Referent: Dr. Pinn.

**Damen- und Kinderkonfektions-Arbeiter und -Arbeiterinnen.** Henke's Salon, Mannysstraße 27, vormittags 10 Uhr. Referent: Bruno Pörsch.

Sollten sich außerdem noch Gewerkschaften finden, die sich an den vorstehenden Gruppen-Versammlungen beteiligen wollen, so werden diese ersucht, Ort und Zeit der eventuell vorher stattfindenden Zusammenkunft sofort anzugeben, damit die Bekanntmachung in der Dienstags-Annonce vollständig erscheinen kann. Ebenso diejenigen Gewerkschaften, die überhaupt noch nicht in der Bekanntmachung aufgeführt sind.

Die Gewerkschaften resp. die Einberufer der Gruppen-Versammlungen haben ihre Versammlungen selbst anzumelden. Bei den Zusammenkünften bedarf es keiner Anmeldung. Meldungen sind an das Gewerkschaftsbureau, Grenadierstr. 10 I, zu Händen des Genossen Millarg zu richten.

Mit solidarischen Gruß!

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission.